Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: **Mittwoch, 23.10.2024, 14:00 Uhr**

Raum, Ort: **Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung	
2.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2024 (öffentlicher Teil)	
3.	Mitteilungen	
3.1.	Evaluierung des Mobilitätskonzepts im Nördlichen Ringgebiet - Vortrag des Geschäftsführers der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	
3.2.	Erbbaurecht: Möglichkeiten, Chancen und Risiken	**23-21285**
4.	Anträge	
4.1.	Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"	**24-24483**
5.	Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu den Teilhaushalten der Fachbereiche 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und 61 Stadtplanung und Geoinformation und der Referate 0600 Baureferat und 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	**24-24401**
6.	Doppelhaushalt 2025/2026/Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement/des Referats 0650 Hochbau und Haushalt 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65	**24-24471**
7.	Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zum schlüsselfertigen Neubau der Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg	**24-24384**
8.	24-24501 Änderung des städtebaulichen Vertrages "Wenden-West, 1. BA", WE 62, für den Bereich zwischen der Veltenhöfer Straße, der Straße Im Steinkampe und der Bundesautobahn A 2	
9.	Ausbau der Masurenstraße	**24-24311-01**
10.	Sanierung und Erweiterung von vier Schulen in alternativer Beschaffung Grundsatzbeschluss	**24-24386**
11.	Schillhaus Sanierung Dach, Außenfassaden, Fußbodenheizung und Fußbodenaufbau Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	**24-24477**
12.	24-24466 Neubau der 4-zügigen GS Querum sowie der Neubau einer 3-fach-Sporthalle Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	
13.	24-24470 Gymnasium Martino-Katharineum, Breite Straße 3-4, 38100 Braunschweig Erweiterung G9 und Sanierung 2. BA Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	
14.	Begrünungsmaßnahme Bohlweg 5	**24-24224**

15. Anfragen

15.1. Sachstand zur Infrastrukurentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg **24-24486**

15.2. Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Baugebieten **24-24485**

Braunschweig, den 16. Oktober 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-21285
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Erbbaurecht: Möglichkeiten, Chancen und Risiken

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	16.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau ( )	23.10.2024	Ö

Sachverhalt:

Anlass/Arbeitsauftrag

Im Jahr 2022 fasste der Rat Beschlüsse zu den Baulandmodellen Wohnen und Gewerbe. Gegenstand dieser Modelle ist, die grundsätzlichen Verfahrensweisen der Baulandentwicklung festzulegen, um die städtischen Ziele im Zusammenhang mit der Baulandentwicklung erreichen zu können. In den vom Rat beschlossenen Richtlinien werden auch Aussagen zum Thema „Erbbaurecht“ getroffen. Das von der Stadt auf eigenem Grund geschaffene Bauland wird in aller Regel an Projektentwickler oder Eigennutzer weiterveräußert. Die Bestellung von Erbbaurechten ist eine über 100 Jahre alte, rechtlich im Erbbaurechtsgesetz normierte Veräußerungsform, die neben dem Verkauf von Grundstücken existiert. In den letzten Jahrzehnten hat die Stadt in den meisten Fällen ihre Grundstücke an Dritte verkauft und kaum vom Erbbaurecht Gebrauch gemacht.

In der politischen Diskussion über die Baulandmodelle kam im APH der Wunsch auf, der Politik einen Überblick über dieses Instrument zu geben, in dem auch thematisiert werden soll, wie andere Kommunen mit diesem Thema umgehen bzw. welche Möglichkeiten, Chancen und Risiken damit verbunden sind. Da in den Baulandmodellen Entscheidungen zur Anwendung des Erbbaurechtes getroffen wurden, ist es nicht Aufgabe dieser Ausführungen, die Braunschweiger Verhältnisse im Einzelnen abzubilden, sondern die jeweilig verschiedenen Perspektiven der Akteure einzeln in den Blick zu nehmen, um zu einer tragfähigen Einschätzung dieses Rechtsinstrumentes zu gelangen.

Anwendung des Erbbaurechtes- Festlegungen in den Baulandmodellen

<u>Auszug aus den Richtlinien Wohnen</u>
„Grundstücke für Baugruppen und gemeinschaftsorientierte Bau- und Wohnprojekte werden vorzugsweise in Form von Erbbaurechten für folgende Zwecke vergeben:

- gemeinschaftsorientiertes Wohnen zur Miete („Investorenmodell“) oder
- genossenschaftliches Wohneigentum zur Selbstnutzung oder
- selbstgenutztes Wohneigentum für Baugruppen bzw. Baugemeinschaften“

Hintergrund hierfür ist, für die genannten Nachfragegruppen die anfängliche Finanzierungssumme zu verringern, weil durch Vergabe eines Erbbaurechtes der Kaufpreis für das Grundstück nicht mitfinanziert werden muss.

<u>Auszug aus den Richtlinien Gewerbe</u>
„Für die Vergabe der Gewerbegrundstücke stehen der Stadt Braunschweig bzw. dem Vorha-

benträger grundsätzlich deren Veräußerung an den anzusiedelnden Betrieb und insbesondere bei Schlüsselgrundstücken oder für bestimmte Nutzungen die Vergabe von entsprechenden Erbbaurechten als zwei grundsätzliche Optionen zur Verfügung."

Die Auswahl der Vergabeform wird im Kontext der einzelnen Gebiete und von städtebaulichen, wirtschaftlichen, fiskalischen und bodenpolitischen Kriterien entschieden.

Beide Baulandmodelle lassen also grundsätzlich beide Optionen der Vergabe zu, bestimmte Anwendungsbereiche werden jeweils priorisiert.

Das Erbbaurecht im Überblick

„Vor rd. 100 Jahren trat das deutsche Erbbaurechtsgesetz in Kraft. Ziel war es, preisgünstiges Wohnen für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auch perspektivisch zu sichern, erfährt das Erbbaurecht eine politische Renaissance.

Das Prinzip des Erbbaurechts liegt in einer Trennung der Eigentumsverhältnisse von Boden und Gebäude für eine festgelegte Zeitdauer. Das Erbbaurecht stellt ein grundstücksgleiches Recht „auf Zeit" dar, bei dem der Erbbaurechtsgeber (Grundstückseigentümer) dem Erbbaurechtsnehmer (Erbbauberechtigten) das Recht erteilt, auf seinem Grundstück zu bauen. Das Erbbaurecht kann belastet, verkauft und vererbt werden. Es ist ein beschränktes dingliches Recht. Der Erbbaurechtsnehmer zahlt für die bauliche Nutzung des Grundstücks Erbbauzinsen an den Grundstückseigentümer. Der Erbbauberechtigte wird Eigentümer des Gebäudes und das Grundstück verbleibt im Eigentum des Erbbaurechtsgebers. Nach Ende der Laufzeit des Erbbaurechts fällt das Gebäude in das Eigentum des Grundstückseigentümers. Der (frühere) Erbbauberechtigte ist nach Maßgabe der vertraglichen Regelungen für das aufstehende Gebäude zu entschädigen.

Der Inhalt des Erbbaurechts wird in einem notariell zu schließenden Erbbaurechtsvertrag zwischen den Vertragspartnern festgelegt. Erbbaurechtsverträge können individuell gestaltet werden. Wesentliche Inhalte sind insbesondere die Bestimmung des Flurstücks, der Erbbauzins, eine Wertsicherungsklausel, die Dauer des Erbbaurechts, die Höhe der Entschädigung für das Bauwerk nach Zeitablauf des Erbbaurechtsvertrags, häufig Regelungen zum Heimfall und gegebenenfalls vereinbarte Nutzungsbindungen. Der Erbbaurechtsgeber ist für die Überwachung der vertraglichen Vereinbarungen zuständig.

Der Erbbauberechtigte hat nach den vertraglichen Bestimmungen als wirtschaftlicher Eigentümer alle auf Grundstück und Erbbaurecht entfallenden Steuern, Abgaben und sonstige Lasten zu tragen." [1]

Makroökonomische Rahmenbedingungen

Die makroökonomischen Verhältnisse haben bedeutende Auswirkungen auf die praktische Möglichkeit, Erbbaurechte zu vergeben. In Zeiten geringer Bauzinsen - in den Jahren vom 2015 bis 2022 war dies der Fall – gibt es für Kaufwillige eine geringe Akzeptanz, eine Liegenschaft sich im Wege des Erbbaurechts zu sichern. Wenn die Annuität zum Abtrag eines Kaufdarlehens für ein Grundstück genauso hoch oder gar geringer als der jährlich zu entrichtende Erbpachtzins ist, besteht wenig Anlass, einem Erbbaurecht zuzustimmen. Der Herabsetzung des Erbbauzinses mit dem Ziel, das Erbbaurecht konkurrenzfähiger zu machen, sind kommunalverfassungsrechtlich enge Grenzen gesetzt, da die Kommunen in Niedersachsen gem. § 125. NKomVG gehalten sind, Grundstücke zum vollen Wert zu veräußern, woraus folgt, dass Erbbauzinsen in marktüblicher Höhe zu fordern sind. Das kommt insbesondere zum Tragen, wenn die Stadt sich zwar kommunaler, aber betriebswirtschaftlicher Logik folgender Tochterunternehmen bedient.

---

[1] Erbbaurechte – ein Beitrag zur Bereitstellung von Wohnbauland für den bezahlbaren Wohnungsbau? Ergebnisdokumentation zum ExWoSt-Projekt Fachdialog Erbbaurecht, BMI, 2019

In der gegenwärtigen Situation mit gestiegenen Bauzinsen von derzeit annähernd 4 % wird das Erbbaurecht zunehmend wieder attraktiver, zumal die explodierenden Baukosten viele Investoren zwingen, über eine Reduktion der Anfangsinvestition nachzudenken.

Zusammenhang Klima- und Bodenschutz

Darüber hinaus ist die Flächenpolitik auch eng mit dem Klimaschutz verknüpft. Bereits im Jahr 2016 hat die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzplan 2050 eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag und bis 2050 die Einführung einer Flächenkreislaufwirtschaft mit einem Flächenverbrauch von „nettonull“ zum Ziel erklärt. Die Flächenkreislaufwirtschaft folgt einem Bewirtschaftungsansatz, der die begründete Inanspruchnahme neuer Flächen zulässt, jedoch vorrangig und systematisch die Ausschöpfung aller Potenziale der Bestandsentwicklung und der Inwertsetzung von Brachflächen verfolgt.

Wachsende Oberzentren wie Braunschweig sind absehbar darauf angewiesen, Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe nachzuweisen bzw. anzubieten. Insofern erscheint bei endlichen Baulandreserven im Oberzentrum mittelfristig die neue Strategie „Flächenkreislaufwirtschaft“ naheliegend. In diesem Zusammenhang könnte das Erbbaurecht eine zentrale Rolle spielen, da nach Aufgabe der Nutzung, Grundstücke wieder komplett an die Stadt zurückfallen und bei entsprechender Anzahl von Erbbaurechtgrundstücken in städtischem Eigentum eine Vielzahl von Flächenwünschen Dritter entsprochen werden könnte, ohne dass neues Bauland erschlossen werden muss.

Das Erbbaurecht aus Sicht der Akteure

Die Aussagen fußen auf Fachdialogen, die mit den verschiedenen Akteuren jeweils geführt worden sind (Quellen: siehe unten). Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die gewerbliche Nutzung, da dies bei der Aufstellung der Richtlinie sich als kontroverses Thema erwiesen hat. Die Anwendung des Erbbaurechts für die genannten gemeinschaftsorientierten Wohnformen ist dagegen nur ein kleiner Bestandteil der liegenschaftlichen Aktivitäten der Stadt, so dass die Anwendung in wenigen Fällen haushaltstechnisch verkraftbar erscheint.

Bankenperspektive: zurückhaltend

- Das Thema Beleihung und Bewertung von Erbbaurechten ist derzeit oftmals nicht standardisiert. Banken verlangen daher Aufschläge bei der Finanzierung.
- Corona verstärkt das Sicherheitsbedürfnis der Banken durch höhere Eigenkapitalnachweise und geringere Beleihungswerte. Insbesondere bei klassischen Projektentwicklern ist darüber hinaus die mangelnde Fungibilität ein Problem.
- Wegen der geringeren Sicherheit des Erbbaurechtes im Vergleich zum erworbenen Grundstück sind Kredite zur Finanzierung von Investitionen auf dem Grundstück ca. 20% teurer. (Der Erbbaurechtgeber steht im ersten Rang in Grundbuch und nicht wie sonst die Banken.)
- Der breite Markt ist nicht auf das Thema Erbbaurecht vorbereitet.
- Wenige Marktteilnehmer wie Fonds oder überregionale Akteure könnten in der Projektentwicklung und Finanzierung durch eine Spezialisierung auf das Thema Erbbaurecht Vorteile gegenüber Familienunternehmern generieren, die gegenwärtig überwiegend auf die klassische Bankenfinanzierung ausgerichtet sind.

Perspektive Unternehmen: eine gemischte Bilanz pro und contra

Pro

- Viele Unternehmen erwerben Immobilien nicht mehr selbst, sondern schließen Nutzungsverträge auf befristete Zeit mit Projektentwicklern. Diese erwerben die Flächen, errichten oder sanieren die Gebäude nach den Vorgaben des nutzenden Unternehmens und vermieten oder verpachten dem Unternehmen dann die Immobilie. Das

nutzende Unternehmen kann dadurch für die Vertragslaufzeit mit einer feststehenden Kostenposition kalkulieren. Der immobilienwirtschaftliche Teil wird aus dem eigenen Kerngeschäft ausgelagert, eigener Grunderwerb wird nicht mehr verfolgt.

- Altlasten stellen häufig eine Entwicklungsbarriere für brachgefallene Gewerbeflächen dar. Da der Grundstückseigentümer ggf. neben dem Verursacher zur Sanierung verpflichtet ist, entstehen für Käufer nicht kalkulierbare Risiken. Ein Ankauf durch die Stadt und die Vergabe in Erbbaurecht können die Entwicklungsbarriere überwinden und anstelle eines unkalkulierbaren Risikos einen festen Sanierungsbeitrag festlegen. Dabei sind jedoch auch haftungsrechtliche Risiken auf Seiten der Gemeinde abzuwägen, da die Altlast mit der Fläche dauerhaft verbunden bleibt.

- Der Verkauf von Betriebsgrundstücken ist eine gängige Option für Unternehmen, um Kapital zu mobilisieren. Ein Angebot der Kommune, Betriebsflächen anzukaufen und in Erbbaurecht zu vergeben, kann in diesen Fällen eine erfolgreiche Strategie sein, zumal die Kommune ein verlässlicher Partner ist, für den der langfristige Betriebserhalt einen hohen Stellenwert hat.

- Die Tendenz „Mieten statt Kaufen“ findet sich auch bei Unternehmen, die weniger kapitalstark sind und keine hohen Anlageninvestitionen benötigen oder überhaupt tätigen können. Das gilt z.B. für Gründungen und Startups, aber auch für einen Teil der unternehmensnahen Dienstleistungen, der wissensintensiven Dienstleistungen oder des Handwerks.

Contra

- Die Emotionalität des „Eigenen“ ist groß.

- Erworbene Grundstücke dienen insbesondere bei Familienunternehmen der Eigenkapitalbildung und eigenen Altersvorsorge. Diese erzeugen durch Bildung stiller Reserven damit einen Puffer und können vererbt werden.

- Eine Betriebsnachfolgeregelung wird bei einem ungeklärten Betriebssitz (Standort), wenn sich das Unternehmen auf einem auslaufenden Erbbaugrundstück befindet, deutlich erschwert. Auch dies hat negative Auswirkungen auf die Altersvorsorge des Unternehmers.

- Bei Familienunternehmen wird das Erbbaurecht keine Akzeptanz finden. Bereits heute besteht der Trend, ins Umland abzuwandern. Dieser Trend würde durch Erbbaurecht verstärkt werden. In anderen Branchen/Konstellationen wie Investorenmodellen (Investor baut und vermietet) ist Erbbaurecht eher denkbar.

- Die Bildung von Rückstellungen bei Rückbauverpflichtungen führt steuerrechtlich zu Belastungen bei den Unternehmen (Bilanzproblem).

Stadt – unterschiedliche Perspektiven Finanzen, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung

- Bestimmte Potentiale einer ökonomisch und ökologisch effizienten Flächennutzung lassen sich nur im Rahmen größerer Gebietsverbünde heben und werden durch parzelliertes Eigentum massiv erschwert. Dazu gehören u.a. die Aspekte Energieversorgung, Anlieferung, Aufenthaltsqualität, aber auch generell die höhere Flächeneffizienz und die Attraktivität des Standorts durch konsequente Profilbildung. Mit der verbindlichen Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht besteht seitens der Kommune die Möglichkeit, die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Hebung der Potenziale der ökonomisch und ökologisch effizienten Flächennutzung besser durchzusetzen bzw. langfristig besser zu sichern.

- Durch Vergabe von Erbbaurechten wächst der Pool von Gewerbeflächen in städtischer Hand, die nach Beendigung der Nutzung an die Stadt zurückfallen und

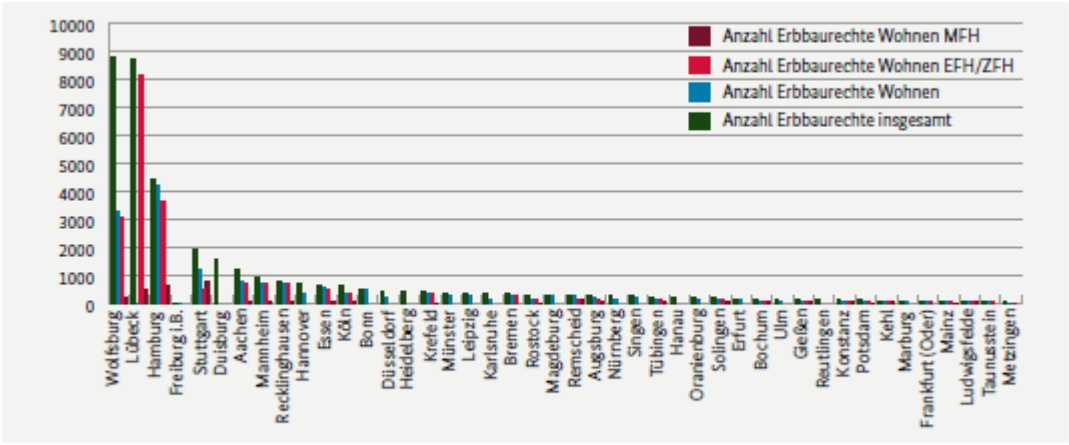
wieder neu für gewerbliche Zwecke dem nächsten Nutzer per Erbbaurecht überlassen werden können (Kreislaufwirtschaft).

- Durch Gestaltung der Erbbaurechtverträge (Heimfallrecht bei widerrechtlicher Nutzung, Zustimmungspflicht der Stadt bei Verkauf des Erbbaurechtes) kann die Stadt die Nutzung des Grundstückes langfristig nach ihren Zielen ausrichten.
- Aus langfristiger fiskalischer Sicht bewirken Erbbaurechte kontinuierliche sichere Einnahmen, eine Beteiligung an der Bodenwertsteigerung und den Erhalt des Grundvermögens.
- Geringe Akzeptanz des Erbbaurechtes könnte zu Abwanderung von Betrieben führen.
- In Niedrigzinszeiten ist eine Vergabe von Erbbaurechten aufgrund des § 125 NKomVG für den Erbbaurechtnehmer wenig attraktiv, da die Stadt rechtlich verpflichtet ist, Vermögensgegenstände in der Regel nur zu ihrem vollen Wert zu veräußern, was aber bei niedrigen Bauzinsen nicht attraktiv für den Grundstücksnachfrager ist.
- Das bisherige finanzielle Modell (Grundstücksankauf, Entwicklung, Grundstücksverkauf und Wiederverwendung der Einnahmen: revolvierender Fonds) wird infrage gestellt. Grundstücksverkäufe erzeugen die ggf. benötigte Liquidität der Stadt, die bei einem Erbbaurecht kurzfristig nicht zu erwarten ist. Es müssen viele Jahre deutlich mehr Mittel für Flächenankäufe bereitgestellt werden, bis die langfristigen Vorteile des Erbbaurechts zum Tragen kommen.
- Beim Heimfall des Erbbaurechtgrundstückes an die Stadt muss diese an den Erbbaurechtnehmer eine Entschädigung zahlen und hierfür finanzielle Rückstellungen bilden. Bei Sonderbauten im industriellen Bereich können Nachnutzungen der Bauten problematisch oder sogar unmöglich sein.
- Mit der Vergabe von Erbbaurechten ist ein höherer Verwaltungsaufwand verbunden.

Anwendung des Erbbaurechts in anderen Kommunen

Der Ergebnisdokumentation zum ExWoSt-Projekt Fachdialog Erbbaurecht ist zu entnehmen, wie andere Kommunen mit diesem Thema im Bereich „Wohnen“ umgehen. (3).

Abbildung 3: Anzahl der Erbbaurechtsbestellungen in ausgewählten deutschen Städten*

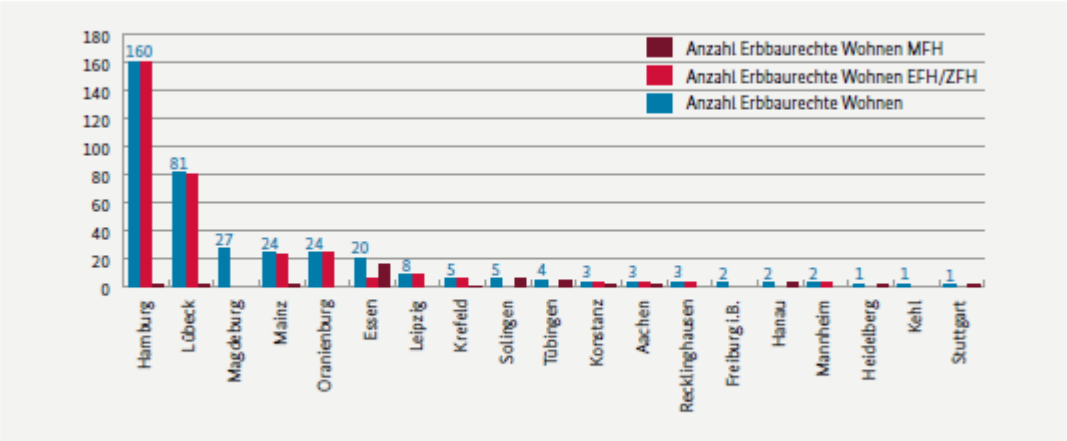


Quelle: GEWOS, Befragung im Rahmen der Expertise Erbbaurecht (Stand: 30.08.2018)
* Anmerkung: n = 44; Frankfurt/Main, Dachau, Göttingen, München und Offenburg konnten keine quantitativen Auswertungen übersenden; Untererbbaurechte für Wohnzwecke der Stadt Wolfsburg sind nicht ausgewiesen.

Die Auswertung der GEWOS-Erhebung zur Anwendung des Erbbaurechts zeigt, dass bisher nur wenige Kommunen die Erbbaurechtsvergabe zur Schaffung von bezahlbarem

Wohnraum im Mietwohnungsbau nutzen. Abbildung 3 veranschaulicht, dass es eine große Spannweite bei der Verbreitung und somit auch der Bedeutung des Erbbaurechts in deutschen Städten gibt. Räumliche Schwerpunkte der Erbbaurechte sind die Städte Wolfsburg und Lübeck mit über 8.700 vergebenen Erbbaurechten, davon ein Großteil im Bereich Wohnen. Mit wenigen Ausnahmen bestehen Erbbaurechte für Wohnen vorwiegend für Eigenheime und hier vor allem zur Unterstützung der Eigentumsbildung für einkommensschwächere Haushalte. Die Vergabe von Erbbaurechten für Mehrfamilienhäuser ist eher selten. Erbbaurechte werden aber auch für soziale Einrichtungen oder Gewerbe eingesetzt.

Abbildung 4: Erbbaurechte für Wohnzwecke in den letzten fünf Jahren*



Quelle: GEWOS, Befragung im Rahmen der Expertise Erbbaurecht (Stand: 30.08.2018)
* Anmerkung: n = 44; Frankfurt/Main, Dachau, Göttingen, München und Offenburg konnten keine quantitativen Auswertungen übersenden

Nur wenige größere Städte (darunter Hamburg und Lübeck) haben in den letzten fünf Jahren vermehrt Erbbaurechte beim Wohnungsbau bestellt (s. Abb. 4). Dabei spielt das Mehrfamilienhaussegment (mit Ausnahme der Stadt Essen) aber kaum eine Rolle.

Die Höhe der Erbbauzinsen für laufende Verträge im Wohnungssegment liegt zwischen ein und sechs Prozent des Bodenwertes (wobei die „historischen“ Erbbauzinsen deutlich höher sind, jedoch auf Basis sehr niedriger Bodenwerte). Trotz extrem niedriger Kapitalmarktzinsen hat sich seit 2014 der Erbbauzins für die Vergabe neuer Erbbaurechte wenig geändert und ist in vielen Städten immer noch vergleichsweise hoch. In einigen Kommunen wurde der Erbbauzins allerdings im Zuge von Prolongationen bzw. Neuverträgen mittlerweile an die gegenwärtige Kapitalmarktsituation angepasst. Die Vertragslaufzeiten der Erbbaurechtsbestellungen im Wohnungsbereich lagen durchschnittlich bei ca. 90 Jahren.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass:

- bisher nur wenige Kommunen die Erbbaurechtsvergabe zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Geschosswohnungsbau nutzen,
- in kommunalen Handlungskonzepten für den Wohnbereich nur in wenigen Städten ein Bezug zum Erbbaurecht vorhanden ist,
- in mehreren (größeren) Städten derzeit überlegt wird, das Erbbaurecht mit zielgerichteter Vergabe für den bezahlbaren Mietwohnungsraum (künftig verstärkt) einzusetzen,
- sich insgesamt ein heterogenes Bild bei den (angedachten) Modellen zur Anwendung des Erbbaurechtes in den Kommunen zeigt.

Es liegen der Verwaltung für den Bereich „Gewerbe“ keine vergleichbaren zusammenfassenden Statistiken vor. Eine aktuelle Internetrecherche zeigt, dass zahlreiche Städte und Länder sich entschieden haben, gewerbliche Grundstücke vorzugsweise per

Erbbaurecht zu vergeben. Dazu gehören u.a. Hamburg, Berlin, Bremen, München, Frankfurt, Kaiserslautern, Dormagen, Hürth.

Fazit

Laut den Beschlüssen des Rates zu den Baulandmodellen sollen in Braunschweig die städtischen Gesellschaften sich vermehrt bei der Grundstücksentwicklung engagieren und auch Erbbaurechte ausgeben. Damit verbunden sind Finanzierungsfragen der „Städtischen Gesellschaften“, die es im Vorfeld zu klären gilt.

Es gibt kein Patentrezept zur Vergabe städtischer Grundstücke. Die individuellen Bedingungen der jeweiligen Stadt und der örtlichen Baukultur, die Rahmenbedingungen (insb. Bauzinsen, finanzielle Situation der Stadt, Flächenverfügbarkeit, regionale Strategien) und die unterschiedlichen Ansprüche der Grundstücksnachfrager lassen ein einheitliches Vorgehen (nur Verkauf oder nur Erbbaurecht) nicht sinnvoll erscheinen. Insofern erscheinen individuelle, einzelfallbezogene Lösungen geboten.

Quellen

(1) Erbbaurechte – ein Beitrag zur Bereitstellung von Wohnbauland für den bezahlbaren Wohnungsbau? Ergebnisdokumentation zum ExWoSt-Projekt Fachdialog Erbbaurecht, Bearbeitung: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V., 2019

(2) Vorlage für die Sitzung des Bremer Senats: „Wettbewerbsfähigkeit des Erbbaurechtes für Gewerbe“…, Bearbeitung: Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Land Bremen, 2022

(3) Difu Sonderveröffentlichung, Prof. Bunzel: Aktive Bodenpolitik: Fundament der Stadtentwicklung, Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis. 2021

Leuer

Anlage/n:

keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

24-24483
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.10.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	23.10.2024	Ö
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	25.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Nach dem Vorbild des Spendenprogramms „Mein Baum für Braunschweig“ wird ein Spendenprogramm für Sitzbänke in Parks sowie an geeigneten Straßen und Plätzen im gesamten Stadtgebiet entwickelt und umgesetzt. Dabei sollen auch kleinere Spendenbeträge möglich sein. Die Spender*innen sollen die Möglichkeit bekommen, über den Standort „ihrer“ Bank mitzuentscheiden und ab einem noch festzulegenden Betrag eine Plakette an der Bank anbringen zu lassen, die einen frei wählbaren Text, z.B. den Namen der Spender*innen, enthält.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für ein solches Bankspendenprogramm zu entwickeln und den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 zum Beschluss vorzulegen. Dieses Konzept soll auch erste mögliche Standorte für zusätzliche Bänke beinhalten. Diese Standorte sollen zunächst so gewählt werden, dass sie sich zum einen im Idealfall über das gesamte Stadtgebiet verteilen, dass der Aufwand für die Verwaltung allerdings möglichst gering gehalten wird. Diese Liste mit möglichen Standorten soll in den kommenden Jahren bei Bedarf sukzessive ergänzt werden.

Sachverhalt:
Auf den Internetseiten der Stadt Hildesheim, die bereits über ein ähnliches Spendenprogramm verfügt, heißt es: „Eine Bank ist mehr, als nur eine Sitzgelegenheit. Sie ist ein Platz zum Durchatmen und Genießen, zum Sonne tanken und für nette Unterhaltungen. Sie ist ein kleines Stück Pause im Grünen.“

Während in Hildesheim Bankspenden allerdings nur für einen kleinen Bereich (Ernst-Ehrlicher-Park und Wallanlagen) möglich sind, wünschen wir uns für Braunschweig ein Programm, dass Bankspenden prinzipiell im gesamten Stadtgebiet zulässt, sofern sich geeignete Standorte finden. So können die potenziellen Spender*innen sich gezielt für ihren „Lieblingsplatz“ entscheiden. Dies kann ein öffentlicher Park, ein Quartiersplatz oder Stadtteilzentrum oder ein geeigneter Platz an der Straße vor dem eigenen Haus sein.

Dabei muss nicht immer gleich eine komplette Bank gespendet werden. Es sollen durchaus auch kleinere Spenden (z.B. ab 100 Euro) möglich sein. Ab einer Spende von 500 Euro ist es in Hildesheim möglich, eine Plakette mit einem selbst gewählten Text an der geförderten Bank anbringen zu lassen. Ein ähnliches Vorgehen sollte auch in Braunschweig möglich sein.

Link zum Spendenprogramm in Hildesheim:
https://www.stadt-hildesheim.de/portal/seiten/sitzbankspende-fuer-den-ernst-ehrlicher-park-und-die-wallanlagen-900004039-33610.html

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24401
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu den Teilhaushalten der Fachbereiche 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und 61 Stadtplanung und Geoinformation und der Referate 0600 Baureferat und 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 0600 Baureferat	16.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:
"Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsprogramm 2024 - 2029 der Teilhaushalte

- Fachbereich 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle
- Fachbereich 61 Stadtplanung und Geoinformation
- Referat 0600 Baureferat
- Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen."

Sachverhalt:
Fachausschussunterlagen
Die Entwürfe zum Haushaltsplan 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 17.12.2024 erfolgen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Planung und Hochbau fallenden Anträge und Vorschläge sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Produktergebnisse
Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat ermittelbar. Die Darstellung der endgültigen Produkt-Planbeträge erfolgt daher mit der Endausfertigung des Doppelhaushaltsplans 2025/2026.

Haushaltsreste
Nach aktuellem Stand sind für den Fachbereich 06 Haushaltsreste im Ergebnishaushalt und im Investitionsmanagement in Höhe von 80.000 €, für den Fachbereich 60 in Höhe von 19.683,50 € und für den Fachbereich 61 in Höhe von 500.000 € von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden.

Hierbei handelt es sich um die als vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

Leuer

Anlage/n:
Anlage 1: Anfragen
Anlage 2: Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
Anlage 3: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt
Anlage 4: Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
Anlage 5: Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung
Anlage 6: Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 1

Anfragen / Anregungen

Dez. VII
FB 20

Datum: 17.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

Antwort:

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhauhalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Nachrichtlich
Anfragen / Anregungen im Original

TOP 5

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:
In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden. Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden? Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Anlage 2

Haushaltslesung 2025 ff. – Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 039 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verfügungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verfügungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verfügungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU SBR02 des
Stadtbezirksrats 310 Westl. Ringgebiet **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verfügungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verfügungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU156 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Interkommunaler Windpark
Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen.
Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO2-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Antrag FU156 der CDU-Fraktion verwiesen.

Antwort:

Der Regionalverband Großraum Braunschweig plant seine Windenergieplanung im November zu veröffentlichen. Die Verwaltung tritt anschließend in Gespräche mit Nachbargemeinden ein.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

Nachrichtlich
Anträge im Original

TOP 5

Die FRAKTION.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 61 (Ref. 0500)
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung
Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verfügungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verfügungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU SBR 02 -

SBR 310 Westliches Ringgebiet
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Div. / FB 61 (Ref. 0500)
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Verfügungsfond des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung
Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verfügungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

TOP 5

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 61 (FB 68)
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Interkommunaler Windpark

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen. Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO2-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen.

Begründung
Auf dem Stadtgebiet Braunschweig werden – abgesehen vom Repowering im Südwesten – voraussichtlich keine zusätzlichen Windkraftanlagen erstellt, auch wenn momentan der Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) damit befasst ist, das neue Flächenbeitragsziel von 3,18 % zur Nutzung für Windenergie planerisch zu erreichen (derzeit beläuft sich dieser Wert auf 1,3 % der Fläche des RGB). Denn die von der Verbandspolitik festgesetzten Parameter lassen vor allem in Hinblick auf den festgelegten Abstand von 1.000 Metern zu Wohnbebauung vermuten, dass dies auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig keinerlei Flächen ermöglicht. Um das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig zu erreichen, ist bilanziell Windkraft jedoch mit einzubeziehen. Um also einen Beitrag zu erreichen, sollten die umliegenden Gemeinden einbezogen werden. Durch einen interkommunalen Windpark könnten diese vom technischen Sachverstand der Energiegenossenschaft profitieren und für die Stadt Braunschweig hingegen könnten die CO2-Einsparungen anteilig angerechnet werden. Auf die weitergehenden inhaltlichen Ausführungen des CDU-Antrages „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) wird an dieser Stelle hingewiesen.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Anlage 3

Haushaltslesung 2025 ff. - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Lfd. Nr.	Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
					2025		2026		2027		2028		2029			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
		Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
1	SBR10	1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten	212 - Südstadt-Rautheim-Mascherode	**Neues Baugebiet Rautheim-Möncheberg– DS 24-24248** Die Verwaltung wird aufgefordert, die in Vorlage 22-19235-03 genannten Voraussetzungen im Zuge der weiteren Planung „Rautheim-Möncheberg" umzusetzen und hierfür die notwendigen Haushaltsmittel 2025/2026 einzustellen oder in die Zukunftsliste unter 3.2.9.3 aufzunehmen.										Dauerhaft	Kosten können nicht ermittelt werden
					0	*)	0	*)	0	*)	0	*)	0	*)		
				APH	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-					

Anlage 4

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 4 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €		Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	Enthaltung
1			**Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege**													
	10		**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-194.000**		**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**0**				
	119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	544.700	350.700	38.800	38.800	38.800	38.800	38.800	0	geringere Erträge in Höhe von 38.800 EUR jährlich für 2025-2029 für die Bezuschussung von privaten Denkmälern			
				neu	350.700	350.700	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-194.000**		**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**-38.800**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Erträge wurden ab 2025 von 33.300 EUR auf 38.800 EUR erhöht.			
	17		**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-527.500**		**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**0**				
	119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	1.580.500	1.053.000	105.500	105.500	105.500	105.500	105.500	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 105.500 EUR jährlich für 2025-2029 für die Bezuschussung von privaten Denkmälern			
				neu	1.053.000	1.053.000	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-527.500**		**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**-105.500**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Haushaltsmittel wurden ab 2025 von 100.000 EUR auf 105.500 EUR erhöht.			

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 119 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Keine Zuschüsse für "private Denkmäler"

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobilienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll. Hinzu kommt, dass die Borek Stiftung durch die Co-Finanzierung maßgeblich bestimmt, bei welchen privaten Immobilien der Wert mit Steuergeld gesteigert werden soll.

Stellungnahme:

Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 500 € bis maximal 20.000 € - stehen in allen Fällen sehr viel größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist in der Regel nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Ein relativ kleiner Förderbetrag führt so zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren aufgrund des gestiegenen Bauvolumens deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat die Verwaltung als untere Denkmalschutzbehörde keine Möglichkeiten mehr, Baumaßnahmen an Denkmalen eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Bereits zuden Haushaltsberatungen 2017, 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023/2024 gab es einen identischen Antrag der Fraktion „DIE LINKE“, der damals mit Mehrheit von PIUA und FPA abgelehnt wurde.

Gez. Leuer

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

Nachrichtlich
Anträge im Original

- FWI 119 -

TOP 5

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 06 / Ref. 0610
Projekt-Nr. 4S.000016

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt
Projekt-Nr.: 4S.000016 Seite des Investitionsprogramms: 1090

Bezeichnung des Projektes: Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler

☐ Baukosten ☐ Beschaffungskosten ☒ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023 mehr/weniger (+/-) -66.700. €
   Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024 Mehr/weniger (+/-) - 66.700 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung
   in Höhe von €
   zu Lasten der Jahre 2024 in Höhe von €
   2025 in Höhe von €
   2026 in Höhe von €
   2027 in Höhe von €
   festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt-kosten	***Vorjahre***	***Planungsraten 2025***	***2026***	***2027***	***2028***	***2029***	***Restbedarf ab 2030***

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobilienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll. Hinzu kommt, dass die Borek Stiftung durch die Co-Finanzierung maßgeblich bestimmt, bei welchen privaten Immobilien der Wert mit Steuergeld gesteigert werden soll.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift
Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Anlage 5

Haushaltslesung 2025 ff. - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

	Teilhaushalt		Veränderungen in €										
	Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029		Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
	Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation		**0**	**+ 320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1	1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten	Für die Umsetzung des Planungsvorhabens BOMA+ wurde eine Vereinbarung mit der Volksbank geschlossen, wonach die Stadt sich an den Gesamtkosten beteiligt.										
			0	+ 320.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		APH	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*						
		FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*						

Anlage 6

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 -
Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 6 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
		Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation													
		Sanierungsgebiete - hier Soziale Stadt Donauviertel													
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-780.000**		**200.000**	**266.700**	**273.300**	**-760.000**	**-760.000**	**0**				
57a 1	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	6.956.126	3.156.126	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	geringere Erträge aus Fördergeldern in Höhe von 780.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	6.176.126	3.156.126	960.000	1.026.700	1.033.300	0	0	0				
			Veränderung	**-780.000**		**200.000**	**266.700**	**273.300**	**-760.000**	**-760.000**	**0**				
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.425.000**		**370.000**	**420.000**	**290.000**	**-1.260.000**	**-1.245.000**	**0**				
57b 2	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	11.109.024	5.409.024	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	0	geringere Haushaltsmittel für den Eigenanteil in Höhe von 1.170.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	9.939.024	5.409.024	1.440.000	1.540.000	1.550.000	0	0	0				
			Veränderung	**-1.170.000**		**300.000**	**400.000**	**410.000**	**-1.140.000**	**-1.140.000**	**0**				
57c 3	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	495.000	0	50.000	100.000	120.000	120.000	105.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 255.000 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	240.000	0	120.000	120.000	0	0	0	0				
			Veränderung	**-255.000**		**70.000**	**20.000**	**-120.000**	**-120.000**	**-105.000**	**0**				

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-4.316.900**		**-800.100**	**-1.436.700**	**-960.100**	**-560.000**	**-560.000**	**0**				
57d 4	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	8.652.373	2.442.273	1.393.400	2.316.700	1.380.000	560.000	560.000	0	geringere investive Einnahmen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 4.316.900 EUR in 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	4.335.473	2.442.273	593.300	880.000	419.900	0	0	0				
			Veränderung	**-4.316.900**		**-800.100**	**-1.436.700**	**-960.100**	**-560.000**	**-560.000**	**0**				
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.640.100**		**0**	**480.000**	**-1.440.100**	**-840.000**	**-840.000**	**0**				
57e 5	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	12.746.080	3.431.080	2.090.000	3.475.000	2.070.000	840.000	840.000	0	geringere Haushaltsmittel als investiver Eigenanteil in Höhe von 6.475.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	6.270.980	3.431.080	890.000	1.320.000	629.900	0	0	0				
			Veränderung	**-6.475.100**		**-1.200.000**	**-2.155.000**	**-1.440.100**	**-840.000**	**-840.000**	**0**				
57f 6	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.835.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge			
			neu	3.835.000	0	1.200.000	2.635.000	0	0	0	0				
			Veränderung	**3.835.000**		**1.200.000**	**2.635.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	Sanierungsgebiete - hier Investitionspakt Donauviertel														
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**133.000**		**133.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
58a 7	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.643.393	2.643.393	0	0	0	0	0	0	zusätzliche ergebniswirkame Einzahlungen für 2025 in Höhe von 133.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel			
			neu	2.776.393	2.643.393	133.000	0	0	0	0	0				
			Veränderung	**133.000**		**133.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**393.000**		**393.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
58b 8	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	4.535.723	4.535.723	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel			
			neu	4.928.723	4.535.723	393.000	0	0	0	0	0				
			Veränderung	**393.000**		**393.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
58c 9	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungsraten für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel			
			neu	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0				
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
58d 10	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel			
			neu	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0				
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
		Sanierungsgebiete - hier Stadtumbau Bahnstadt													
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-3.288.100**		**0**	**253.400**	**-840.000**	**-768.200**	**-1.933.300**	**0**				
59a 11	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	16.993.000	5.783.200	1.333.300	2.266.600	3.493.300	2.183.300	1.933.300	0	geringere ergebniswirksame Förderbeträge in Höhe von 3.288.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes Stadtumbau "Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	13.704.900	5.783.200	1.333.300	2.520.000	2.653.300	1.415.100	0	0				
			Veränderung	**-3.288.100**		**0**	**253.400**	**-840.000**	**-768.200**	**-1.933.300**	**0**				
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-4.826.500**		**65.000**	**520.000**	**-1.359.200**	**-1.152.300**	**-2.900.000**	**0**				
59b 12	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	25.548.841	8.733.841	2.000.000	3.400.000	5.240.000	3.275.000	2.900.000	0	geringere Haushaltsmittel an Städtebaufördermittel in Höhe von 4.932.300 EUR im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	20.616.541	8.733.841	2.000.000	3.780.000	3.980.000	2.122.700	0	0				
			Veränderung	**-4.932.300**		**0**	**380.000**	**-1.260.000**	**-1.152.300**	**-2.900.000**	**0**				
59c 13	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	2.459.200	1.400.000	480.000	480.000	99.200	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 309.200 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	2.150.000	1.400.000	250.000	500.000	0	0	0	0				
			Veränderung	**-309.200**		**-230.000**	**20.000**	**-99.200**	**0**	**0**	**0**				
59d 14	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 415.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge			
			neu	415.000	0	295.000	120.000	0	0	0	0				
			Veränderung	**415.000**		**295.000**	**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.000.000**		**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**				
59e 15	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	6.066.700	2.333.400	333.300	400.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	geringere investive Einzahlungen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 2.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	4.066.700	2.333.400	333.300	400.000	1.000.000	0	0	0				
			Veränderung	**-2.000.000**		**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**				
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**				
59f 16	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	900.000	900.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche EInzahlungen aus Erschließungsbeiträgen i. H. v. 500.000 EUR in 2027 - 2030 im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"			
			neu	1.400.000	900.000	0	0	500.000	0	0	0				
			Veränderung	**500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**				
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**-1.500.000**	**-1.500.000**	**0**				
59g 17	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	9.100.000	3.500.000	500.000	600.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	geringere Haushaltsmittel für Städtebaufördermittel in Höhe von 3.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens			
			neu	6.100.000	3.500.000	500.000	600.000	1.500.000	0	0	0				
			Veränderung	**-3.000.000**		**0**	**0**	**0**	**-1.500.000**	**-1.500.000**	**0**				
59h 18	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	900.000	900.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: zusätzliche Erschließungsbeiträge			
			neu	1.400.000	900.000	0	0	500.000	0	0	0				
			Veränderung	**500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**				

													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dageben	Enthaltung
Lfd. Nr.	**Position / Projekt-Nr.**	**Projektdefinition**	**Ausschuss**	**Gesamt-kosten** in €	**Plan und Ist Vorjahre** in €	**2025** in €	**2026** in €	**2027** in €	**2028** in €	**2029** in €	**Restbedarf ab 2030** in €	**Bemerkungen**			
	sonstige Maßnahmen des FB 61														
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**40.000**		**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
60	5S.610009	FB 61:Global-Sachanl.61.2													
19			bisher	961.800	706.200	97.800	37.800	40.000	40.000	40.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40,000 EUR für 2025 für die Ersatzbeschaffung eines Vermessungsfahrzeuges (Gesamtkosten bisher: 60.000 EUR; Gesamtkosten neu: 100.000 EUR)			
			neu	1.001.800	706.200	137.800	37.800	40.000	40.000	40.000	0				
			Veränderung	**40.000**		**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
				VE 2026:	37.800	VE 2026 neu:	37.800	**VE 2026 Veränderung:**			**0**				
				VE 2027:	40.000	VE 2027 neu:	40.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**				

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24471
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Doppelhaushalt 2025/2026/Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement/des Referats 0650 Hochbau und Haushalt 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	16.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:

„1. Den Entwürfen des Doppelhaushalts 2025/2026 und des Investitionsprogramms 2024 - 2029 des Teilhaushalts des Fachbereichs 65/des Ref. 0650 wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.

2. Der Haushaltsplan 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des APH fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Sachverhalt:

Fachausschussunterlagen

Die formelle Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG. Die Entwürfe zum Doppelhaushaltsplan 2025/26 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 17.12.2024 erfolgen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des APH fallenden Anträge und Vorschläge sind in den anliegenden Listen zusammengestellt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Haushaltsreste

Nach aktuellem Stand sind für den Fachbereich 65 und das Referat 0650 Haushaltsreste im Investitionsmanagement in Höhe von 29.121.500 € von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden.

Hierbei handelt es sich um die als vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

Herlitschke

Anlage/n:
Anlage 1
Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2025/2026

Anlage 2
Anträge_Fraktionen_Stadtbezirksräte Finanzhaushalt
_inkl_IP_ 2024_2029

Anlage 3
Ansatzveränderungen der Verwaltung
Investitionsprogramm 2024 - 2029

Anlage 1

Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2025/2026

TOP 6

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:
In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden. Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden? Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
FB 20

Datum: 17.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

Antwort:

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhauhalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 2

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt

(inkl. IP 2024 - 2029)

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Teilhaushalt 20 - Finanzen														
		Vorplanungen Gebäudemaßnahmen														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
1		3E.21 Neu	Kita Watenbüttel - GS Watenbüttel - Völkenrode / Vorplanungen	**SBR 321**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für ein Konzept zum Fortbestand der Kindertagesstätte in Watenbüttel und zur Errichtung des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Watenbüttel/Völkenrode			
				neu	0	0	*)	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.			
2		3E.21 Neu	Feuerwehrgerätehäuser / Konzept Mängelbeseitigung	**SBR 322**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, mit welchem abgestuften Zeitplan, die bereits verwaltungsseitig festgestellten Mängel der im Bezirk 322 liegenden Feuerwehrhäuser behoben werden können			
				neu	0	0	*)	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Es werden je Jahr Finanzmittel in Höhe von 150.000 EUR für die Beseitigung von Mängeln an Feuerwehrgerätehäusern bei dem Projket 4S.210017 zur Verfügung gestellt. Zur Prioritätensetzung der Abarbeitung von Mängeln dienen zum einen der Begehungsbericht der FUK, die Prioritätenliste aus dem Feuerwehrbedarfsplan sowie die Möglichkeiten der jeweiligen Maßnahmen an den Feuerwehrhäusern (24-24160-01). In diesem Rahmen werden auch die Mängel an den Feuerwehrhäusern im Stadtbezirk 322 abgearbeitet. Weitere Haushaltsmittel werden für nicht erforderlich gehalten.			
3		3E.21 Neu	Feuerwehrhaus Harxbüttel / Vorplanung Überdachung Grillplatz	**SBR 322**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, ob und in welcher Form dem Bauantrag der Freiwilligen Feuerwehr Harxbüttel für die Verlängerung der Überdachung Grillplatz incl. Abstellcontainer entsprochen werden kann; die Architektenleistungen und die Umsetzung plant die Freiwillige Feuerwehr Harxbüttel in eigener Regie mit Unterstützung u.a. von Architekten, Statikern etc., **für deren Arbeit keine Kosten für die Stadt Braunschweig entstehen.** **Anmerkung der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.			
				neu	0	0	*)	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Projekte, die durch den FB 65/das Ref. 0650 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen													
			Baumaßnahmen Vienna house Die "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" beantragt, die Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR für Baumaßnahmen am Vienna housse im Rahmen des 2.BA vorzuziehen. Alle Baumaßnahmen am Vienna house wurden in einem Projekt abgebildet, sind jedoch aufgrund ihrer Inhalte im Investitionsprogramm anderen Sparten (wie z.B. Kita, Sport, Flüchtlingsunterkunft) zugeordnet worden. Das Projekt gliedert sich wie folgt auf: -Herrichtung Flüchtlingsunterkunft -Herrichtung Kita -Herrichtung Sporthalle -Sanierung Bestandsgebäude												
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**				
	115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA **Herrichtung Flüchtlingsunterkunft**	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0	Beibehaltung der Fiannzraten für die Herrichtung der Flüchtlingsunterkunft im Gebäudekomplex "Vienna house"			
				neu	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA **Herrichtung Kita**	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	3.200.000	0	0	0	0	0	0	3.200.000	Vorziehen der Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR von 2030 für die Einrichtung einer Kita			
				neu	3.200.000	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	0	0	0				
4				Veränderung	**0**	**0**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**	**Anmerkung der Verwaltung:** Es gibt hierzu eine Ansatzveränderung der Verwaltung, die ein Vorziehen der Finanzraten für die Kita auf 2025-2027 in Höhe von 3.200.000 EUR vorsieht			
	115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA **Herrichtung Sporthalle**	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	2.500.000	0	500.000	1.000.000	1.000.000	0	0	0	Beibehaltung der Fiannzraten für die Herrichtung der Sporthalle im Gebäudekomplex "Vienna house"			
				neu	2.500.000	0	500.000	1.000.000	1.000.000	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA **Sanierung Bestandsgebäude**	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	12.650.000	0	1.500.000	3.500.000	3.000.000	1.850.000	0	2.800.000	Beibehaltung der Fiannzraten für die Sanierung der Bestandsgebäude im Gebäudekomplex "Vienna house"			
				neu	12.650.000	0	1.500.000	3.500.000	3.000.000	1.850.000	0	2.800.000				
				Veränderung	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Sanierung Gebäude Hamburger Str. (Gesundheitsamt)														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**995.000**		**600.000**	**790.000**	**600.000**	**0**	**0**	**-995.000**				
	114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	1.240.000	245.000	0	0	0	0	0	995.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027			
				neu	2.235.000	245.000	600.000	790.000	600.000	0	0	0				
				Veränderung	**995.000**	**0**	**600.000**	**790.000**	**600.000**	**0**	**0**	**-995.000**				
5		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-995.000**		**2.400.000**	**3.160.000**	**2.400.000**	**0**	**0**	**-8.955.000**				
	114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	11.160.000	2.205.000	0	0	0	0	0	8.955.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027			
				neu	10.165.000	2.205.000	2.400.000	3.160.000	2.400.000	0	0	0				
				Veränderung	**-995.000**	**0**	**2.400.000**	**3.160.000**	**2.400.000**	**0**	**0**	**-8.955.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Bei Annahme des Antrages wären Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 3.160.000 EUR zu Lasten 2026 und 2.400.000 EUR zu Lasten 2027 erforderlich.			
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.160.000	**VE 2026 Veränderung:**				**3.160.000**				
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	2.400.000	**VE 2027 Veränderung:**				**2.400.000**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Maßnahme Neubau Kinder-, und Jugendzentrum													
			JZ B 58 - SBR 330													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.566.000**		**1.000.000**	**810.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.376.000**				
		4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**												
				bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026			
				neu	1.934.000	124.000	1.000.000	810.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**-2.566.000**	**0**	**1.000.000**	**810.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.376.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei diesem Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.			
6		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-10.264.000**		**4.000.000**	**3.240.000**	**0**	**0**	**0**	**-17.504.000**				
		4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**												
				bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026			
				neu	7.736.000	496.000	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**-10.264.000**	**0**	**4.000.000**	**3.240.000**	**0**	**0**	**0**	**-17.504.000**	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 3.240.000 EUR **Anmerkung der Verwaltung** Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei diesem Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.			
					VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.240.000	**VE 2026 Veränderung:**			**3.240.000**				
			JZ B 58 - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**2.000.000**	**2.376.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.376.000**				
	116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026			
				neu	4.500.000	124.000	2.000.000	2.376.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**2.000.000**	**2.376.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.376.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.			
7		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**8.000.000**	**9.504.000**	**0**	**0**	**0**	**-17.504.000**				
	116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026			
				neu	18.000.000	496.000	8.000.000	9.504.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**8.000.000**	**9.504.000**	**0**	**0**	**0**	**-17.504.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Bei Annahme des Antrages wäre eine VE zu Lasten 2026 i. H. v. 9.504.000 EUR erforderlich. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.			
					VE 2026:	0	VE 2026 neu:	9.504.000	**VE 2026 Veränderung:**			**9.504.000**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		JZ Watenbüttel - SBR 321														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**95.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-95.000**				
		4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**												
				bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025			
		(inkl. 5E.210156)		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**95.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-95.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.			
8		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**855.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-855.000**				
		4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**												
				bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025			
		(inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**855.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-855.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.			
		JZ Watenbüttel - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**95.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-95.000**				
	117	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025			
		(inkl. 5E.210156)		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**95.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-95.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor.			
9		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**1.710.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.710.000**				
	117	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**												
				bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025			
		(inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**855.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-855.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor.			

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Anbau Kita Wenden													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	**SBR 322**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4.Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermögiicht			
				neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0				
				Veränderung	**0**	**0**	***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01) Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen.			
10		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	**SBR 322**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4.Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermögiicht			
				neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0				
				Veränderung	**0**	**0**	***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01) Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen.			

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Neubau Feuerwehrhaus Geitelde - Stiddien													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-286.900**		**116.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-402.900**				
		4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**SBR 222**												
				bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.			
				neu	236.000	120.000	116.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-286.900**	**0**	**116.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-402.900**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor.			
11		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-567.500**		**1.044.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.611.500**				
		4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**SBR 222**												
				bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.			
				neu	2.124.000	1.080.000	1.044.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-567.500**	**0**	**1.044.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.611.500**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-FRaktion vor.			
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**402.900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-402.900**				
	165	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**CDU-Fraktion**												
				bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf das Jahr 2025			
				neu	522.900	120.000	402.900	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**402.900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-402.900**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.			
12		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**1.611.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.611.500**				
	165	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**CDU-Fraktion**												
				bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf das Jahr 2025			
				neu	2.691.500	1.080.000	1.611.500	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**	**0**	**1.611.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.611.500**	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.			

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Klimaschutzmaßnahmen "Städtische Gebäude"														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**7.500.000**		**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**0**				
13	113	4S.210106	Städt. Maßnahmen / Klimaschutz	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**												
				bisher	5.799.500	5.799.500	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 1 Mio. EUR für Klimaschutzmaßnahmen an Städtischen Gebäuden			
				neu	10.799.500	5.799.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0				
				Veränderung	**5.000.000**		**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**0**				
14	112	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**												
				bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 500.000 € für Begrünungsmaßnahmen an Städtischen Gebäuden			
				neu	3.500.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0				
				Veränderung	**2.500.000**		**500.000**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**0**	**Hinweis der Verwaltung** Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten bereits eine Aufstockung der Haushaltsmittel um jährlich 450.000 €.			

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**75.000**		**75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		4S.21 Neu	Nachbarschaftszentren /Neubauten	**SBR 111**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen. **Anmerkung der Verwaltung** Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen, interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen der Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.			
				neu	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**75.000**		**75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
15																
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**675.000**		**675.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		4S.21 Neu	Nachbarschaftszentren /Neubauten	**SBR 111**												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen. **Anmerkung der Verwaltung** Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen, interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen der Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.			
				neu	675.000	0	675.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**675.000**		**675.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3

Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP 2024 – 2029)

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Teilhaushalt 20 - Finanzen													
			Vorplanungen													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**800.000**		**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**300.000**				
1	2	3E.210028	IGS Querum/Vorpl. Umbau ehem. GS-Gebäude	bisher	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 EUR für die Vorplanung des Umbaus des ehemaligen GS-Gebäudes Querum (zukünftige Nutzung voraussichtlich IGS Querum)			
				neu	900.000	100.000	500.000	0	0	0	0	300.000				
				Veränderung	**800.000**		**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**300.000**				
			Projekte, die durch den FB 65/das Ref. 0650 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Schulsanierungsprogramm**													
			BBS V													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.980.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.980.000**				
	3a	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA	bisher	120.000	0	0	0	0	20.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; **die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen** Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR			
				neu	2.100.000	0	0	0	0	20.000	100.000	1.980.000				
				Veränderung	**1.980.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.980.000**				
2		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**7.920.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**7.920.000**				
	3b	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA	bisher	480.000	0	0	0	0	80.000	400.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; **die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen** Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR			
				neu	8.400.000	0	0	0	0	80.000	400.000	7.920.000				
				Veränderung	**7.920.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**7.920.000**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Lessingymnasium														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-240.000**		**-240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
3	4	4E.210462	Lessingymnasium/Austausch Fassadenplatt.	bisher	240.000	0	240.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für den Austausch der Fassadenplatten des Lessinggymnasiums in Höhe von 240.000 EUR für 2025, da die Maßnahme bereits in 2024 umgesetzt werden soll			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-240.000**		**-240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		GS Mascheroder Holz														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**40.000**		**-150.000**	**40.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**				
4	5	4E.210464	GS Mascheroder Holz / San. Außentüren	bisher	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für die Sanierung der Außentüren der GS Mascheroder Holz sowie Verschieben der Maßnahme von 2025 auf 2026 ff. (Gesamtkosten bisher: 150.000 EUR; Gesamtkosten neu: 190.000 EUR)			
				neu	190.000	0	0	40.000	150.000	0	0	0				
				Veränderung	**40.000**		**-150.000**	**40.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			GS Lindenberg													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-200.000**		**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
5	6	4E.210466	GS Lindenberg SpH / Fassadensan.	bisher	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025 für die Fassadensanierung der Sporthalle GS Lindenberg, da die Halle nicht mehr benötigt wird			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-200.000**		**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
			GS Klint													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**260.000**		**260.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
6	7	4E.21 Neu	GS Klint / Dachsanierung Sporthalle	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 260.000 EUR für 2025 für die Dachsanierung der Sporthalle GS Klint			
				neu	260.000	0	260.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**260.000**		**260.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			GS Bebelhof / Hans-Würtz-Schule													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.200.000**		**600.000**	**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
7	8	4E.21 Neu	GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule / Sanierung Trinkwassernetz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,2 Mio. EUR für 2025/2026 für die Sanierung des Trinwassernetzes der GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule			
				neu	1.200.000	0	600.000	600.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**1.200.000**		**600.000**	**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
			RS Nibelungenschule													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**350.000**		**0**	**50.000**	**300.000**	**0**	**0**	**0**				
8	9	4E.21 Neu	RS Nibelungenschule / San. Haupteingang im Zwischentrakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2026/2027 für die Sanierung des Haupteingangs der RS Nibelungenschule im Zwischentrakt (Klimaschutzmaßnahmen - Dämmung)			
				neu	350.000	0	0	50.000	300.000	0	0	0				
				Veränderung	**350.000**		**0**	**50.000**	**300.000**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Jugendverkehrsschule													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**92.000**		**92.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	10	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule			
				neu	92.000	0	92.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**92.000**		**92.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
9																
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**368.000**		**368.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	11	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule			
				neu	368.000	0	368.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**368.000**		**368.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Einrichtung von Ganztagsbetrieben													
			Einrichtung GTB und Sanierung der GS Stöckheim													
		10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	12a	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim			
				neu	1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**160.000**	**0**	**0**	**0**	**-160.000**	**0**				
	12b	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	3.652.630	2.351.930	0	0	100.000	500.000	600.000	100.700	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 800.000 EUR von 2029 auf 2025 für die Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim und dessen Sanierung			
				neu	3.652.630	2.351.930	160.000	0	100.000	500.000	440.000	100.700				
				Veränderung	**0**		**160.000**	**0**	**0**	**0**	**-160.000**	**0**				
10		**19**	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	12c	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	4.422.900	0	0	0	0	0	0	4.422.900	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim			
				neu	4.422.900	0	0	0	0	0	0	4.422.900				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**640.000**	**0**	**0**	**0**	**-640.000**	**0**				
	12d	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	15.619.370	10.416.570	0	0	400.000	2.000.000	2.400.000	402.800	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 800.000 EUR von 2029 auf 2025 für die Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim und dessen Sanierung			
				neu	15.619.370	10.416.570	640.000	0	400.000	2.000.000	1.760.000	402.800				
				Veränderung	**0**		**640.000**	**0**	**0**	**0**	**-640.000**	**0**	geringere VE zu Lasten 2029: - 640.000 EUR			

VE 2027:	400.000	VE 2027 neu:	400.000	**VE 2027 Veränderung:**	**0**
VE 2028:	2.000.000	VE 2028 neu:	2.000.000	**VE 2028 Veränderung:**	**0**
VE 2029:	2.400.000	VE 2029 neu:	1.760.000	**VE 2029 Veränderung:**	**-640.000**

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Einrichtung GTB GS St. Josef														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-800.000**		**0**	**0**	**-80.000**	**-720.000**	**0**	**0**				
	13a	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB	bisher	800.000	0	0	0	80.000	720.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-800.000**		**0**	**0**	**-80.000**	**-720.000**	**0**	**0**				
11																
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-3.200.000**		**0**	**0**	**-320.000**	**-2.880.000**	**0**	**0**				
	13b	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB	bisher	3.200.000	0	0	0	320.000	2.880.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-3.200.000**		**0**	**0**	**-320.000**	**-2.880.000**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Einrichtung GTB GS Schunteraue													
		10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	14a	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	926.000	0	0	0	0	926.000	0	0	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Schunteraue			
				neu	926.000	0	0	0	0	926.000	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**483.400**		**20.000**	**340.000**	**123.400**	**0**	**0**	**0**				
	14b	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	920.000	340.000	210.000	210.000	100.000	60.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.417.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Schunteraue (Gesamtkosten bisher: 4.600.000 EUR; Gesamtkosten neu: 7.016.700 EUR)			
				neu	1.403.400	340.000	230.000	550.000	223.400	60.000	0	0				
				Veränderung	**483.400**		**20.000**	**340.000**	**123.400**	**0**	**0**	**0**				
12		**19**	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	14c	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	3.704.000	0	0	0	0	3.704.000	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Schunteraue			
				neu	3.704.000	0	0	0	0	3.704.000	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.933.600**		**80.000**	**1.360.000**	**493.600**	**0**	**0**	**0**				
	14d	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	3.680.000	1.360.000	840.000	840.000	400.000	240.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.417.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Schunteraue (Gesamtkosten bisher: 4.600.000 EUR; Gesamtkosten neu: 7.016.700 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.360.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 490.000 EUR			
				neu	5.613.600	1.360.000	920.000	2.200.000	893.600	240.000	0	0				
				Veränderung	**1.933.600**		**80.000**	**1.360.000**	**493.600**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	840.000	VE 2026 neu:	2.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**1.360.000**				
					VE 2027:	400.000	VE 2027 neu:	890.000	**VE 2027 Veränderung:**			**490.000**				
					VE 2028:	240.000	VE 2028 neu:	240.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Schulneubauten / -erweiterungen													
			Herstellung der 4-Zügigkeit GS Pestalozzi-Straße													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-280.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-280.000**				
13	15a	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	400.000	120.000	0	0	0	0	0	280.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße **(Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)**			
				neu	120.000	120.000	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-280.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-280.000**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.120.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.120.000**				
	15b	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	1.600.000	480.000	0	0	0	0	0	1.120.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße **(Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)**			
				neu	480.000	480.000	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-1.120.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.120.000**				
			Herrichtung Sporthalle GS Comeniusstraße													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**881.600**		**601.600**	**280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	16a	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporhalle	bisher	369.000	369.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.100.000 EUR			
				neu	1.250.600	369.000	601.600	280.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**881.600**		**601.600**	**280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
14		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.050.400**		**930.400**	**1.120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	16b	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporhalle	bisher	1.476.000	1.476.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.100.000 EUR			
				neu	3.526.400	1.476.000	930.400	1.120.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**2.050.400**		**930.400**	**1.120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
				VE 2026:	0		VE 2026 neu:	1.100.000	**VE 2026 Veränderung:**			**1.100.000**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan Schule													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-219.800**		**500.000**	**1.000.000**	**0**	**-200.000**	**-994.800**	**-525.000**				
	17a	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	3.675.000	250.000	500.000	100.000	300.000	1.000.000	1.000.000	525.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR)			
				neu	3.455.200	250.000	1.000.000	1.100.000	300.000	800.000	5.200	0				
				Veränderung	**-219.800**		**500.000**	**1.000.000**	**0**	**-200.000**	**-994.800**	**-525.000**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-879.200**		**2.000.000**	**4.000.000**	**0**	**-800.000**	**-3.979.200**	**-2.100.000**				
15	17b	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	14.700.000	1.000.000	2.000.000	400.000	1.200.000	4.000.000	4.000.000	2.100.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.000.000 EUR geringere VE zu Lasten 2028: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 4.000.000 EUR			
				neu	13.820.800	1.000.000	4.000.000	4.400.000	1.200.000	3.200.000	20.800	0				
				Veränderung	**-879.200**		**2.000.000**	**4.000.000**	**0**	**-800.000**	**-3.979.200**	**-2.100.000**				

VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	4.400.000	**VE 2026 Veränderung:** **4.000.000**
VE 2027:	1.200.000	VE 2027 neu:	1.200.000	**VE 2027 Veränderung:** **0**
VE 2028:	4.000.000	VE 2028 neu:	3.200.000	**VE 2028 Veränderung:** **-800.000**
VE 2029:	4.000.000	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:** **-4.000.000**

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Erweiterung G8/G9 und Sanierung GY Kleine Burg														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.830.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.830.000**	**-1.000.000**				
	18a	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.	bisher	2.893.275	63.275	0	0	0	0	1.830.000	1.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.			
				neu	63.275	63.275	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-2.830.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.830.000**	**-1.000.000**				
16		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-11.320.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-7.320.000**	**-4.000.000**				
	18b	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.	bisher	11.520.000	200.000	0	0	0	0	7.320.000	4.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.			
				neu	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-11.320.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-7.320.000**	**-4.000.000**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Erweiterung Wilhelmgymnasium (G8/G9)														
		10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**380.000**	**320.000**	**-700.000**	**0**				
	19a	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	740.000	0	0	0	0	0	740.000	0	Anpassung der Einnahmen (Fördergelder) für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums an den tatsächlichen Zahlungsfluss			
				neu	740.000	0	0	0	380.000	320.000	40.000	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**380.000**	**320.000**	**-700.000**	**0**				
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**391.300**		**0**	**0**	**391.300**	**740.000**	**-740.000**	**0**				
	19b	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	3.859.600	841.500	600.000	900.000	667.100	51.000	800.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.956.100 EUR für 2026 für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums sowie Vorziehen einer Teil-Finanzrate 2029 auf 2028 (Gesamtkosten bisher: 18,54 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: 20,497 Mio. EUR)			
				neu	4.250.900	841.500	600.000	900.000	1.058.400	791.000	60.000	0				
				Veränderung	**391.300**		**0**	**0**	**391.300**	**740.000**	**-740.000**	**0**				
		19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**1.520.000**	**1.280.000**	**-2.800.000**	**0**				
17	19c	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	2.960.000	0	0	0	0	0	2.960.000	0	Anpassung der Einnahmen (Fördergelder) für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums an den tatsächlichen Zahlungsfluss			
				neu	2.960.000	0	0	0	1.520.000	1.280.000	160.000	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**1.520.000**	**1.280.000**	**-2.800.000**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.564.800**		**0**	**0**	**1.564.800**	**2.960.000**	**-2.960.000**	**0**				
	19d	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	14.681.700	2.609.400	2.400.000	3.600.000	2.668.300	204.000	3.200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.956.100 EUR für 2026 für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums sowie Vorziehen einer Teil-Finanzrate 2029 auf 2028 (Gesamtkosten bisher: 18,54 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: 20,497 Mio. EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.560.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 2.900.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 2.960.000 EUR			
				neu	16.246.500	2.609.400	2.400.000	3.600.000	4.233.100	3.164.000	240.000	0				
				Veränderung	**1.564.800**		**0**	**0**	**1.564.800**	**2.960.000**	**-2.960.000**	**0**				
					VE 2026:	3.600.000	VE 2026 neu:	3.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**				
					VE 2027:	2.660.000	VE 2027 neu:	4.220.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.560.000**				
					VE 2028:	200.000	VE 2028 neu:	3.100.000	**VE 2028 Veränderung:**			**2.900.000**				
					VE 2029:	3.200.000	VE 2029 neu:	240.000	**VE 2029 Veränderung:**			**-2.960.000**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Neubau Sporthalle Ackerstraße													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**183.000**		**0**	**0**	**183.000**	**0**	**0**	**0**				
	20a	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle	bisher	795.600	290.400	50.000	434.200	21.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.829.200 EUR für 2027 für den Neubau der Sporthalle Ackerstraße; es handelt sich um die Nachveranschlaung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben			
				neu	978.600	290.400	50.000	434.200	204.000	0	0	0				
				Veränderung	**183.000**		**0**	**0**	**183.000**	**0**	**0**	**0**				
18		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.646.200**		**0**	**0**	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**				
	20b	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle	bisher	7.159.600	2.613.000	450.000	3.907.600	189.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.829.200 EUR für 2027 für den Neubau der Sporthalle Ackerstraße; es handelt sich um die Nachveranschlaung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.646.000 EUR			
				neu	8.805.800	2.613.000	450.000	3.907.600	1.835.200	0	0	0				
				Veränderung	**1.646.200**		**0**	**0**	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	3.900.000	VE 2026 neu:	3.900.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**				
					VE 2027:	189.000	VE 2027 neu:	1.835.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.646.000**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Erweiterung GY M.K. (G8/G9) sowie Sanierung													
		10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	21a	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)			
				neu	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**307.000**		**2.000.000**	**2.500.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.193.000**				
	21b	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben			
				neu	23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500				
				Veränderung	**307.000**		**2.000.000**	**2.500.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.193.000**				
		19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
19	21c	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)			
				neu	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**307.000**		**2.000.000**	**2.500.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.193.000**				
	21d	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2.500.000 EUR			
				neu	23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500				
				Veränderung	**307.000**		**2.000.000**	**2.500.000**	**0**	**0**	**0**	**-4.193.000**				

VE 2026:	500.000	VE 2026 neu:	3.000.000	**VE 2026 Veränderung:**	**2.500.000**
VE 2027:	3.725.000	VE 2027 neu:	3.725.000	**VE 2027 Veränderung:**	**0**
VE 2028:	3.540.000	VE 2028 neu:	3.540.000	**VE 2028 Veränderung:**	**0**
VE 2029:	3.540.000	VE 2029 neu:	3.540.000	**VE 2029 Veränderung:**	**0**

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Erweiterung GY H.v.F.													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.493.000**		**0**	**0**	**300.000**	**160.000**	**27.000**	**-1.980.000**				
	22a	4E.210469	GY H.v.F. / Erweiterung	bisher	3.660.000	0	40.000	100.000	600.000	740.000	200.000	1.980.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.435.000 EUR für 2027-2029 für die Erweiterung des GY H.v.F; der Ansatz für 2030 ist fälscherlicherweise erfolgt			
				neu	2.167.000	0	40.000	100.000	900.000	900.000	227.000	0				
				Veränderung	**-1.493.000**		**0**	**0**	**300.000**	**160.000**	**27.000**	**-1.980.000**	Gesamtkosten bisher: 8.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.835.000 EUR			
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-5.972.000**		**0**	**0**	**1.200.000**	**640.000**	**108.000**	**-7.920.000**				
20	22b	4E.210469	GY H.v.F. / Erweiterung	bisher	14.640.000	0	160.000	400.000	2.400.000	2.960.000	800.000	7.920.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.435.000 EUR für 2027-2029 für die Erweiterung des GY H.v.F; der Ansatz für 2030 ist fälscherlicherweise erfolgt			
				neu	8.668.000	0	160.000	400.000	3.600.000	3.600.000	908.000	0				
				Veränderung	**-5.972.000**		**0**	**0**	**1.200.000**	**640.000**	**108.000**	**-7.920.000**	Gesamtkosten bisher: 8.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.835.000 EUR			
													zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.200.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 640.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 100.000 EUR			

VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	400.000	**VE 2026 Veränderung:** **0**
VE 2027:	2.400.000	VE 2027 neu:	3.600.000	**VE 2027 Veränderung:** **1.200.000**
VE 2028:	2.960.000	VE 2028 neu:	3.600.000	**VE 2028 Veränderung:** **640.000**
VE 2029:	800.000	VE 2029 neu:	900.000	**VE 2029 Veränderung:** **100.000**

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Flüchtlingsunterkünfte														
		Umbauten Vienna house														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.000.000**		**200.000**	**3.000.000**	**1.000.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**				
	23a	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	bisher	20.150.000	0	2.500.000	5.500.000	4.300.000	1.850.000	0	6.000.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027			
				neu	21.150.000	0	2.700.000	8.500.000	5.300.000	1.850.000	0	2.800.000				
				Veränderung	**1.000.000**		**200.000**	**3.000.000**	**1.000.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**				
21		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	23b	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027			
				neu	0	0	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:** **0**
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:** **0**

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		PPP-Projekte														
		Erweiterung GY Neue Oberschule														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.715.400**		**600.000**	**1.249.400**	**866.000**	**0**	**0**	**0**				
	24a	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	4.654.853	254.853	1.200.000	2.300.000	900.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR			
				neu	7.370.253	254.853	1.800.000	3.549.400	1.766.000	0	0	0				
				Veränderung	**2.715.400**		**600.000**	**1.249.400**	**866.000**	**0**	**0**	**0**				
		19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	24b	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY N.O.			
				neu	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
22		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**10.861.600**		**2.400.000**	**4.997.600**	**3.464.000**	**0**	**0**	**0**				
	24c	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	18.700.000	1.100.000	4.800.000	9.200.000	3.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.997.600 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.464.000 EUR			
				neu	29.561.600	1.100.000	7.200.000	14.197.600	7.064.000	0	0	0				
				Veränderung	**10.861.600**		**2.400.000**	**4.997.600**	**3.464.000**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	9.200.000	VE 2026 neu:	14.197.600	**VE 2026 Veränderung:**			**4.997.600**				
					VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	7.064.000	**VE 2027 Veränderung:**			**3.464.000**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Erweiterung GY Ricarda-Huch-Schule													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	25a	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	bisher	5.747.175	374.475	4.079.300	1.293.400	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind Gesamtkosten: 34.313.500 EUR			
				neu	5.747.175	374.475	4.079.300	1.293.400	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	25b	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	bisher	1.287.800	0	0	1.287.800	0	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch			
				neu	1.287.800	0	0	1.287.800	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
23		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.096.600**		**-1.096.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	25c	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	bisher	29.662.725	19.972.125	4.517.300	5.173.300	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind Gesamtkosten: 34.313.500 EUR			
				neu	28.566.125	19.972.125	3.420.700	5.173.300	0	0	0	0				
				Veränderung	**-1.096.600**		**-1.096.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	5.173.500	VE 2026 neu:	5.173.500	**VE 2026 Veränderung:**			**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Sanierung und Ausbau Mensa GS Rühme														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**92.800**		**200.000**	**-1.000.000**	**892.800**	**0**	**0**	**0**				
	26a	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	3.200.000	0	200.000	2.600.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR)			
				neu	3.292.800	0	400.000	1.600.000	1.292.800	0	0	0				
				Veränderung	**92.800**		**200.000**	**-1.000.000**	**892.800**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**371.200**		**800.000**	**-4.000.000**	**3.571.200**	**0**	**0**	**0**				
24	26b	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	12.800.000	0	800.000	10.400.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 4.000.000 EUR; zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.571.200 EUR			
				neu	13.171.200	0	1.600.000	6.400.000	5.171.200	0	0	0				
				Veränderung	**371.200**		**800.000**	**-4.000.000**	**3.571.200**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	10.400.000	VE 2026 neu:	6.400.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-4.000.000**				
					VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	5.171.200	**VE 2027 Veränderung:**			**3.571.200**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Sanierung GS Broitzem (inkl. Einrichtung GTB und Zusammenlegung Außenstelle)													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**25.400**		**200.000**	**-736.000**	**561.400**	**0**	**0**	**0**				
	27a	4E.210425	GS Broitzem/Einr. GTB u. San.	bisher	2.736.000	0	200.000	2.136.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 127.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Broitzem (einschl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 13.680.000 EUR; Gesamtkosten neu: 13.807.000 EUR)			
				neu	2.761.400	0	400.000	1.400.000	961.400	0	0	0				
				Veränderung	**25.400**		**200.000**	**-736.000**	**561.400**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**101.600**		**800.000**	**-2.944.000**	**2.245.600**	**0**	**0**	**0**				
25	27b	4E.210425	GS Broitzem/Einr. GTB u. San.	bisher	10.944.000	0	800.000	8.544.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 127.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Broitzem (einschl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 13.680.000 EUR; Gesamtkosten neu: 13.807.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 2.944.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 2.245.600 EUR			
				neu	11.045.600	0	1.600.000	5.600.000	3.845.600	0	0	0				
				Veränderung	**101.600**		**800.000**	**-2.944.000**	**2.245.600**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	8.544.000	VE 2026 neu:	5.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-2.944.000**				
					VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	3.845.600	**VE 2027 Veränderung:**			**2.245.600**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Sanierung GS Altmühlstraße													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.400**		**200.000**	**-1.240.000**	**1.090.400**	**0**	**0**	**0**				
	28a	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung	bisher	3.640.000	0	200.000	3.040.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR)			
				neu	3.690.400	0	400.000	1.800.000	1.490.400	0	0	0				
				Veränderung	**50.400**		**200.000**	**-1.240.000**	**1.090.400**	**0**	**0**	**0**				
26		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**201.600**		**800.000**	**-4.960.000**	**4.361.600**	**0**	**0**	**0**				
	28b	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung	bisher	14.560.000	0	800.000	12.160.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 4.960.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 4.361.600 EUR			
				neu	14.761.600	0	1.600.000	7.200.000	5.961.600	0	0	0				
				Veränderung	**201.600**		**800.000**	**-4.960.000**	**4.361.600**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	12.160.000	VE 2026 neu:	7.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-4.960.000**				
					VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	5.961.600	**VE 2027 Veränderung:**			**4.361.600**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Sanierung RS Sidonienstraße (inkl. Einrichtung GTB)													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-193.800**		**400.000**	**-2.212.000**	**1.618.200**	**0**	**0**	**0**				
	29a	4E.210427	RS Sidonienstrasse/Einr. GTB u. San.	bisher	4.812.000	0	200.000	4.212.000	400.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 969.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 24.060.000 EUR; Gesamtkosten neu: 23.091.000 EUR)			
				neu	4.618.200	0	600.000	2.000.000	2.018.200	0	0	0				
				Veränderung	**-193.800**		**400.000**	**-2.212.000**	**1.618.200**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-775.200**		**1.600.000**	**-8.848.000**	**6.472.800**	**0**	**0**	**0**				
27	29b	4E.210427	RS Sidonienstrasse/Einr. GTB u. San.	bisher	19.248.000	0	800.000	16.848.000	1.600.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 969.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 24.060.000 EUR; Gesamtkosten neu: 23.091.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 8.848.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 6.472.800 EUR			
				neu	18.472.800	0	2.400.000	8.000.000	8.072.800	0	0	0				
				Veränderung	**-775.200**		**1.600.000**	**-8.848.000**	**6.472.800**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	16.848.000	VE 2026 neu:	8.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-8.848.000**				
					VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	8.072.800	**VE 2027 Veränderung:**			**6.472.800**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Sanierung Stadthalle														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**800.000**	**-1.600.000**	**0**	**800.000**	**0**	**0**				
	30a	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	28.000.000	5.000.000	5.000.000	8.000.000	7.000.000	2.000.000	1.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf			
				neu	28.000.000	5.000.000	5.800.000	6.400.000	7.000.000	2.800.000	1.000.000	0				
				Veränderung	**0**		**800.000**	**-1.600.000**	**0**	**800.000**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**3.200.000**	**-6.400.000**	**0**	**3.200.000**	**0**	**0**				
28	30b	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	112.000.000	20.000.000	20.000.000	32.000.000	28.000.000	8.000.000	4.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf			
				neu	112.000.000	20.000.000	23.200.000	25.600.000	28.000.000	11.200.000	4.000.000	0				
				Veränderung	**0**		**3.200.000**	**-6.400.000**	**0**	**3.200.000**	**0**	**0**	geringere VE zu Lasten 2026: - 6.400.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 3.200.000 EUR			
					VE 2026:	32.000.000	VE 2026 neu:	25.600.000		**VE 2026 Veränderung:**		**-6.400.000**				
					VE 2027:	28.000.000	VE 2027 neu:	28.000.000		**VE 2027 Veränderung:**		**0**				
					VE 2028:	8.000.000	VE 2028 neu:	11.200.000		**VE 2028 Veränderung:**		**3.200.000**				
					VE 2029:	4.000.000	VE 2029 neu:	4.000.000		**VE 2029 Veränderung:**		**0**				
		Klimaschutzmaßnahmen														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.250.000**		**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**0**				
29	31	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung	bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR jährlich für die Dach- und Fassadenbegrünung von städtischen Gebäuden (Klimaschutzmaßnahmen)			
				neu	3.250.000	1.000.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	0				
				Veränderung	**2.250.000**		**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Kita-Maßnahmen														
		Dachsanierung Kita Thune und Kita Wenden														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
30	32	4E.210186	Kita Thune / Dachsanierung	bisher	454.486	4.486	450.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Dachsanierung der Kita Thune sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026			
				neu	504.486	4.486	50.000	450.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
31	33	4E.210187	Kita Wenden / Dachsanierung	bisher	451.459	1.459	450.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Dachsanierung der Kita Wenden sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026			
				neu	501.459	1.459	50.000	450.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		Sanierung Kita Lamme														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-518.300**		**-518.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
32	34	4E.210283	Kita Lamme / Sanierung	bisher	618.300	100.000	518.300	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 518.300 EUR für 2025, da die Sanierung der Kita Lamme nicht mehr durchgeführt wird			
				neu	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**-518.300**		**-518.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Ersatzbau Kita Querum													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**70.000**	**700.000**	**-200.000**	**0**	**-570.000**	**0**				
	35a	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	2.870.000	130.000	10.000	100.000	900.000	900.000	830.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026			
				neu	2.870.000	130.000	80.000	800.000	700.000	900.000	260.000	0				
				Veränderung	**0**		**70.000**	**700.000**	**-200.000**	**0**	**-570.000**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**280.000**	**2.800.000**	**-800.000**	**0**	**-2.280.000**	**0**				
33	35b	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	11.480.000	520.000	40.000	400.000	3.600.000	3.600.000	3.320.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026			
				neu	11.480.000	520.000	320.000	3.200.000	2.800.000	3.600.000	1.040.000	0				
				Veränderung	**0**		**280.000**	**2.800.000**	**-800.000**	**0**	**-2.280.000**	**0**	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2027: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 2.280.000 EUR			

VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	3.200.000	**VE 2026 Veränderung: 2.800.000**
VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	2.800.000	**VE 2027 Veränderung: -800.000**
VE 2028:	3.600.000	VE 2028 neu:	3.600.000	**VE 2028 Veränderung: 0**
VE 2029:	3.320.000	VE 2029 neu:	1.040.000	**VE 2029 Veränderung: -2.280.000**

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Neubau Kita Weststadt														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**392.800**		**0**	**0**	**200.000**	**190.000**	**2.800**	**0**				
	36a	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau	bisher	1.020.000	0	50.000	100.000	400.000	400.000	70.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR)			
				neu	1.412.800	0	50.000	100.000	600.000	590.000	72.800	0				
				Veränderung	**392.800**		**0**	**0**	**200.000**	**190.000**	**2.800**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.535.200**		**0**	**0**	**1.800.000**	**1.710.000**	**25.200**	**0**				
34	36b	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau	bisher	9.180.000	0	450.000	900.000	3.600.000	3.600.000	630.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.800.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.710.000 EUR			
				neu	12.715.200	0	450.000	900.000	5.400.000	5.310.000	655.200	0				
				Veränderung	**3.535.200**		**0**	**0**	**1.800.000**	**1.710.000**	**25.200**	**0**				

VE 2026:	900.000	VE 2026 neu:	900.000	**VE 2026 Veränderung:**	**0**
VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	5.400.000	**VE 2027 Veränderung:**	**1.800.000**
VE 2028:	3.600.000	VE 2028 neu:	5.310.000	**VE 2028 Veränderung:**	**1.710.000**
VE 2029:	630.000	VE 2029 neu:	630.000	**VE 2029 Veränderung:**	**0**

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Erweiterung Kita Lamme Ost (AWO)													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**301.700**		**103.700**	**99.000**	**99.000**	**0**	**0**	**0**				
	37a	4E.21 Neu	Kita Lamme-Ost / Erweiterung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.508.300 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung der Kita Lamme Ost (die Sanierung der Kita Lamme - 4E.210283 - wird nicht weiter verfolgt			
				neu	301.700	0	103.700	99.000	99.000	0	0	0				
				Veränderung	**301.700**		**103.700**	**99.000**	**99.000**	**0**	**0**	**0**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.206.600**		**414.600**	**396.000**	**396.000**	**0**	**0**	**0**				
35	37b	4E.21 Neu	Kita Lamme-Ost / Erweiterung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.508.300 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung der Kita Lamme Ost (die Sanierung der Kita Lamme - 4E.210283 - wird nicht weiter verfolgt zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 396.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 396.000 EUR			
				neu	1.206.600	0	414.600	396.000	396.000	0	0	0				
				Veränderung	**1.206.600**		**414.600**	**396.000**	**396.000**	**0**	**0**	**0**				
					VE 2026:	0	VE 2026 neu:	396.000	**VE 2026 Veränderung:**			**396.000**				
					VE 2027:	0	VE 2027 neu:	396.000	**VE 2027 Veränderung:**			**396.000**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Brandschutzmaßnahmen													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**841.200**		**841.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	38a	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.	bisher	3.412.899	3.412.899	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR			
				neu	4.254.099	3.412.899	841.200	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**841.200**		**841.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
36																
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
	38b	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.	bisher	274.260	274.260	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR			
				neu	274.260	274.260	0	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Sanierung / Umbauten von Dienstgebäuden													
			Sanierung Rathaus-Neubau													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-360.000**	**-1.640.000**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**				
	39a	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	7.380.818	1.180.818	400.000	2.000.000	2.200.000	1.600.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus			
				neu	7.380.818	1.180.818	40.000	360.000	4.200.000	1.600.000	0	0				
				Veränderung	**0**		**-360.000**	**-1.640.000**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**				
37		**26**	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-1.440.000**	**-6.560.000**	**8.000.000**	**0**	**0**	**0**				
	39b	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	28.800.000	4.000.000	1.600.000	8.000.000	8.800.000	6.400.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus			
				neu	28.800.000	4.000.000	160.000	1.440.000	16.800.000	6.400.000	0	0				
				Veränderung	**0**		**-1.440.000**	**-6.560.000**	**8.000.000**	**0**	**0**	**0**	geringere VE zu Lasten 2026: - 6.560.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 8.000.000 EUR			

VE 2026:	8.000.000	VE 2026 neu:	1.440.000	**VE 2026 Veränderung: -6.560.000**
VE 2027:	8.800.000	VE 2027 neu:	16.800.000	**VE 2027 Veränderung: 8.000.000**
VE 2028:	6.400.000	VE 2028 neu:	6.400.000	**VE 2028 Veränderung: 0**
VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung: 0**

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Neubau Feuerwehrhäuser													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**666.500**		**0**	**20.000**	**100.000**	**180.000**	**600.000**	**-233.500**				
	40a	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen)			
				neu	1.189.400	120.000	0	20.000	100.000	180.000	600.000	169.400				
				Veränderung	**666.500**		**0**	**20.000**	**100.000**	**180.000**	**600.000**	**-233.500**				
		26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.666.100**		**0**	**80.000**	**400.000**	**720.000**	**2.400.000**	**-933.900**				
38																
	40b	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen) Zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 400.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 720.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 2.400.000 EUR			
				neu	5.357.600	1.080.000	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	677.600				
				Veränderung	**2.666.100**		**0**	**80.000**	**400.000**	**720.000**	**2.400.000**	**-933.900**				
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	400.000	**VE 2027 Veränderung:**				**400.000**				
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	720.000	**VE 2028 Veränderung:**				**720.000**				
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	2.400.000	**VE 2029 Veränderung:**				**2.400.000**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Sanierung / Umbauten von Sportgebäuden													
			Sanierung Sportfunktionsgebäude Rautheim													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**640.000**		**320.000**	**320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
39	41	4E.21 Neu	Sportfunktionsgebäude Rautheim / Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EUR für 2025 / 2026 für die Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim			
				neu	640.000	0	320.000	320.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**640.000**		**320.000**	**320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
			Sanierungsmaßnahmen Städtisches Stadion													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**850.000**		**0**	**0**	**850.000**	**0**	**0**	**0**				
40	42	4E.210435	Städt. Stadion/San. Duschen+Umkleiden	bisher	1.055.000	1.055.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 850.000 EUR für 2027 für die Sanierung der Duschen und Umkleiden des Städtischen Stadions; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushalts-mitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für die Sicherheitsmaßnahmen im Stadion gedient haben			
				neu	1.905.000	1.055.000	0	0	850.000	0	0	0				
				Veränderung	**850.000**		**0**	**0**	**850.000**	**0**	**0**	**0**				

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		sonstige Instandhaltungen Sportfunktionsgebäude														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-640.000**		**-320.000**	**-320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
41	43	4S.210109	Global-Instandhaltung Sportfunktionsgeb.	bisher	7.100.000	600.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 320.000 EUR jährlich für 2025 und 2026 für die Instandhaltung der Sportfunktionsgebäude - Grund: Deckung zur Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim			
				neu	6.460.000	600.000	980.000	980.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0				
				Veränderung	**-640.000**		**-320.000**	**-320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
		Abbruchmaßnahmen														
		Abbruch Tennishalle Rote Wiese														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**300.000**		**300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				
42	44	4E.21 Neu	Tennishalle Rote Wiese / Abbruch	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025 für den Abbruch der Tennishalle Rote Wiese			
				neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	**300.000**		**300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
			Abbruch ehem. Gärtnerei Zobel													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**640.000**		**140.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
43	45	4E.21 Neu	ehem. Gärtnerei Zobel / Abbruch	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EUR für 2025 und 2026 für den Abbruch der ehemaligen Gebäude der Gärtnerei Zobel			
				neu	640.000	0	140.000	500.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**640.000**		**140.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
			Präventionsmaßnahmen													
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**450.000**		**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				
44	46	4S.21 Neu (4S.210034)	Starkregenereignis / Präventionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR für 2026 für Präventionsmaßnahmen an städtischen Gebäuden zum Schutz von Starkregenereignissen			
				neu	450.000	0	0	450.000	0	0	0	0				
				Veränderung	**450.000**		**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr. APH	Lfd. Nr. gesamt	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen	APH Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	enthalten
		Denkmalschutzmaßnahmen														
		10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**102.000**		**0**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**0**				
	47a	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz	bisher	294.579	269.079	25.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von jährlich 25.500 EUR ab 2026 für städtische Denmalschutzmaßnahmen			
				neu	396.579	269.079	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0				
				Veränderung	**102.000**		**0**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**0**				
45																
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**306.000**		**0**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**0**				
	47b	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz	bisher	1.005.571	929.071	76.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 76.500 EUR ab 2026 für städtische Denmalschutzmaßnahmen			
				neu	1.311.571	929.071	76.500	76.500	76.500	76.500	76.500	0				
				Veränderung	**306.000**		**0**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**0**				
		sonstige Instandhaltungsmaßnahmen														
		17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**750.000**		**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**				
	48	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	bisher	9.040.700	6.874.700	406.000	370.000	370.000	510.000	510.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für Sonnenschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden			
46				neu	9.790.700	6.874.700	556.000	520.000	520.000	660.000	660.000	0				
				Veränderung	**750.000**		**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**				

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24384
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zum schlüsselfertigen Neubau der Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg

Organisationseinheit:	*Datum:*
DEZERNAT VIII -Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	20.09.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	24.09.2024	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	23.10.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	24.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

Beschluss:

1. Dem als Anlage 2 beigefügten Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt und der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) zum Neubau der Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg wird zugestimmt.

2. Die Gesamtkosten für die Erweiterung des Schulsektors GY Kleine Burg betragen rund 35,77 Mio. € (31,10 Mio. € brutto Baukosten zzgl. rd. 4,67 Mio. € Grundstückskosten). Die notwendigen Haushaltsmittel werden unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigungen in den Haushalt 2025 ff. eingebracht (Vorfestlegung des Rates zum Haushalt 2025 ff).

Sachverhalt:

Mit dem Erwerb der ehemaligen Burgpassage hat die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) die Planungen für die Entwicklung des Grundstücks begonnen. Inzwischen hat die SFB-Hochbausparte eine ausgearbeitete Konzeption zur Entwicklung des Grundstücks vorgelegt. Vorgesehen sind die Unterbringung eines Hotels, einer Wohnanlage sowie die Schulerweiterung des angrenzenden Gymnasiums Kleine Burg. Zum weiteren Hintergrund wird auf die Vorlagen 24-23379 und 24-23380 verwiesen.

Die Verwaltung plant hinsichtlich des Erweiterungsbaus des Gymnasiums Kleine Burg einen Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag mit der SFB im Vorgriff auf die Ratsentscheidung über den Haushalt 2025 ff. / IP 2024-2029 zu schließen, die für Dezember 2024 vorgesehen ist. Daher ist eine Vorfestlegung des Rates zum Haushalt 2025 ff. erforderlich.

Der Vertragsentwurf ist als Anlage 2 beigefügt. Die Struktur des Vertrages ist vergleichbar mit dem Vertrag, den die Stadt und die SFB zur Sanierung der Stadthalle abgeschlossen haben.

Der abgestimmte Vertragsentwurf umfasst dabei die Geschäftsbesorgung namens und in Vollmacht der Stadt für alle anfallenden Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Neubau stehen. Es werden also sämtliche Verträge mit Planern, Gutachtern und ausführenden

Firmen von der SFB ausgeschrieben, verhandelt und beauftragt sowie abschließend kontrolliert und abgerechnet. Das gesamte Projektvolumen des Neubaus wird demnach über die Hochbau-Sparte der SFB abgewickelt, ähnlich einer „Totalübernahme“. Die SFB wird nicht selber bauen, sondern Nachunternehmer einsetzen. Von der Weitergabe der in § 1 Ziffer 2 genannten Anlage „Planungsunterlagen“ wird hier in der Vorlage abgesehen.

Der Budgetrahmen sieht Kosten in Höhe von rd. 31,1 Mio. € für die Erstellung des Erweiterungsbaus vor. Darin enthalten sind Kosten für die entsprechende Baufeldfreiräumung. Die Finanzierung des Hochbaus ist im Haushaltsplanentwurf 2025 ff. / IP 2024-2029 unter dem Projekt „GY Kleine Burg / Erw. Burgpassage (4E.210471)“ eingeplant worden und kann vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts in Anspruch genommen werden. Die Finanzierungsmodalitäten sind in dem beigefügten Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag dargestellt. Die Liquidität der SFB wird über eine entsprechende Cashpoolvereinbarung mit der Stadt Braunschweig sichergestellt.

Das (Teil-) Grundstück, auf dem der Erweiterungsbau des Gymnasiums errichtet werden soll, wird nach erfolgter Baufeldfreimachung an die Stadt übertragen. Die Grundstückskosten können erst nach der Vorplanungsphase genau definiert werden. Damit ist bis zum 4. Quartal 2024 zu rechnen. Im Haushaltsplanentwurf 2025 ff. / IP 2024-2029 sind unter dem Projekt „FB 20: Global - Ankauf von Grundst. (5S.210008)“ Haushaltsmittel in Höhe von rd. 4,67 für den Grundstückskauf für das Jahr 2025 eingeplant worden.

In Folge des Erweiterungsneubaus ist auch eine sich anschließende Sanierung des Bestandsgebäudes vorzunehmen. Der Umfang wird derzeit verwaltungsseitig verifiziert. Der Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag mit der SFB lässt dabei eine Weiterbeauftragung für die nachgelagerte Sanierung zu wenn sich aufgrund der später durchzuführenden Wirtschaftlichkeitsprüfung eine Vergabe an die SFB anbietet. Falls eine Weiterbeauftragung der SFB die wirtschaftlichste Variante ist, wird den Gremien zum geeigneten Zeitpunkt eine Vertragserweiterung durch die Verwaltung vorgelegt.

Der Raumprogrammbeschluss erfolgt mit einer separaten Vorlage.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1: Präsentation Erweiterung Kleine Burg
Anlage 2: Projektrealisierungsvertrag
Anlage 3: Zahlungsplan
Anlage 4: Budgetannahmen
Anlage 5: Honorarangebot
Anlage 6: Timeline

Stiftshöfe Braunschweig

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

Stand 12.09.2024

Braunschweig
Struktur-Förderung

Sparte Hochbau

Raumprogramm Neubau & Schnittstelle Bestand 01
Flächenaufteilung & Status ISV

Gesamtgrobkostenschätzung 02
Kostenaufteilung & Status ISV

Grundstücksteilung 03
Prozess & Kostenzusammensetzung

Terminplanung 04
Voraussichtliche Terminschiene Neubau
Gremienlauf

Geschäftsbesorgung- & Realisierungsvertrag SFB 05
Vertragsherleitung

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

01 Raumprogramm Neubau & Schnittstelle Bestand

Flächenaufteilung & Status ISV

Status ISV

- Das Raumprogramm des Erweiterungsbaus wurde im Rahmen des ersten ISV durch FB 20 bestätigt
- Derzeit erfolgt die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Raumprogrammentwurf der Umbauflächen im Bestandsgebäude
- Die Schnittstellen & Flächenaufteilung zwischen Neubau und Bestand wird im weiteren Planungsprozess betrachtet
- Mögliche Flächenoptimierungen werden in der Planungsphase im Zusammenhang des Bestands und der Gesamtmaßnahme der Stiftshöfe geprüft
- Das zweite ISV mit finalen Ergebnissen der Flächenaufteilung wird mit FB 20 im Rahmen der Vorplanung (LPH 2, Q.2/2025) durchgeführt

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

01 Raumprogramm Neubau & Schnittstelle Bestand

Flächenaufteilung & Status ISV

	Fläche m²
Verwaltung / Pflegeraum	25
Fach-Unterrichtsräume	1.648
Allg. Unterrichtsräume	186 + 992 = 1178
Ganztagsflächen	214,50 ~ 215
Summe Nutzflächen	**3.065,50 ~ 3.066**
Technikflächen (anteilig berechnet)	ca. 160
Verkehrsflächen (anteilig berechnet)	ca. 1.000
Gesamtfläche	ca. 4.200
BGF	**ca. 4.900**

Mögliche Flächenoptimierungen werden in der Planungsphase im Zusammenhang des Bestands und der weiteren Teilprojekte – Hotel & Wohnen – innerhalb der Gesamtmaßnahme der Stiftshöfe geprüft

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

02 Gesamtgrobkostenschätzung

Kostenaufteilung & Status ISV

KG 100 – Grundstück	0 €
KG 200 – Vorbereitende Maßnahmen inkl. Baufeldfreimachung	1.000.000 €
KG 300 – Baukonstruktion	9.500.000 €
KG 400 – Technische Anlagen	5.500.000 €
KG 500 – Außenanlagen	1.000.000 €
KG 600 – Ausstattung	1.300.000 €
KG 700 – Baunebenkosten	6.500.000 €
Gesamt (netto) indiziert auf die Projektlaufzeit	**24.800.000 €**
Gesamtsumme (netto) inkl. 5% Risikorückstellung	26.100.000 €
Gesamtsumme (brutto) inkl. 5% Risikorückstellung	**31.100.000 €**

Status ISV

- **Die Grob-Kostenschätzung wurden im Rahmen des ersten ISV durch FB 20 bestätigt**
- Mögliche Kostenoptimierungen werden in der Planungsphase im Zusammenhang des Bestands und der Gesamtmaßnahme der Stiftshöfe geprüft
- Das zweite ISV mit finalen Ergebnissen der Kostenschätzung wird mit FB 20 im Rahmen der Vorplanung (LPH 2, Q.2/2025) durchgeführt

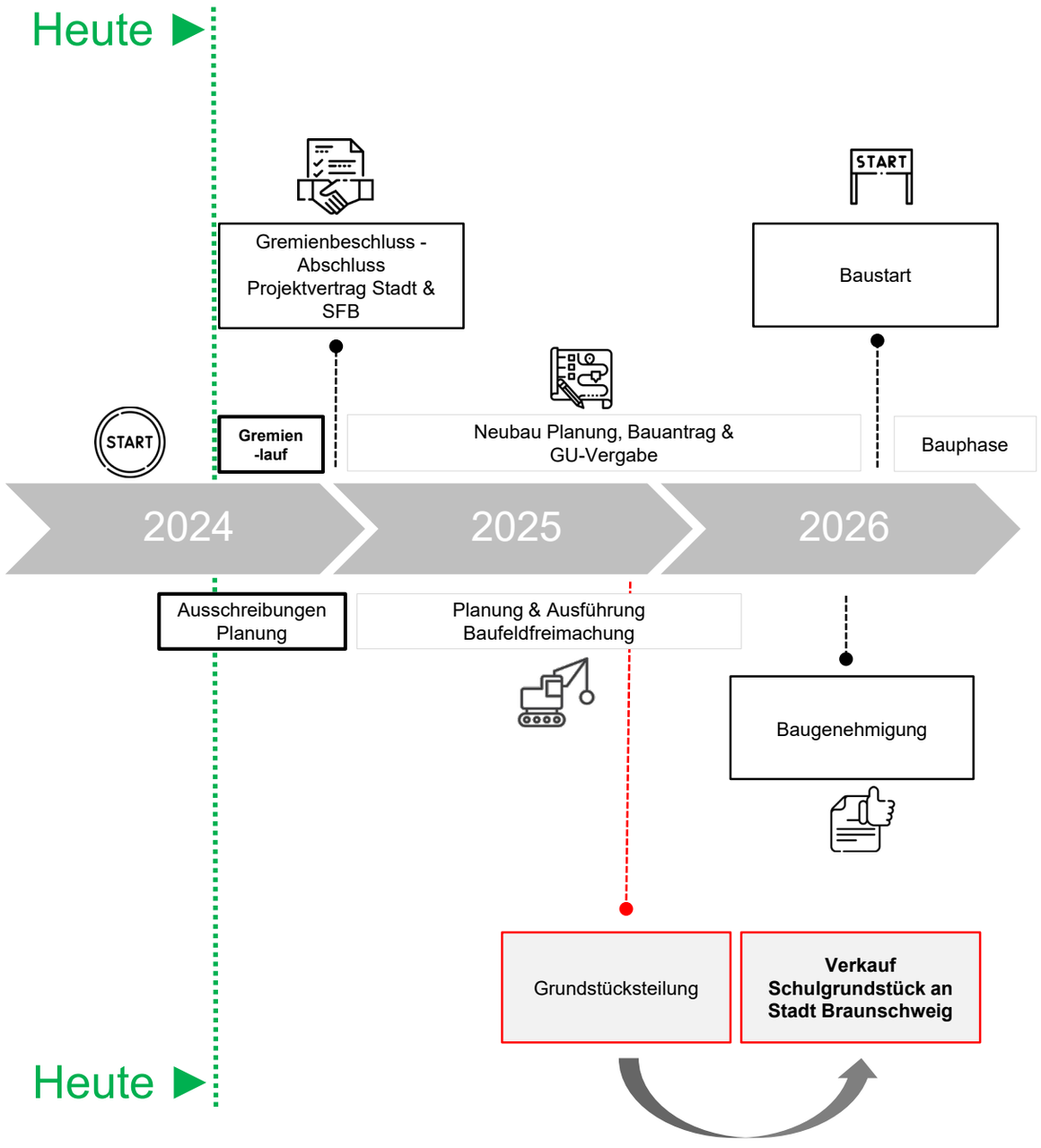
Hinweise:

- Als Kostengrundlage dienen die Raumtypen- und Qualitätsstandards für den Neubau von Gymnasien der Stadt Braunschweig
- Vorgaben des FB 20 bzgl. Preissteigerungsraten und Rückstellungen sind berücksichtigt
- Die voraussichtliche Höhe der anteiligen Grundstückskosten liegt am Ende der Vorplanungsphase vor und hängt unmittelbar von der erforderlichen Grundstücksgröße ab
- Die Realteilung des Gesamtgrundstückes in drei Grundstücke für die Teilprojekte – Hotel | Schule | Wohnen – erfolgt nach Festlegung der erforderlichen Flächen nach der Entwurfsphase, voraussichtlich Q.4/2024
- Nach der Realteilung wird das Schul-Grundstücks an die Organisationseinheit – Liegenschaften der Stadtverwaltung Braunschweig – verkauft

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

03 Grundstücksteilung

Prozess & Kostenzusammensetzung



- Das Grundstück der Stiftshöfe besteht derzeit aus 8 Flurstücken
- Die Grundstücksgrößen für die spätere Grundstücksteilung werden anhand des vorliegenden Entwurfes im Planungsverlauf der Entwurfsplanung (LPH 3) definiert
- Verkauf des Grundstücks an die Organisationseinheit – Liegenschaften der Stadtverwaltung Braunschweig
- Vorbereitung Grundstückskaufvertrag ► ab Mitte 2025
- Voraussichtliche Grundstücksteilung ► Ende 2025 | Anf. 2026
- Erst mit Kostenfeststellung der Neubauplanung bis zur Genehmigungsreife und der Baufeldfreimachung können die endgültigen Grundstückskosten festgelegt werden

Voraussichtliche Zusammensetzung Grundstückskosten

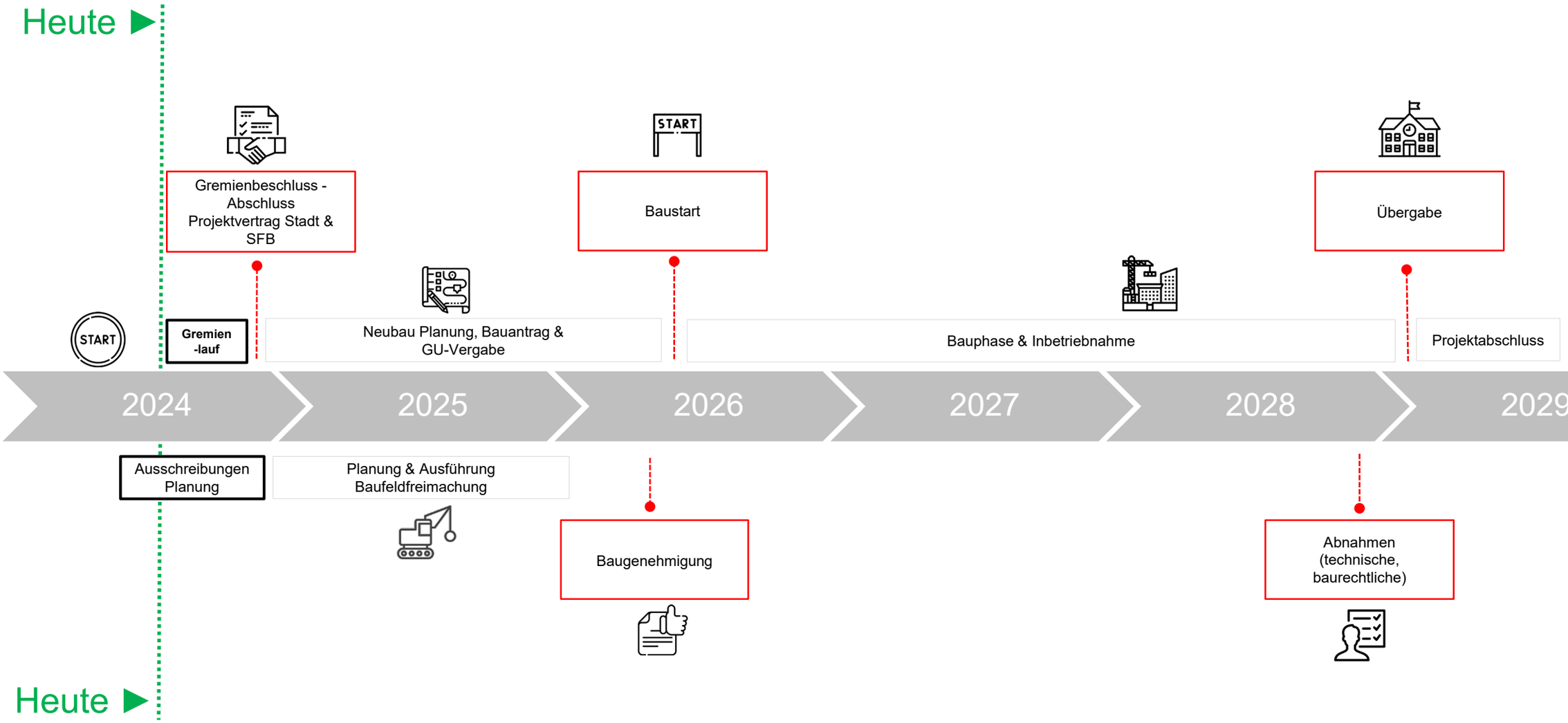
- Anteiliger Kaufpreis und dazugehörige Nebenkosten der ehemaligen Burgpassage
- Anteilige Kosten Objektsicherung während der Übernahme der ehemaligen Burgpassage und Planungsphase
- Anteilige Kosten der Baufeldfreimachung
- Anteilige Zinsen des Kredites für das Grundstück bis zum Verkauf des Grundstückes
- Anteilige Zinsen des Kredites für die Planungskosten und die Baufeldfreimachung
- Verkauf nach marktüblichen Konditionen und vorausgegangener gutachterlicher Bewertung

Braunschweig
Struktur-Förderung

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

04 Terminplanung

Voraussichtliche Terminschiene Neubau



Braunschweig
Struktur-Förderung

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

04 Terminplanung

Gremienlauf

Inhalt	Verantwortlich	Mitwirkung	Zieltermin	Status
ISV				
1. ISV Weiterführung & Abschluss	SFB/FB 20		23.08.2024	erledigt
Gremienlauf Stadt Braunschweig				
Vorbereitung Gremienvorlage (für alle Gremien gleich!)	Dez. V	SFB, FB 40	04.09.2024	erledigt
Versand Gremienvorlage DezKo zur Mitzeichnung	Dez. V		05.09.2024	erledigt
DezKo	Dez. V		20.09.2024	erledigt
Stadtbezirksrat	Dez. V	FB40	24.09.2024	offen
Schulausschuss	Dez. V	FB40	27.09.2024	offen
Finanzauschuss	Dez. VIII	FB40	24.10.2024	offen
Verwaltungsausschuss	Dez. V	FB40	29.10.2024	offen
Sitzung des Rates der Stadt	Dez. VIII	FB40	05.11.2024	offen
Gremienlauf SFB				
Vorbereitung & Versand AR-Vorlage SFB	SFB		14.08.2024	erledigt
AR-Sitzung SFB (Beschluss Vertragsunterzeichnung)	SFB		29.08.2024	erledigt
Vertragsherleitung SFB				
Übergabe Raumprogramm/Qualitätshandbuch etc an SFB	FB65	FB40	01.07.2024	erledigt
Prüfung Qualitäten & Kostenplanung	SFB	FB65	02.08.2024	erledigt
Bedarfsabstimmung Erweiterung Kleine Burg (Sonderausstattung etc.)	FB65	FB40/SFB	20.08.2024	erledigt
Erstellung Vertragsanlagen	SFB	FB65	16.08.2024	erledigt
Abstimmung Vertragsentwurf auf Basis Kosten/Qualitäten/Termine	FB65/SFB	Pust/Göhmann	23.08.2024	erledigt
Vertragsunterzeichnung	SFB/Dez. VIII	FB65	05.11.2024	offen
Vergabeprozesse Planung				
Vergabeprozess Gesamtprojekt Stiftshöfe & Teilprojekt Schule	SFB		Jan 25	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Baufeldfreimachung	SFB		06.11.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Neubau Schule	SFB		11.11.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Neubau Hotel	SFB		18.11.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Neubau Wohnen	SFB		25.11.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung TGA Stiftshöfe gesamt	SFB		02.12.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Statik Stiftshöfe gesamt	SFB		09.12.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Brandschutz Stiftshöfe gesamt	SFB		16.12.2024	in Bearbeitung
Beauftragung & Start Planung Vermesser Stiftshöfe gesamt	SFB		16.12.2024	in Bearbeitung

Beschluss des Rates erforderlich, um den fristgerechten Planungsstart zu gewährleisten

Braunschweig
Struktur-Förderung

Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

05 Geschäftsbesorgungs- und Realisierungsvertrag SFB

Vertragsherleitung

März 2024	► Gremienbeschluss Stadt Braunschweig zum Kauf der Burgpassage durch die SFB
Mai	► Abschluss Finanzierungverträge Grundstück zwischen SFB und Stadt Braunschweig
Juni	► Abschluss Kaufvertrag ehemalige Burgpassage
Juli | August	► Erstellung Geschäftsbesorgungs- und Realisierungsvertrag zwischen SFB | Kanzlei Göhmann, und der Stadt Braunschweig | Rechtsreferat
August	► Abstimmung Finanzierungsvertrag Planungsphase/Baufeldfreimachung zwischen SFB und Stadt Braunschweig
September	► Vorlage abgestimmter Geschäftsbesorgungs- und Realisierungsvertrag für die Gremienläufe
Sep. | Okt.	► Gremienläufe Projektumsetzung: Beschluss Raumprogramm und Vertrag SFB
05.11.2024	► Gremienbeschluss | Sitzung des Rates
05.11.2024	► Beschluss Aufsichtsrat SFB
05.11.2024	► **Vertragsabschluss SFB und Stadt Braunschweig**

Braunschweig
Struktur-Förderung

Stiftshöfe Braunschweig

Braunschweig
Struktur-Förderung

Sparte Hochbau

Projektrealisierungsvertrag und Geschäftsbesorgungsvertrag

Zwischen

der **Stadt Braunschweig –Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat**, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig

- nachfolgend **Auftraggeberin** genannt –

und

der **Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Sparte Hochbau**, vertreten durch die Geschäftsführerin Natascha Wessling, Hintern Brüdern 23, 38100 Braunschweig

- nachfolgend **Auftragnehmerin** genannt –

wird folgender Vertrag über Leistungen der Projektrealisierung zur schlüsselfertigen Errichtung mit Geschäftsbesorgung geschlossen:

Präambel

Die Auftragnehmerin ist Eigentümerin einer zentral in der Stadt Braunschweig gelegenen Liegenschaft, die vormals Burgpassage genannt wurde. Es handelt sich um eine ehemalige mehrstöckige Einkaufspassage mit verschiedenen nicht mehr genutzten Gewerbeeinheiten. Die vormalige Eigentümerin und Betreiberin ist insolvent und die Auftragnehmerin hat die Liegenschaft aus der Insolvenzmasse käuflich erworben. Die Liegenschaft hat von der Auftragnehmerin nunmehr den Namen „Stiftshöfe“ erhalten.

Die Auftragnehmerin wird die dort vorhandene Bebauung zurückbauen/abreißen.

Die anschließende neue Bebauung der Liegenschaft erfolgt im Rahmen folgender Teilprojekte:

1. Errichtung und Vermietung und Inbetriebnahme eines Hotels und Verkauf an einen institutionellen Investor auf Grundlage einer vertraglichen Bindung vor Maßnahmenbeginn

2. Sanierung des denkmalgeschützten Bestandsgebäudes an Hutfiltern mit Anbauten (Nutzung ist noch nicht abschließend definiert)
3. Errichtung und Verkauf eines Wohngebäudes.
4. Abbruch oder Sanierung des Bestandsgebäudes an der Schuhstraße (mögliche Nutzung ist noch nicht definiert)
5. Errichtung eines Erweiterungsneubaus mit baulichem Anschluss an das benachbarte Gymnasium Kleine Burg

Das unter Punkt 5 genannte Teilprojekt, die Errichtung eines Erweiterungsneubaus für das Gymnasium Kleine Burg, ist Gegenstand dieses Vertrages.

Die Realisierung aller Teilprojekte insgesamt ist als übergeordnete ganzheitliche Realisierung geplant, die von der Auftragnehmerin gesteuert wird. Hierdurch können Synergien im Planungs– und Bauprozess zur Optimierung aller Bauprojekte genutzt werden.

§ 1 Gegenstand und Ziele des Vertrages

1. Das derzeit noch aus acht Flurstücken bestehende Grundstück der jetzigen Burgpassage soll als eines der Ergebnisse des Planungsprozesses in drei für die Teilprojekte Neubau Hotel – Neubau Gymnasium Kleine Burg - Neubau Wohnen pass genau zugeschnittenen Grundstücke geteilt werden.

   Im Anschluss erwirbt die Auftraggeberin von der Auftragnehmerin das Grundstück, auf dem die Schulerweiterung realisiert werden soll.

2. Um die Realisierung und die Grundstücksteilung vorzubereiten, wird die Auftragnehmerin auf der Basis der von der Auftraggeberin übergebenen Unterlagen (Anlage xxx) **die Planung des Neubaus** für den Erweiterungsbau der Schule ausschreiben, vergeben und steuern. Die Auftragnehmerin wird als Gesamtverantwortliche für alle Teilprojekte der Stiftshöfe die übergeordneten Schnittstellen und Synergien optimal koordinieren. Mit Abschluss der LPH 3 ist die Teilung des Grundstücks möglich.

3. Auf Basis der abgeschlossenen LPH 3 sowie des Verkaufs des noch zu definierenden Grundstücks für den Erweiterungsbau der Schule wird die Auftragnehmerin den **Bauantrag für den Neubau** einreichen.

   Parallel zu allen laufenden Prozessen wird die Auftragnehmerin die Realisierung durch einen Generalunternehmer vorbereiten und ausschreiben. Bestenfalls kann mit der Erteilung der Baugenehmigung der Bau des Erweiterungsneubaus beginnen.

§ 2 Grundlagen des Vertragsverhältnisses

Dem Vertrag liegen neben den im Anlagenverzeichnis aufgeführten Unterlagen folgende Dokumente zugrunde:

- Honorarangebot für die Geschäftsbesorgung der Auftragnehmerin vom 22.07.2024
- Zahlungsplan der Vergütung der Auftragnehmerin vom 26.08.2024
- Kostenprognose ISV vom 09.08.2024
- Timeline vom xx.xx.xxxx

§ 3 Leistungsumfang

I. Schlüsselfertiger Neubau:

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich im Auftrag der Auftraggeberin den Erweiterungsneubau des Gymnasiums Kleine Burg mit Anbindung an das Bestandsgebäude bis zur schlüsselfertigen Übergabe an die Stadt zu planen und auszuführen.

Die Auftragnehmerin hat insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Gesamtplanung mit allen für die Baumaßnahme erforderlichen Planungsdisziplinen wie Objektplanung, Tragwerksplanung, Planung der technischen Gebäudeausstattung, energetische Planung, Brandschutzplanung und alle weiteren erforderlichen Fachplanungen, Gutachten etc.

- Projektleitung, Baubetreuung und technisches Projektmanagement mit juristischer Betreuung

- schlüsselfertige Herstellung der Bauleistungen nach den Grundlagen gemäß § 2 dieses Vertrages

Die Auftragnehmerin wird die erforderlichen Leistungen wie ein Totalübernehmer durch Dritte ausführen lassen.

Als voraussichtlicher Fertigstellungstermin des neuen Erweiterungsbaus des Gymnasiums Kleine Burg mit baulicher Verbindung ist das Jahr 2029 vorgesehen.

Die Terminabläufe für das Projekt sind zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmerin abzustimmen.

II. Geschäftsbesorgung

Die Auftragnehmerin wird von der Auftraggeberin als Geschäftsbesorger ermächtigt und bevollmächtigt, das vorläufig zur Verfügung stehende Budget gemäß § 4 dieses Vertrages für die Durchführung der Baumaßnahme zu verwenden.

Die Verwendung ist der Auftraggeberin nachzuweisen.

§ 4 Kosten des Projekts und Kostenobergrenze; Liquidität der Auftraggeberin

Der Auftragnehmerin ist von der Auftraggeberin ein Projektbudget zur Umsetzung des Neubaus mit Anbindung an das Bestandsgebäude des Gymnasiums Kleine Burg zur Verfügung zu stellen.

Zur Umsetzung des Neubaus mit baulicher Verbindung stellt die Auftraggeberin der Auftragnehmerin ein vorläufiges Projektbudget in Höhe von 26 Mio. Euro netto zur Verfügung.

Die Auftragnehmerin verwaltet das vorgenannte vorläufige Projektbudget und weist der Auftraggeberin die Verwendung der Mittel nach.

Kostenkontrolle und Liquidität

1. Mit den Baubeteiligten sind entsprechende Kostenobergrenzen in den abzuschließenden Verträgen zu vereinbaren.

   Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, bei der Erbringung ihrer Leistungen und bei der Steuerung der anderen Projektbeteiligten auf die Einhaltung dieser Kostenobergrenze hinzuwirken. Die Übernahme einer Baukostengarantie oder Kostenobergrenze ist damit nicht verbunden.

   Kann die Auftragnehmerin das vorgegebene Projektbudget oder einzelne der aus Kostenentwicklung ersichtlichen Budgets auch bei strikter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit nicht einhalten, hat die Auftragnehmerin die Auftraggeberin unverzüglich in Textform zu unterrichten und in Zusammenarbeit mit den anderen Projektbeteiligten Vorschläge zu unterbreiten, wie das Projektbudget eingehalten werden kann. Dabei ist zu erläutern, wie sich die Verwirklichung der Vorschläge auf Qualitäten, Quantitäten, Termine und Fristen auswirken würde.

2. Zur Sicherstellung der ausreichenden Liquidität der Auftragnehmerin und zur Zwischenfinanzierung der jeweils anfallenden Projektkosten richtet die Auftraggeberin der Auftragnehmerin eine jährliche Cashpool-Linie ein. Dazu werden die Parteien einen weiteren Ergänzungsvertrag zum Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln abschließen.

Die Auftragnehmerin beantragt schriftlich bis zum 30.11. eines jeden Jahres der Projektlaufzeit für das Folgejahr auf der Grundlage eines aktualisierten Zahlungsplans bei der Auftraggeberin die voraussichtlich erforderliche Cashpool-Linie zur Zwischenfinanzierung von Projektkosten. Die Prüfung und Einrichtung der Cashpool-Linie erfolgt durch die Auftraggeberin bis zum 01.01. des Folgejahres. Sollte sich im Laufe eines Jahres aufgrund von Veränderungen des Zahlungsplanes ein höherer Zwischenfinanzierungsbedarf abzeichnen, stellt die Auftragnehmerin einen Antrag auf eine entsprechende Anpassung der Cashpool-Linie zur Zwischenfinanzierung von Projektkosten. In diesen Fällen erfolgt die Prüfung und Einrichtung der Cashpool-Linie durch die Auftragnehmerin innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung. Dazu werden die Parteien den bestehenden Ergänzungsvertrag zum Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln entsprechend anpassen.

Der Auftragnehmerin wird unabhängig von der vorstehenden Regelung zu Ziffer 2. nach der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2025 aus dem Projektbudget einmalig ein Teilbudget in Höhe von 2 Millionen € von der Auftraggeberin zur zweckentsprechenden Verwendung zur Verfügung gestellt.

§ 5 Vertragstermine, Meilensteine und Vertragsanpassung

Die Übergabe des schlüsselfertig hergestellten Erweiterungsneubaus soll bis zum Schulhalbjahreswechsel im Februar 2029 erfolgen.

Ein Meilenstein für die Leistungserbringung soll das Quartal I/2026 sein. Im Quartal I/2026 soll der Grundstückskauf durch die Auftraggeberin auf der Basis der Planung der LPH 1-3 vollzogen werden. Der Bauantrag kann eingereicht und die Kosten für die Realisierung können präzisiert werden. Es liegt eine Terminplanung und eine Kostenermittlung für die Weiterführung der Maßnahmen vor. Die Parteien werden zu diesem Zeitpunkt die Projektentwicklung analysieren und erforderliche Anpassungen in dem Projekt, dem Projektbudget bei der Vergütung der Auftragnehmerin und allen erforderlichen Parametern neu verhandeln. Auf dieser Grundlage stimmen sich die Auftraggeberin und die Auftragnehmerin bezüglich der ergänzenden Haushaltseinplanungen ab dem Jahr 2027 für die Folgejahre ab.

§ 6 Berichtswesen

Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin und von ihr benannten zuständige Stelle der Stadt Braunschweig regelmäßig – wenigstens monatlich - unaufgefordert und darüber hinaus auf entsprechendes Verlangen hin über den Projektfortschritt des Erweiterungsneubaus und insbesondere etwaige Abweichungen von den Projektzielen zu unterrichten. Die Auftragnehmerin hat das Ergebnis von Besprechungen mit der Auftraggeberin, zuständige Stelle der Stadt Braunschweig, mit anderen Projektbeteiligten und mit Behörden in Textform niederzulegen und der Auftraggeberin innerhalb angemessener Frist zuzuleiten (Berichtswesen und Protokolle). Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin in dem von der Auftraggeberin gewünschten Umfang Korrespondenz durch Übersendung von Kopien zur Verfügung zu stellen.

Es erfolgt ein regelmäßiges Reporting über den Zahlungsfluss des dem Geschäftsbesorgungsvertrages zugrundeliegenden Projektbudgets gegenüber der Auftraggeberin.

Zusätzlich erfolgt ein regelmäßiges Reporting gegenüber der Auftraggeberin über die Fortschritte im Projekt und die relevanten Vorkommnisse und Entwicklungen.

§ 7 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin

1. Beschaffenheit:

Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die ihr nach diesem Vertrag übertragenen Leistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Bautechnik, sowie nach den behördlichen Vorschriften zu erbringen. Die Auftragnehmerin hat auf die Optimierung des Projekts im Hinblick auf die Projektziele hinzuwirken und dabei insbesondere Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen zu berücksichtigen.

2. Vollmacht, Entscheidungsbefugnisse:

Die Auftragnehmerin hat die Rechte und Interessen der Auftraggeberin im Rahmen der ihr übertragenen Leistungen zu wahren. Sie darf Interessen Dritter nicht vertreten. Die Auftragnehmerin ist berechtigt im eigenen Namen Verträge abzuschließen, aufzuheben oder zu ändern.

3. Projektteam:

Die Auftragnehmerin erbringt ihre originären Leistungen durch eigene Mitarbeiter, die bei der Auftragnehmerin angestellt sind. Die Mitarbeiter müssen die für die Erbringung der Leistung notwendigen Qualifikationen aufweisen.

4. Herausgabe von Unterlagen und Dateien:

Die Auftragnehmerin hat die von ihr zur Erfüllung dieses Vertrages erstellten Unterlagen und Dateien sowie die ihr von der Auftraggeberin und von Dritten im Zusammenhang mit dem Projekt übergebenen Unterlagen und Dateien der Auftraggeberin auf dessen Verlangen oder nach Beendigung ihrer Leistungen unaufgefordert herauszugeben.

5. Geheimhaltung:

Die Auftragnehmerin hat alle Informationen, die das Projekt betreffen, geheim gegenüber Dritten zu halten, sofern sie nicht aufgrund von Presseveröffentlichungen, öffentlichen Verwaltungsverfahren oder ähnlichem allgemein bekannt sind oder die Offenlegung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag erforderlich ist.

§ 8 Haftpflichtversicherung

Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

Dabei handelt es sich um eine sogenannte Multi-Risk-Versicherung, die die versicherbaren Schäden der Baumaßnahme in Höhen üblicher Deckungssummen abdecken muss. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, den Bestand der Versicherung nachzuweisen.

Mit den Projektbeteiligten ist im Auftragsfalle zu vereinbaren, dass sie ebenfalls über einen ausreichenden Versicherungsschutz verfügen.

§ 9 Vergütung

Für Ihre Tätigkeit erhält die Auftragnehmerin eine Vergütung in Höhe von 1,5 Mio. € netto -(26.785,71 €/Monat netto x 56 Monate für den Neubau gemäß Angebot und Zahlungsplan vom 26.08.2024, Anlage 1.

Abgeltungsumfang der Vergütung

1. Die Vergütung erhält die Auftragnehmerin für die nach diesem Vertrag zu erbringende Geschäftsbesorgung für die Errichtung des Erweiterungsneubaus.

2. Soweit die Auftragnehmerin Mängelansprüche gegen die Baubeteiligten für die Auftraggeberin gemäß § 12 geltend macht, erstattet die Auftraggeberin der Auftragnehmerin alle damit verbundenen Kosten wie Gerichtskosten, Rechtsanwaltskosten, Sachverständigenkosten etc. Die Kosten der damit verbundenen Leistungen der Auftragnehmerin wird nach den vereinbarten Stundensätzen nach Aufwand in dieser Regelung unter § 10.2 vergütet.

3. Zeichnet sich eine Verlängerung/Veränderung der Projektlaufzeit ab, verhandeln die Parteien über eine Anpassung der Vergütung für die noch zu erbringenden Leistungen.

§ 10 Leistungsänderungen, Stundensätze, Umsatzsteuer, Preisgleitklause, Zahlungen

1. Leistungsänderungen:

Macht die Auftraggeberin in zulässiger Weise von ihrem Recht Gebrauch, Änderungen und Erweiterungen des Leistungsumfangs anzuordnen gilt Folgendes:

- Es ist eine schriftliche Nachtragsvereinbarung über die von der Auftraggeberin verlangten Leistungsänderungen abzuschließen. Die Nachtragsvereinbarungen sollen eine Vereinbarung über die Auswirkungen der Leistungsänderungen auf die Vergütung enthalten.

  Erhöht sich infolge der Änderung der Aufwand der Auftragnehmerin, hat die Auftragnehmerin Anspruch auf eine zusätzliche vertragliche Vergütung.

- Sofern eine Nachtragsvereinbarung mit einer Vergütungsvereinbarung nicht zustande kommt und sich die Parteien über die Höhe der zusätzlichen Vergütung für die geänderte Leistung vor deren Ausführung nicht einig werden, ist die Auftragnehmerin zur Erbringung der geänderten Leistung verpflichtet. Die Höhe der zusätzlichen Vergütung ist im Nachhinein zu ermitteln. Sollten sich die Parteien nicht

auf die Art und Weise der zusätzlichen Vergütung verständigen, erfolgt die Vergütung auf der Grundlage der vereinbarten Stundensätze.

2. Stundensätze:

Wenn die Parteien für bestimmte Leistungen eine Vergütung nach Zeitaufwand vereinbaren, gelten folgende Stundensätze:

- Geschäftsführer € 220,00 €
- Projektleiter/Controlling € 180,00 €
- Ingenieure und Architekten € 125,00 €
- sonstige Mitarbeiter € 85,00 €

3. Umsatzsteuer:

Zusätzlich zu der Vergütung und den Nebenkosten ist die Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe zu berechnen und zu zahlen.

4. Preisgleitklausel:

Ändert sich der vom Statistischen Bundesamt (www.distates.de) festgestellte Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Stand bei Vertragsbeginn um mehr als 5 %, so ändert sich die Nettovergütung entsprechend. Einer dahingehenden Erklärung bedarf es nicht. Die Vergütung der Geschäftsbesorgung verändert sich vom Beginn des nächsten auf die erstmalige Erreichung der prozentualen Veränderung folgenden Monats. Werden wegen einer Umstellung des Indexes auf eine neue Basis bereits veröffentlichte Indexzahlen nachträglich geändert, so gilt die Vergütung, die sich aufgrund der alten Indexreihe ergibt bis zum Kalendermonat nach der ersten amtlichen Veröffentlichung der neuen Indexreihe. Ab diesem Zeitpunkt richtet sich die Vergütung der Geschäftsbesorgung nach der neuen Indexreihe.

5. Zahlungen

1. Die Auftragnehmerin hat Anspruch auf Abschlagszahlungen für die jeweils nachgewiesenen Leistungen. Die Auftragnehmerin hat die Leistungen in Abschlagsrechnungen mit Nettobetrag, Nebenkosten und Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen.

   Die Zahlungen erfolgen nach dem Zahlungsplan vom 26.08.2024, Anlage XX.
   Die Zahlungen werden bis zur Wirksamkeit der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2025/2026 ausgesetzt. Im Anschluss erhält die AN die ausgesetzten Zahlungen in einer Summe.

   Grundsätzlich gilt, dass bei der Auftraggeberin monatliche Abschlagsrechnungen für die Planungs- und Baukosten und die Geschäftsbesorgung eingereicht werden.

2. Die Schlusszahlung wird fällig, wenn die Auftragnehmerin sämtliche ihr übertragenen Leistungen erbracht hat und der Auftraggeberin eine prüffähige Schlussrechnung überreicht hat.

3. Rechnungen der Auftragnehmerin werden innerhalb von 10 Werktagen fällig.

§ 11 Allgemeine Pflichten der Auftraggeberin

Die Auftraggeberin fördert die Projektrealisierung nach besten Kräften. Die Auftraggeberin hat anstehende Entscheidungen auf Projektebene innerhalb einer Frist von längstens 15 Tagen zu treffen. Die Auftraggeberin hat die für die Planung und Ausführung des Projekts erforderliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Auftraggeberin hat der Auftragnehmerin auf Verlangen eine schriftliche Urkunde über die Vollmacht zu übergeben. Die Auftraggeberin hat sicherzustellen, dass die Auftragnehmerin ihre Pflichten nach diesem Vertrag ohne Schwierigkeiten erfüllen kann.

Die Auftraggeberin ist verpflichtet, der Auftragnehmerin alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Auftraggeberin wird Weisungen an andere Projektbeteiligte nur in Abstimmung mit der Auftragnehmerin erteilen.

Die Auftragnehmerin nimmt die Leistungen der anderen Projektbeteiligten bei wesentlichen Planungsdisziplinen und Gewerken nach entsprechender Beratung mit der Auftraggeberin ab.

§ 12 Abnahme

Alle Leistungen der Auftragnehmerin sind förmlich abzunehmen.

Die Auftragnehmerin hat die Fertigstellung der Vertragsleistung vor Inbetriebnahme schriftlich anzuzeigen und die Abnahme zu beantragen. Eine Abnahme erfolgt 12 Werktage nach Zugang der Anzeige bei der Auftraggeberin.

Die Auftragnehmerin übergibt der Auftraggeberin vor der Abnahme alle erforderlichen Unterlagen zur Inbetriebnahme des Gebäudes.

§ 13 Ansprüche wegen Mängeln der Planungen und Bauleistungen

1. Eine Mängelhaftung der Auftragnehmerin für Planungs- und Bauleistungen wird ausgeschlossen.

   Die Auftragnehmerin tritt dafür sämtliche ihr zustehenden Gewährleistungsansprüche gegen die baubeteiligten Unternehmer, Planer etc. bereits hiermit an die Auftraggeberin ab. Die Auftraggeberin nimmt die Abtretung an.

Die Auftragnehmerin übernimmt für die ausgeführten Planungsleistungen und Bauleistungen keine eigene Gewährleistung. Sie übernimmt jedoch im Rahmen ihrer Leistungen die Gewährleistungsverfolgung gegenüber den ausführenden Firmen und Planern innerhalb der bestehenden Gewährleistungsfristen.

Die Auftragnehmerin wird mit den ausführenden Unternehmen die Geltung der VOB/B vereinbaren und mit diesen und allen Projektbeteiligen soweit gesetzlich zulässig eine 5-jährige Gewährleistungsfrist vereinbaren.

2. Verletzt die Auftragnehmerin eine eigene Pflicht aus dem Vertragsverhältnis, so kann die Auftraggeberin Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen, es sei denn, die Auftragnehmerin hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten. Die Haftung der Auftragnehmerin für fahrlässige Pflichtverletzungen ist der Höhe nach auf die in diesem Vertrag genannten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung beschränkt.

   Wird die Auftragnehmerin von der Auftraggeberin wegen eines Schadens in Anspruch genommen, für den auch ein Dritter verantwortlich ist, kann die Auftragnehmerin verlangen, dass sich die Auftraggeberin gemeinsam mit ihr außergerichtlich erst bei dem Dritten ernsthaft um die Durchsetzung ihrer Ansprüche bemüht.

§ 14 Kündigung

Die Auftragnehmerin kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Die Auftraggeberin kann den Vertrag jederzeit kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Wird der Vertrag aus einem Grund gekündigt, den die Auftragnehmerin zu vertreten hat, steht der Auftragnehmerin eine Vergütung nur für die Beauftragten und bis zur Kündigung mangelfrei erbrachten und für die Auftraggeberin verwertbaren Leistungen zu.

Wird der Vertrag aus einem sonstigen Grund gekündigt, ist die Auftragnehmerin berechtigt, die für die beauftragten Leistungen vereinbarte Vergütung zu verlangen. Sie muss sich dasjenige anrechnen lassen, was sie infolge der Beendigung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder

zu erwerben böswillig unterlässt. Die Parteien vereinbaren, dass die ersparten Aufwendungen mit 40 % in Ansatz gebracht werden. Beiden Parteien ist es nachgelassen, höhere oder niedrigere ersparte Aufwendungen nachzuweisen.

Für den Fall einer Beendigung des Vertrages sind die Parteien verpflichtet, unverzüglich, spätestens 20 Werktage nach Beendigung des Vertrages den von der Auftragnehmerin erreichten Leistungsstand festzustellen und zu dokumentieren.

§ 15 Urheber-, Verwertungsschutz- und Nutzungsrechte

Die Auftragnehmerin räumt der Auftraggeberin das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, Planungen und Unterlagen sowie sämtliche sonstigen Leistungen, die die Auftragnehmerin bei der Ausführung der Vertragsleistung für das Bauvorhaben erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin zu nutzen, zu ändern und zu verwerten. Dies gilt auch bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages. Das eingeräumte Recht kann von der Auftraggeberin auf Dritte übertragen werden und umfasst insbesondere die Befugnis zur Änderung, Nutzung oder Verwertung des nach den Plänen der Auftragnehmerin errichteten Bauwerks sowie zu seiner Veröffentlichung und der Unterlagen oder Modelle unter Namensangabe der Auftragnehmerin oder eines von ihr beauftragten Subunternehmers.

Soweit die Auftragnehmerin die Ausführung von Vertragsleistungen oder Teilen auf andere Baubeteiligte überträgt, überträgt sie der Auftraggeberin auch insoweit die Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechte.

§ 16 Vertragsänderungen

Änderungen, Ergänzungen und Nebenabreden haben schriftlich zu erfolgen.

§ 17 Gerichtsstand

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Braunschweig.

----------	----------
Ort, Datum	Ort, Datum
----------	----------
Holger Herlitschke Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	Natascha Wessling Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Braunschweig
Struktur-Förderung

Sanierung des Bestandsgebäudes Gymnasium Kleine Burg

Stand 26.08.2024
Zahlungsplan Vergütung Projektrealisierung und Geschäftsbesorgung durch die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Vergütung Projektsteuerung gem. Angebot (netto)

Projektphase	Vergütung	Anteil
Projektvorbereitung	285.000,00 €	19%
Planung	315.000,00 €	21%
Ausführungsvorbereitung	330.000,00 €	22%
Ausführungsvorbereitung	450.000,00 €	30%
Projektabschluss	120.000,00 €	8%
Gesamtsumme	**1.500.000,00 €**	**100%**

Anzahl Monate Projektbearbeitung 56 Monate

lfd. Nr.	Jahr	Monat	Abschlagszahlung netto	Gesamtsumme netto pro Jahr	Gesamtsumme netto kumuliert	Anmerkung
1	2024	Juni	- €			
2		Juli	- €			
3		August	26.785,71 €			
4		September	26.785,71 €			
5		Oktober	26.785,71 €			
6		November	26.785,71 €			
7		Dezember	26.785,71 €	133.928,57 €	133.928,57 €	
8	2025	Januar	26.785,71 €			
9		Februar	26.785,71 €			
10		März	26.785,71 €			
11		April	26.785,71 €			
12		Mai	26.785,71 €			
13		Juni	26.785,71 €			
14		Juli	26.785,71 €			
15		August	26.785,71 €			
16		September	26.785,71 €			
17		Oktober	26.785,71 €			
18		November	26.785,71 €			
19		Dezember	26.785,71 €	321.428,57 €	455.357,14 €	
20	2026	Januar	26.785,71 €			
21		Februar	26.785,71 €			
22		März	26.785,71 €			
23		April	26.785,71 €			
24		Mai	26.785,71 €			
25		Juni	26.785,71 €			
26		Juli	26.785,71 €			
27		August	26.785,71 €			
28		September	26.785,71 €			
29		Oktober	26.785,71 €			
30		November	26.785,71 €			
31		Dezember	26.785,71 €	321.428,57 €	776.785,71 €	
32	2027	Januar	26.785,71 €			
33		Februar	26.785,71 €			
34		März	26.785,71 €			
35		April	26.785,71 €			
36		Mai	26.785,71 €			
37		Juni	26.785,71 €			
38		Juli	26.785,71 €			
39		August	26.785,71 €			
40		September	26.785,71 €			
41		Oktober	26.785,71 €			
42		November	26.785,71 €			
43		Dezember	26.785,71 €	321.428,57 €	1.098.214,29 €	
44	2028	Januar	26.785,71 €			
45		Februar	26.785,71 €			
46		März	26.785,71 €			
47		April	26.785,71 €			
48		Mai	26.785,71 €			
49		Juni	26.785,71 €			
50		Juli	26.785,71 €			
51		August	26.785,71 €			
52		September	26.785,71 €			
53		Oktober	26.785,71 €			
54		November	26.785,71 €			
55		Dezember	26.785,71 €	321.428,57 €	1.419.642,86 €	
56	2029	Januar	26.785,71 €			Annahme: Inbetriebnahme Neubau
57		Februar	26.785,71 €			
58		März	26.785,71 €			
59		April	- €			
60		Mai	- €			
61		Juni	- €			
62		Juli	- €			
63		August	- €			
64		September	- €			
65		Oktober	- €			
66		November	- €			
67		Dezember	- €	80.357,14 €	1.500.000,00 €	

HOF - Budgetannahmen zum Investitionssteuerungsverfahren Erweiterung Gymnasium Kleine Burg

Braunschweig
Struktur-Förderung

Stand: 09.08.2024

BGF aus Wirtschaftlichkeitsberechnung SFB in m²	**4.789**	Grundlagen - Massenermittlung Szenarioanalyse SFB vom 21.02.2024 - Raumprogramm FB65 und FB40 vom 20.06.2024
Nutzfläche Raumprogramm Stand 06/2024	**3.066**	
Grundstücksfläche in m²	**1.380**	Grundlagen - Annahme SFB aus Szenarioanalyse - Finale Grundstücksgröße abhängig der Planungsergebnisse bis LP 03
Angaben FB20 - 9,61% Index Preissteigerung pro Jahr - 5% Risikorückstellungen - 30% Nebenkosten		

Kostenansatz pro m² BGF (netto)

Kostengruppen	Flächenkennwert €/m² (ohne Preissteigerung, Basis WB)
KG 200	641 €
KG 300	1.762 €
KG 400	908 €
KG 500	139 €
KG 600	228 €
KG 700	1.317 €

	%-Anteil Kostengruppen an Gesamtbudget	Flächenkennwert €/m² (inkl. Preissteigerung)	Kosten	Bemerkung
KG 100	0%	- €	- €	Kein Ansatz
KG 200	12%	703 €	969.588 €	Basis BKI 2023 1 Jahr à 9,61 % Zuschlag p.a. (Indizes bis möglicher Baubeginn 2025)
KG 300	37%	2.117 €	10.139.123 €	Basis BKI 2023 2 Jahre à 9,61% Zuschlag p.a. (Indizes bis möglicher Baubeginn 2026)
KG 400	19%	1.091 €	5.223.185 €	Basis BKI 2023 2 Jahre à 9,61% Zuschlag p.a. (Indizes bis möglicher Baubeginn 2026)
KG 500	3%	167 €	798.487 €	Basis BKI 2023 2 Jahre à 9,61% Zuschlag p.a. (Indizes bis möglicher Baubeginn 2026)
KG 600	5%	300 €	1.435.789 €	Basis Raumtypenbuch inkl. 9,61 % Zuschlag p.a (Indizes bis mögliche Bestellung 2027)
KG 700	23%	1.317 €	6.307.113 €	Nebenkosten und Totalübernahme SFB, kein Index eingerechnet, da KG 700 Vergaben in 2024
KG 800	0%	- €	- €	Kein Ansatz
Gesamtsumme netto	**100%**	**5.694 €**	**24.873.284 €**	
Gesamtsumme netto inkl. 5% Risikorückstellungen			**26.116.948 €**	
Gesamtsumme brutto inkl. 5% Risikorückstellungen			**31.079.168 €**	

Honorarangebot

vom 22.07.2024

Braunschweig
Struktur-Förderung

Projekt	**Erweiterungsneubau Gymnasium Kleine Burg**
Aufgaben	Projektrealisierung und Geschäftsbesorgung
Besondere Hinweise	

Kostenaufstellung und Honorare - Euro NETTO

Zusammenstellung der anrechenbaren Kosten

Kostengruppe gem. DIN 276	anrechenbare Kosten	
100 - Grundstück	- €	
200 - Vorbereitende Maßnahmen	1.000.000,00 €	
300 - Baukonstruktion	15.000.000,00 €	
400 - Technische Anlagen		
500 - Außenanlagen	1.000.000,00 €	
600 - Ausstattung und Kunstwerke	1.300.000,00 €	
700 - Baunebenkosten	6.500.000,00 €	
sonstige Kosten		
Gesamt	**24.800.000,00 €**	

Ermittlung Grundhonorar für Projektsteuerungsleistungen nach § 6 AHO Heft 9

Ermittlung Honorarzone

	Punktevergabe	
Komplexität der Projektorganisation	10	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 10 = sehr hohe Anforderungen
spezifische Auftraggeberroutine	5	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 10 = sehr hohe Anforderungen
Besonderheiten in den Projektinhalten	8	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 10 = sehr hohe Anforderungen
Risiko der Projektrealisierung	7	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 10 = sehr hohe Anforderungen
Terminanforderungen	5	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 5 = sehr hohe Anforderungen
Kostenvorgaben	5	von 1= sehr geringe Anforderungen bis 5 = sehr hohe Anforderungen
Gesamtsumme der Punkte nach AHO § 6 (2), Heft 9	40	0-10 Punkte = Zone I 11-20 Punkt = Zone II 21 - 30 Punkte = Zone III 31 - 40 Punkt = Zone IV 41 - 50 Punkt = Zone V

Honorar - Zone	IV	I, II, III, IV oder V
Honorar - Satz	Oben	Unten, Viertel, Mitte, Dreiviertel, Oben

Grundhonorar nach Kostenrahmen

	anrechenbare Kosten	Honorar
Mindestsatz	24.500.000,00 €	749.593,00 €
Maximalsatz	25.000.000,00 €	845.231,00 €
Ansatz für Angebot	24.800.000,00 €	**806.975,80 €**

Bei Leistungen im Bestand wird gem. §6 (2) eine Honorarerhöhung um 25% angesetzt.

Braunschweig
Struktur-Förderung

Honorarangebot

vom 22.07.2024

Projekt	Erweiterungsneubau Gymnasium Kleine Burg
Aufgaben	Projektrealisierung und Geschäftsbesorgung
Besondere Hinweise	

Kostenaufstellung und Honorare - Euro NETTO

Grundhonorar nach Kostenrahmen

	anrechenbare Kosten	Honorar
Mindestsatz	24.500.000,00 €	749.593,00 €
Maximalsatz	25.000.000,00 €	845.231,00 €
Ansatz für Angebot	**24.800.000,00 €**	**806.975,80 €**

AHO Leistungsphase	HOAI Phase	Prozentansätze		Gesamthonorar	
		gem. AHO § 6 Heft 9	Angebot	gem. AHO § 6 Heft 9	Angebot
Projektvorbereitung	PE+1	19%	19%	153.325,40 €	153.325,40 €
Planung	2, 3 und 4	21%	21%	169.464,92 €	169.464,92 €
Ausführungsvorbereitung	5, 6 und 7	22%	22%	177.534,68 €	177.534,68 €
Ausführung	8	30%	30%	242.092,74 €	242.092,74 €
Projektabschluss	9	8%	8%	64.558,06 €	64.558,06 €
Summe		100%		806.975,80 €	**806.975,80 €**
Honorarerhöhung für Bauvorhaben im Bestand		25% - 50%	0%		- €
besondere Leistungen nach Prozentpunkten Basis AHO			20%		161.395,16 €
besondere Leistungen nach Zeitaufwand			- €		- €
Aufschlag pauschal für Leistungen i.Z.m. Realisierungsverpflichtung			30%		242.092,74 €
Projektleitung			30%		242.092,74 €
Summe besondere Leistungen					**645.580,64 €**
Gesamtsumme Honorar					1.452.556,44 €
Nebenkosten		3% - 8%	5%		72.627,82 €
Gesamtsumme netto					**1.525.184,26 €**
Gesamtsumme netto pauschaliert					**1.500.000,00 €**
Mehrwertsteuer		19%			285.000,00 €
Gesamtsumme brutto					**1.785.000,00 €**

	ANRECHENBARE KOSTEN	HONORARE IN EURO					
		Zone I Mindestsatz	Zone II Mindestsatz	Zone III Mindestsatz	Zone IV Mindestsatz	Zone V	
						Mindestsatz	Maximalsatz
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	0	0	0	0	0	0	0
- €	500.000 €	19.872 €	24.380 €	31.073 €	37.358 €	41.933 €	48.490 €
500.000 €	1.000.000 €	35.686 €	43.666 €	55.636 €	66.790 €	74.997 €	86.695 €
1.000.000 €	1.500.000 €	49.969 €	61.028 €	77.741 €	93.231 €	104.713 €	121.019 €
1.500.000 €	2.000.000 €	63.258 €	77.141 €	98.251 €	117.729 €	132.255 €	152.822 €
2.000.000 €	2.500.000 €	75.807 €	92.325 €	117.575 €	140.781 €	158.181 €	182.750 €
2.500.000 €	3.000.000 €	87.766 €	106.770 €	135.952 €	162.683 €	182.819 €	211.184 €
3.000.000 €	3.500.000 €	99.235 €	120.600 €	153.544 €	183.629 €	206.385 €	238.376 €
3.500.000 €	4.000.000 €	110.285 €	133.901 €	170.460 €	203.753 €	229.034 €	264.505 €
4.000.000 €	4.500.000 €	120.968 €	146.743 €	186.790 €	223.163 €	250.881 €	289.704 €
4.500.000 €	5.000.000 €	131.326 €	159.176 €	202.597 €	241.934 €	272.016 €	314.076 €
5.000.000 €	5.500.000 €	141.391 €	171.239 €	217.933 €	260.134 €	292.510 €	337.706 €
5.500.000 €	6.000.000 €	151.188 €	182.970 €	232.841 €	277.813 €	312.422 €	360.660 €
6.000.000 €	6.500.000 €	160.742 €	194.392 €	247.358 €	295.015 €	331.800 €	382.996 €
6.500.000 €	7.000.000 €	170.070 €	205.532 €	261.513 €	311.776 €	350.684 €	404.759 €
7.000.000 €	7.500.000 €	179.189 €	216.410 €	275.332 €	328.129 €	369.113 €	425.993 €
7.500.000 €	8.000.000 €	188.113 €	227.041 €	288.838 €	344.101 €	387.113 €	446.732 €
8.000.000 €	8.500.000 €	196.854 €	237.444 €	302.050 €	359.714 €	404.714 €	467.006 €
8.500.000 €	9.000.000 €	205.422 €	247.630 €	314.986 €	374.992 €	421.938 €	486.845 €
9.000.000 €	9.500.000 €	213.828 €	257.611 €	327.661 €	389.952 €	438.807 €	506.271 €
9.500.000 €	10.000.000 €	222.079 €	267.399 €	340.088 €	404.611 €	455.338 €	525.306 €
10.000.000 €	10.500.000 €	230.185 €	277.003 €	352.282 €	418.983 €	471.550 €	543.970 €
10.500.000 €	11.000.000 €	238.151 €	286.432 €	364.250 €	433.083 €	487.457 €	562.280 €
11.000.000 €	11.500.000 €	245.983 €	295.694 €	376.005 €	446.923 €	503.073 €	580.253 €
11.500.000 €	12.000.000 €	253.689 €	304.797 €	387.556 €	460.515 €	518.411 €	597.904 €
12.000.000 €	12.500.000 €	261.273 €	313.745 €	398.912 €	473.869 €	533.482 €	615.245 €
12.500.000 €	13.000.000 €	268.739 €	322.548 €	410.079 €	486.993 €	548.297 €	632.290 €
13.000.000 €	13.500.000 €	276.093 €	331.208 €	421.066 €	499.898 €	562.867 €	649.050 €
13.500.000 €	14.000.000 €	283.338 €	339.732 €	431.879 €	512.591 €	577.199 €	665.533 €
14.000.000 €	14.500.000 €	290.479 €	348.125 €	442.523 €	525.080 €	591.302 €	681.753 €
14.500.000 €	15.000.000 €	297.519 €	356.391 €	453.008 €	537.371 €	605.185 €	697.717 €
15.000.000 €	15.500.000 €	304.461 €	364.536 €	463.333 €	549.472 €	618.855 €	713.433 €
15.500.000 €	16.000.000 €	311.310 €	372.560 €	473.508 €	561.388 €	632.317 €	728.910 €
16.000.000 €	16.500.000 €	318.066 €	380.470 €	483.537 €	573.126 €	645.580 €	744.154 €
16.500.000 €	17.000.000 €	324.733 €	388.269 €	493.423 €	584.691 €	658.649 €	759.174 €
17.000.000 €	17.500.000 €	331.316 €	395.960 €	503.170 €	596.087 €	671.530 €	773.975 €
17.500.000 €	18.000.000 €	337.813 €	403.546 €	512.784 €	607.320 €	684.229 €	788.566 €
18.000.000 €	18.500.000 €	344.231 €	411.030 €	522.267 €	618.394 €	696.749 €	802.949 €
18.500.000 €	19.000.000 €	350.568 €	418.415 €	531.623 €	629.313 €	709.096 €	817.133 €
19.000.000 €	19.500.000 €	356.829 €	425.702 €	540.856 €	640.082 €	721.276 €	831.120 €
19.500.000 €	20.000.000 €	363.014 €	432.895 €	549.967 €	650.705 €	733.291 €	844.918 €
20.000.000 €	20.500.000 €	369.126 €	439.997 €	558.962 €	661.185 €	745.146 €	858.530 €
20.500.000 €	21.000.000 €	375.167 €	447.008 €	567.842 €	671.525 €	756.845 €	871.961 €
21.000.000 €	21.500.000 €	381.139 €	453.933 €	576.610 €	681.728 €	768.392 €	885.216 €
21.500.000 €	22.000.000 €	387.042 €	460.771 €	585.269 €	691.799 €	779.789 €	898.297 €
22.000.000 €	22.500.000 €	392.878 €	467.526 €	593.822 €	701.741 €	791.042 €	911.211 €
22.500.000 €	23.000.000 €	398.650 €	474.200 €	602.270 €	711.554 €	802.152 €	923.959 €
23.000.000 €	23.500.000 €	404.358 €	480.794 €	610.616 €	721.244 €	813.123 €	936.547 €
23.500.000 €	24.000.000 €	410.004 €	487.309 €	618.861 €	730.811 €	823.958 €	948.977 €
24.000.000 €	24.500.000 €	415.589 €	493.748 €	627.010 €	740.260 €	834.660 €	961.252 €
24.500.000 €	25.000.000 €	421.114 €	500.112 €	635.062 €	749.593 €	845.231 €	973.375 €
25.000.000 €	25.500.000 €	426.580 €	506.403 €	643.020 €	758.811 €	855.675 €	985.349 €
25.500.000 €	26.000.000 €	431.990 €	512.621 €	650.887 €	767.917 €	865.992 €	997.179 €
26.000.000 €	26.500.000 €	437.342 €	518.769 €	658.662 €	776.912 €	876.186 €	1.008.866 €
26.500.000 €	27.000.000 €	442.640 €	524.846 €	666.349 €	785.800 €	886.261 €	1.020.413 €
27.000.000 €	27.500.000 €	447.884 €	530.857 €	673.949 €	794.582 €	896.216 €	1.031.822 €
27.500.000 €	28.000.000 €	453.074 €	536.800 €	681.464 €	803.260 €	906.056 €	1.043.097 €
28.000.000 €	28.500.000 €	458.212 €	542.677 €	688.896 €	811.836 €	915.780 €	1.054.239 €
28.500.000 €	29.000.000 €	463.298 €	548.491 €	696.244 €	820.312 €	925.393 €	1.065.251 €
29.000.000 €	29.500.000 €	468.334 €	554.241 €	703.512 €	828.688 €	934.896 €	1.076.134 €
29.500.000 €	30.000.000 €	473.321 €	559.929 €	710.700 €	836.969 €	944.290 €	1.086.892 €
30.000.000 €	30.500.000 €	478.259 €	565.555 €	717.809 €	845.153 €	953.577 €	1.097.527 €
30.500.000 €	31.000.000 €	483.149 €	571.121 €	724.843 €	853.245 €	962.759 €	1.108.040 €
31.000.000 €	31.500.000 €	487.991 €	576.628 €	731.799 €	861.244 €	971.838 €	1.118.434 €
31.500.000 €	32.000.000 €	492.787 €	582.076 €	738.682 €	869.152 €	980.815 €	1.128.709 €
32.000.000 €	32.500.000 €	497.538 €	587.467 €	745.491 €	876.971 €	989.693 €	1.138.869 €
32.500.000 €	33.000.000 €	502.242 €	592.801 €	752.227 €	884.701 €	998.472 €	1.148.915 €
33.000.000 €	33.500.000 €	506.904 €	598.080 €	758.893 €	892.345 €	1.007.155 €	1.158.848 €
33.500.000 €	34.000.000 €	511.521 €	603.304 €	765.489 €	899.905 €	1.015.741 €	1.168.670 €
34.000.000 €	34.500.000 €	516.095 €	608.474 €	772.015 €	907.379 €	1.024.234 €	1.178.383 €
34.500.000 €	35.000.000 €	520.627 €	613.591 €	778.474 €	914.771 €	1.032.634 €	1.187.989 €
35.000.000 €	35.500.000 €	525.117 €	618.654 €	784.865 €	922.082 €	1.040.942 €	1.197.489 €
35.500.000 €	36.000.000 €	529.566 €	623.667 €	791.190 €	929.311 €	1.049.161 €	1.206.884 €
36.000.000 €	36.500.000 €	533.974 €	628.628 €	797.451 €	936.462 €	1.057.290 €	1.216.175 €
36.500.000 €	37.000.000 €	538.342 €	633.540 €	803.646 €	943.534 €	1.065.332 €	1.225.366 €
37.000.000 €	37.500.000 €	542.671 €	638.400 €	809.778 €	950.529 €	1.073.288 €	1.234.456 €
37.500.000 €	38.000.000 €	546.961 €	643.213 €	815.848 €	957.447 €	1.081.158 €	1.243.448 €
38.000.000 €	38.500.000 €	551.211 €	647.977 €	821.856 €	964.290 €	1.088.944 €	1.252.341 €
38.500.000 €	39.000.000 €	555.424 €	652.693 €	827.803 €	971.059 €	1.096.647 €	1.261.139 €
39.000.000 €	39.500.000 €	559.600 €	657.361 €	833.689 €	977.755 €	1.104.268 €	1.269.841 €
39.500.000 €	40.000.000 €	563.738 €	661.984 €	839.516 €	984.378 €	1.111.807 €	1.278.450 €
40.000.000 €	40.500.000 €	567.840 €	666.560 €	845.284 €	990.930 €	1.119.268 €	1.286.966 €
40.500.000 €	41.000.000 €	571.905 €	671.092 €	850.995 €	997.412 €	1.126.649 €	1.295.390 €
41.000.000 €	41.500.000 €	575.936 €	675.578 €	856.648 €	1.003.823 €	1.133.952 €	1.303.723 €
41.500.000 €	42.000.000 €	579.930 €	680.020 €	862.245 €	1.010.165 €	1.141.177 €	1.311.967 €
42.000.000 €	42.500.000 €	583.890 €	684.419 €	867.786 €	1.016.441 €	1.148.327 €	1.320.123 €
42.500.000 €	43.000.000 €	587.816 €	688.774 €	873.271 €	1.022.648 €	1.155.402 €	1.328.192 €
43.000.000 €	43.500.000 €	591.707 €	693.086 €	878.702 €	1.028.788 €	1.162.401 €	1.336.174 €
43.500.000 €	44.000.000 €	595.565 €	697.356 €	884.079 €	1.034.864 €	1.169.328 €	1.344.071 €
44.000.000 €	44.500.000 €	599.389 €	701.584 €	889.402 €	1.040.874 €	1.176.182 €	1.351.884 €
44.500.000 €	45.000.000 €	603.181 €	705.771 €	894.673 €	1.046.819 €	1.182.963 €	1.359.613 €
45.000.000 €	45.500.000 €	606.940 €	709.918 €	899.891 €	1.052.702 €	1.189.674 €	1.367.260 €
45.500.000 €	46.000.000 €	610.667 €	714.023 €	905.058 €	1.058.522 €	1.196.315 €	1.374.825 €
46.000.000 €	46.500.000 €	614.362 €	718.089 €	910.174 €	1.064.280 €	1.202.885 €	1.382.311 €
46.500.000 €	47.000.000 €	618.026 €	722.116 €	915.240 €	1.069.976 €	1.209.387 €	1.389.715 €
47.000.000 €	47.500.000 €	621.658 €	726.102 €	920.255 €	1.075.611 €	1.215.821 €	1.397.041 €
47.500.000 €	48.000.000 €	625.260 €	730.051 €	925.220 €	1.081.186 €	1.222.188 €	1.404.290 €
48.000.000 €	48.500.000 €	628.832 €	733.962 €	930.137 €	1.086.701 €	1.228.488 €	1.411.460 €
48.500.000 €	49.000.000 €	632.372 €	737.834 €	935.006 €	1.092.157 €	1.234.723 €	1.418.555 €
49.000.000 €	49.500.000 €	635.884 €	741.668 €	939.827 €	1.097.556 €	1.240.891 €	1.425.573 €
49.500.000 €	50.000.000 €	639.365 €	745.467 €	944.600 €	1.102.895 €	1.246.995 €	1.432.516 €
50.000.000 €	51.000.000 €	644.937 €	751.962 €	952.831 €	1.113.839 €	1.259.369 €	1.446.731 €
51.000.000 €	75.000.000 €	896.467 €	1.045.234 €	1.324.443 €	1.549.407 €	1.751.847 €	2.012.476 €
75.000.000 €	100.000.000 €	1.143.603 €	1.333.380 €	1.689.560 €	1.977.765 €	2.236.172 €	2.568.856 €
100.000.000 €	125.000.000 €	1.379.387 €	1.608.294 €	2.037.911 €	2.386.776 €	2.698.622 €	3.100.107 €
125.000.000 €	150.000.000 €	1.606.129 €	1.872.663 €	2.372.898 €	2.780.368 €	3.143.639 €	3.611.332 €
150.000.000 €	175.000.000 €	1.825.348 €	2.129.470 €	2.696.774 €	3.161.138 €	3.574.161 €	4.105.904 €
175.000.000 €	200.000.000 €	2.038.128 €	2.376.352 €	3.011.138 €	3.530.934 €	3.992.272 €	4.586.219 €
200.000.000 €	225.000.000 €	2.245.280 €	2.617.880 €	3.317.184 €	3.891.132 €	4.399.534 €	5.054.070 €
225.000.000 €	250.000.000 €	2.447.432 €	2.853.578 €	3.615.842 €	4.242.806 €	4.797.154 €	5.510.847 €
250.000.000 €	275.000.000 €	2.645.083 €	3.084.028 €	3.907.852 €	4.586.809 €	5.186.104 €	5.957.663 €
275.000.000 €	300.000.000 €	2.838.646 €	3.309.712 €	4.193.822 €	4.923.841 €	5.567.172 €	6.395.422 €
300.000.000 €	325.000.000 €	3.028.460 €	3.531.026 €	4.474.254 €	5.254.486 €	5.941.016 €	6.824.886 €
325.000.000 €	350.000.000 €	3.214.816 €	3.748.308 €	4.749.578 €	5.579.234 €	6.308.194 €	7.246.692 €
350.000.000 €	375.000.000 €	3.397.962 €	3.961.846 €	5.020.157 €	5.898.509 €	6.669.186 €	7.661.389 €
375.000.000 €	400.000.000 €	3.578.110 €	4.171.889 €	5.286.309 €	6.212.676 €	7.024.399 €	8.069.449 €
400.000.000 €	425.000.000 €	3.755.450 €	4.378.658 €	5.548.310 €	6.522.053 €	7.374.199 €	8.471.290 €
425.000.000 €	450.000.000 €	3.930.144 €	4.582.343 €	5.806.406 €	6.826.923 €	7.718.902 €	8.867.276 €
450.000.000 €	475.000.000 €	4.102.343 €	4.783.118 €	6.060.813 €	7.127.538 €	8.058.795 €	9.257.735 €
475.000.000 €	500.000.000 €	4.272.178 €	4.981.136 €	6.311.725 €	7.424.121 €	8.394.129 €	9.642.959 €
500.000.001 €	zu groß						

Terminplan 2024 - Projekt Erweiterungsbau Gymnasium Kleine Burg Braunschweig

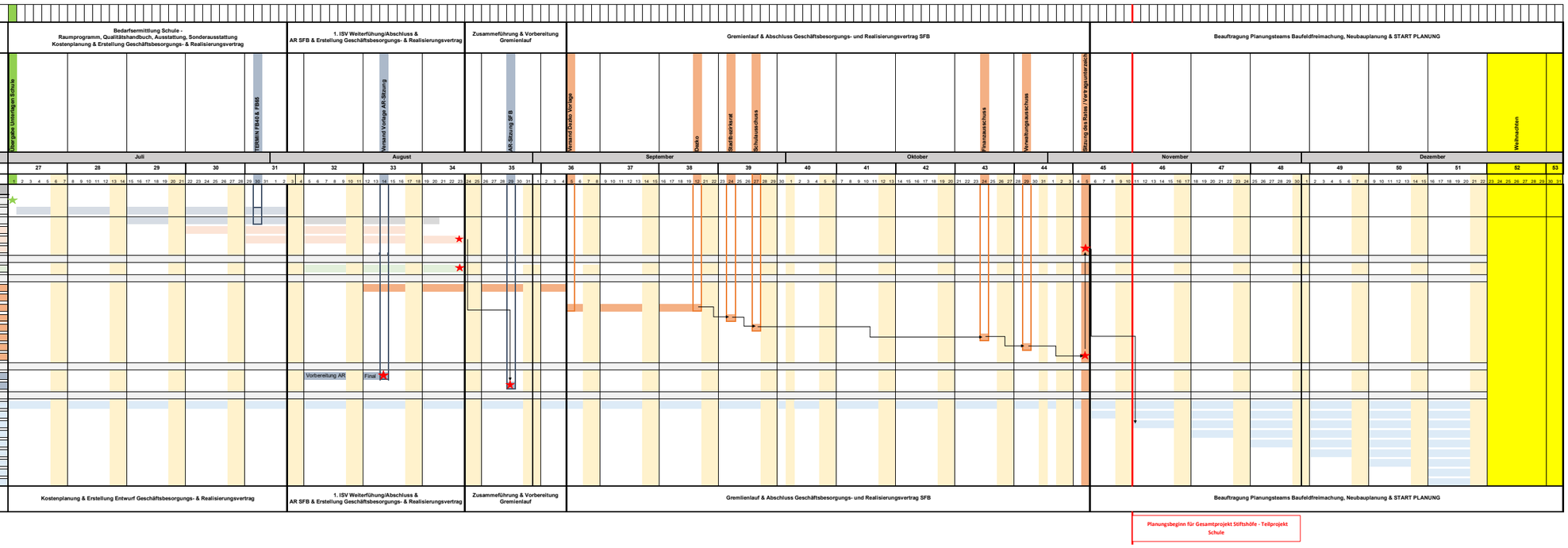
ENTWURF

Braunschweig
Struktur-Förderung

Stand 17.09.2024, erstellt SH/TR/NW

10. Juni bis 31. Dezember 2024

Inhalt	Verantwortlich	Mitwirkung	Deadline
Vorbereitung Gremienentscheidung - Verantwortung Dezernat V, VIII mit SFB			
Übergabe Raumprogramm/Qualitätshandbuch etc an SFB	FB65	FB40	01.07.2024
Prüfung Qualitäten & Kostenplanung	SFB	FB65	02.08.2024
Bedarfsabstimmung Erweiterung Kleine Burg (Sonderausstattung etc.)	FB65	FB40/SFB	20.08.2024
Erstellung Vertragsanlagen	SFB	FB65	16.08.2024
Abstimmung Vertragsentwurf auf Basis Kosten/Qualitäten/Termine	FB65/SFB	Pust/Göhmann	23.08.2024
Vertragsunterzeichnung	SFB/Dez. VIII	FB65	05.11.2024
ISV			
1. ISV Weiterführung & Abschluss	SFB/FB 20		23.08.2024
Gremienlauf Stadt Braunschweig			
Vorbereitung Gremienvorlage (für alle Gremien gleich!)	Dez. V	SFB, FB 40	04.09.2024
Versand Gremienvorlage Dez/Ko zur Mitzeichnung	Dez. V		05.09.2024
Dez/Ko	Dez. V		20.09.2024
Bauherrenkonsil	Dez. V	FB40	24.09.2024
Schulausschuss	Dez. V	FB40	27.09.2024
Finanzausschuss	Dez. VIII	FB40	24.10.2024
Verwaltungsausschuss	Dez. V	FB40	29.10.2024
Sitzung des Rates der Stadt	Dez. VIII	FB40	05.11.2024
Gremienlauf SFB			
Vorbereitung & Versand AR-Vorlage SFB	SFB		14.08.2024
AR-Sitzung SFB (Ankündigung Umlaufbeschluss Vertragsunterzeichnung)	SFB		29.08.2024
Vergabeprozesse Planung			
Vergabeprozess Gesamtprojekt Stiftshöfe & Teilprojekt Schule	SFB		Jan 25
Beauftragung & Start Planung Baufeldfreimachung	SFB		06.11.2024
Beauftragung & Start Planung Neubau Schule	SFB		11.11.2024
Beauftragung & Start Planung Neubau Hotel	SFB		18.11.2024
Beauftragung & Start Planung Neubau Wohnen	SFB		25.11.2024
Beauftragung & Start Planung TGA Stiftshöfe gesamt	SFB		02.12.2024
Beauftragung & Start Planung Statik Stiftshöfe gesamt	SFB		09.12.2024
Beauftragung & Start Planung Brandschutz Stiftshöfe gesamt	SFB		16.12.2024
Beauftragung & Start Planung Vermesser Stiftshöfe gesamt	SFB		16.12.2024



Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24501
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Änderung des städtebaulichen Vertrages "Wenden-West, 1. BA", WE 62, für den Bereich zwischen der Veltenhöfer Straße, der Straße Im Steinkampe und der Bundesautobahn A 2

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	18.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau ( )	23.10.2024	Ö

Beschluss:
„Dem Abschluss eines Änderungsvertrages zum städtebaulichen Vertrag „Wenden-West, 1. BA“, WE 62, zwischen der Stadt Braunschweig, der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) und der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) mit den im Sachverhalt aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Beschlusskompetenz
Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Planung und Hochbau ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 d der Hauptsatzung der Stadt. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei dieser Vorlage um einen Beschluss über den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, für den der Ausschuss für Planung und Hochbau beschlusszuständig ist.

Sachverhalt:
Am 11. Mai 2021 wurde der städtebauliche Vertrag „Wenden-West, 1. BA“, WE 62 zwischen der Stadt, der SE|BS und der GGB abgeschlossen. In diesem Vertrag ist u. a. die Herstellung des aus dem Baugebiet resultierenden Kindertagesstättenbedarfs durch die GGB und auf Kosten der GGB innerhalb des Baugebietes geregelt worden. Abweichend davon ist nun beabsichtigt, den Kitabedarf nicht im Baugebiet „Wenden-West, 1. BA“, WE 62 zu realisieren, sondern im Baugebiet „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 auf der im Bebauungsplan vorgesehenen Fläche. Dadurch wird es der GGB erleichtert, die im 1. Bauabschnitt vorgesehene Fläche z. B. für Seniorenwohnen zu vermarkten.

Der Änderungsvertrag wird folgende wesentliche Regelung beinhalten:

1. In der 5-Gruppen-Kita im Baugebiet „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 werden 2 Gruppen für den aus dem 1. Bauabschnitt resultierenden Bedarf bereitgestellt.

2. Die GGB trägt 2/5 der tatsächlichen Herstellungskosten der 5-Gruppen-Kita, nachdem diese durch die Stadt realisiert wurde.

3. Die für die Realisierung der Kita im 2. BA vorgesehene Fläche in Größe von 3.342 m² wird durch die GGB zu 2/5 Anteil unentgeltlich an die Stadt übertragen.

4. Die übrigen Regelungen des städtebaulichen Vertrages bleiben unverändert bestehen.

5. Die finanziellen Auswirkungen bleiben durch den Änderungsvertrag unverändert.

6. Der Änderungsvertrag wird erst nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, wirksam, um sicherzustellen, dass eine Fläche für die Realisierung der Kita zur Verfügung steht.

Leuer

Anlage/n:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24311-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Ausbau der Masurenstraße

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	16.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (zur Kenntnis)	22.10.2024	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:
Der Planung und dem Ausbau der Masurenstraße in der als Anlage beigefügten Fassung sowie dem Einsatz von Städtebaufördermitteln in Höhe von 200.000 € für diese Maßnahme wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz
Für die Planungen zum Einsatz von Fördermitteln im Stadterneuerungsgebiet „Bahnstadt“ liegt die Beschlusskompetenz gem. § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG in Verbindung mit § 6 Nr. 4 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig beim Ausschuss für Planung und Hochbau.

Anlass
Die angrenzenden Straßenzüge Tilsit- und Tannenbergstraße sind bereits zu Verkehrsberuhigten Bereichen umgebaut worden. Im Rahmen der Entscheidungsfindung zum Ausbau der Tannenberstraße und Tilsitstraße war der Wunsch aufgekommen, auch die Masurenstraße zu beplanen. Aus straßenbautechnischer Sicht ist die Masurenstraße sanierungsbedürftig.

Die Masurenstraße liegt im Bereich des Stadterneuerungsgebietes „Bahnstadt“. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt von Straßenplanung und Stadtentwicklung. Die Entwässerungskanäle bedürfen auf ganzer Länge der Erneuerung. Umbaumaßnahmen an der Stromversorgung sind erforderlich und auch die Straßenbeleuchtung entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und soll komplett erneuert werden.

Bestand
Die Masurenstraße befindet sich zwischen der Ackerstraße und der Tannenbergstraße und ist ca. 80 m lang. Die Straßenparzelle ist etwa 10 m breit. Die beiden Gehwege sind jeweils ca. 2 m breit, die für Fußgänger nutzbare Breite ist durch halbhohes Gehwegparken jedoch sehr stark eingeschränkt. Die Gesamtanlage ist nicht barrierefrei.

Planung
Die Straße soll als Verkehrsberuhigter Bereich (Mischverkehrsfläche) ausgebaut werden. Geprägt ist die Straße durch Wohnnutzung. Verschiedene Nutzungsansprüche sind bei der Planung zu berücksichtigen.

In enger Abstimmung mit der Berufsfeuerwehr sind in dieser Straße wegen anleiterpflichtiger Gebäude Anleiterflächen und Feuerwehrbereitstellungsflächen (dort steht im Einsatzfall das entscheidende Feuerwehrfahrzeug und alle erforderlichen Rettungsmittel können seitwärts entnommen werden) zu berücksichtigen. Im Bestand kann zwar ein Durchfahren durch

Feuerwehrfahrzeuge, jedoch kein unverzügliches Retten und Löschen gewährleistet werden. Das Freihalten dieser Flächen von Einbauten, Parkständen oder Bäumen ist zwingend erforderlich, um die Sicherheit der Bewohner bestmöglich gewährleisten zu können. Das Freihalten von Hauseingängen ist eine wichtige Rahmenbedingung, genauso wie das Anbieten von Pkw- und Fahrradparkplätzen.

Der Rat der Stadt hat sich intensiv mit der Bewältigung der Klimafolgen befasst. Baumstandorte in neu gestalteten Straßenräumen sind ein wichtiger Faktor für die Senkung der kleinräumigen Temperaturen und für den CO_2-Abbau. Die Versickerung von Regenwasser ist nach neuen Erkenntnissen für das Kleinklima positiv.

Die Mischverkehrsfläche erhält eine hellgraue Pflasterung aus Betonstein. Die Parkplätze werden anthrazitfarben mit versickerungsfähigem Pflaster geplant. Am Anfang und Ende des Straßenzuges wird jeweils ein Baumtor angeordnet, welches der Geschwindigkeitsreduzierung und Verkehrsberuhigung dient. Zugunsten der Verkehrsberuhigung wird das Längsparken abwechselnd auf beiden Straßenseiten angelegt. Die Baumscheiben werden als bewässerte Baumscheiben ausgebildet, was dem Schwammstadtkonzept entspricht und ebenfalls zur Verbesserung des Kleinklimas beiträgt.

Durch die gemeinsam genutzte Mischverkehrsfläche (Schrittgeschwindigkeit) verbessert sich die Aufenthaltsqualität. Durch die Anordnung von Pflanzflächen und Bäumen wird das momentan monoton und unzureichend gestaltete Straßenbild aufgelockert. Die Begrünung und Bepflanzung dient der Verbesserung des Kleinklimas. Eine Verschattung der Straße ist eine Maßnahme der Klimafolgenanpassung. Planerisch wurde ein Kompromiss zwischen den genannten Randbedingungen gefunden und keine Planung vorgelegt, die eine einseitige Optimierung darstellt.

<u>Informationsveranstaltung</u>
Es fand entsprechend der Vorgaben der Städtebauförderung am 11.09.2024 im Rathaus eine Bürgerbeteiligung statt. Dazu hatte die Verwaltung über die Medien eingeladen. Der Einladung waren ca. 20 Bürgerinnen und Bürger gefolgt. Die Diskussion war lebhaft, engagiert und kontrovers.

Im Einzelnen wurden folgende Punkte diskutiert:

Der verbliebene öffentliche Parkraum wird als zu gering angesehen. Da im Straßenraum Feuerwehraufstellflächen und Feuerwehrbewegungsflächen eingeplant und von parkenden Fahrzeugen, Bäumen und sonstigen Einbauten freigehalten werden müssen, kann kein weiterer zusätzlicher Pkw-Parkraum geschaffen werden. Die Feuerwehrflächen sind in sehr enger Abstimmung mit der Berufsfeuerwehr eingeplant worden. Diese sind in Einsatzfällen sicherheitsrelevant und deren Vorhandensein kann Leben retten. Da nur durch die eingeplante Anordnung ein Löschen und Retten aus allen Wohnungen sichergestellt werden kann, wird diese Planungsprämisse beibehalten. Eine reine Durchfahrtsgasse der Feuerwehrfahrzeuge genügt dafür nicht.

Ein Umwandeln der Fahrradabstellanlagen in Pkw-Parkplätze wird angefragt. Pkw-Parkplätze sind hier aufgrund der neben den Feuerwehrflächen verbleibenden zu geringen Restbreite nicht möglich. Die Fahrradabstellanlagen sind an dieser Stelle eingeplant, weil hier keine anderen Nutzungen verdrängt werden.

Die Bäume wurden hinterfragt und sollten durch Parkplätze ersetzt werden. Weiterhin soll die Verschiebung der Baumtore geprüft werden, um weitere Parkstände zu schaffen. Die Verschiebung der Baumtore wurde geprüft. Im Einmündungsberiech von der Tannenbergstraße ist eine Verschiebung aufgrund einzuhaltender Fahrkurven für das Bemessungsfahrzeug nicht möglich. Im Einmündungsbereich von der Ackerstraße wäre beim Verschieben der Baumscheiben ein Begegnungsverkehr unmittelbar in der Einmündung der Ackerstraße nicht mehr möglich. Außerdem würde beim Verschieben des Baumtores kein Standort für zusätzliche Parkplätze geschaffen, da Zuwegungen zu

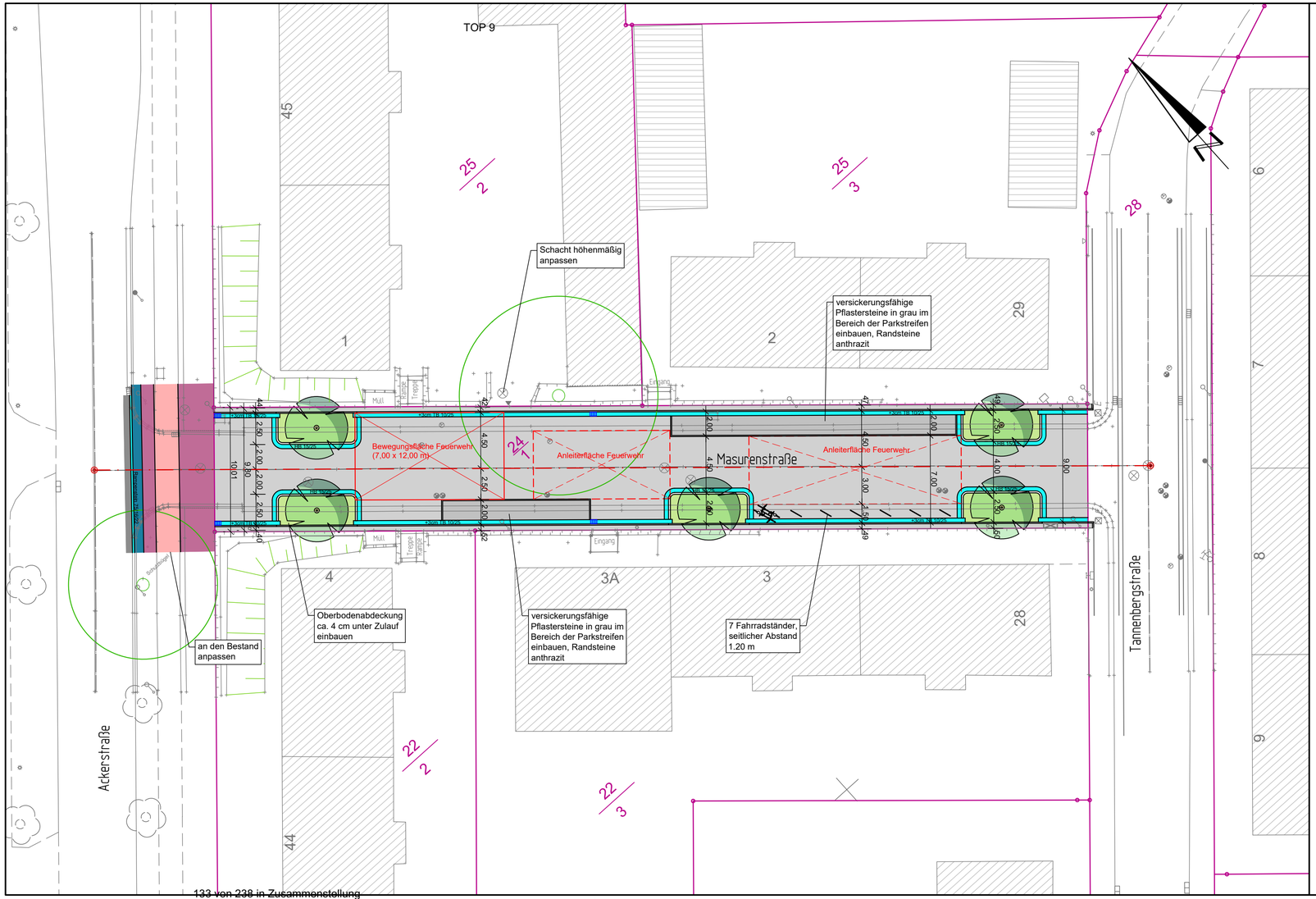
Hauseingängen und Abfallbehälterstandorte freizuhalten sind. Weiterhin dienen die Baumstandorte zur Geschwindigkeitsreduzierung sowie zur Reduzierung der kleinräumigen Klimafolgen.

Der StBezR 130 hat die Planung und den Ausbau der Masurenstraße in seiner Sitzung am 24.09.2024 beraten und beschlossen (9/4/1).

Finanzierung
Die Kostenschätzung beträgt ca. 320.000 €. Aus dem Sanierungsprojekt Bahnstadt werden von diesen Gesamtkosten ca. 200.000 € über Städtebaufördermittel finanziert. Die übrigen Kosten in Höhe von ca. 120.000 € werden aus dem Sanierungsprojekt Bahnstadt (PSP-Element 4S.610044 „Stadtumbaugebiet Bahnstadt“) finanziert.
Da die Maßnahme überwiegend aus Städtebaufördermitteln finanziert werden soll, ist der Ausschuss für Planung und Hochbau gem. Hauptsatzung der Stadt Braunschweig abschließend beschlusszuständig. Deshalb wurde der Beschlusstext der Drs.-Nr. 24-24311 um die Verwendung der Städtebaufördermittel entsprechend ergänzt.

Leuer

Anlage/n:
Lageplan Masurenstraße



133 von 238 in Zusammenstellung

Legende

- Mischverkehrsfläche, Betonpflaster 10/20/8 grau
- Parkflächen, versickerungsfähiges Betonpflaster 10/20/8 grau, Randsteine anthrazit
- Rinne, Betonpflaster 16/16/14
- Baumscheibe/Tiefbeete
- Radweg, Asphalt
- Aufpflasterung
- Anpassungsbereich
- Bewegungsfläche Feuerwehr, 7m x 12m
- Aufstellfläche Feuerwehr, 5.5m x 11m
- Baum neu
- Baum vorhanden
- Fahrrad-Anlehnbügel

Anlage

Stadt Braunschweig
Fachbereich Tiefbau und Verkehr
Abt. Straßenplanung und -neubau
Bohlweg 30
38100 Braunschweig

VORENTWURF

Masurenstraße

Lageplan

Vorabzug

Unterlage	1
Blatt-Nr.	1
Maßstab	1:250
Blattgröße	680x297

Abt. 66.2	Datum	Name
bearbeitet	02/2024	Bilgen-Köhler
gezeichnet	02/2024	Bilgen-Köhler
Stand	20.08.2024	gedruckt 29.08.2024 bilgen-koehler

Braunschweig, den .....

geprüft:

mitgez.
Datum, Name

Pfad: V:\Dez_3\FB66\66_2\Vestra_Projekte\M_N_O_P\Masurenstraße\Masurenstraße_VB_Bereich\VB_Bereich Layout: 1.0_LP_Masurenstraße

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24386
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Sanierung und Erweiterung von vier Schulen in alternativer Beschaffung Grundsatzbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	08.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	23.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	29.10.2024	N

Beschluss:

"Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen ÖPP-Modells zur Sanierung und Erweiterung der in der Vorlage beschriebenen Schulen ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind."

Sachverhalt:

1. Hintergrund

Mit Ds. 20-13696 wurde am 14.07.2020 der CDU-Antrag im Rat der Stadt beschlossen, dass die Verwaltung die Schulauswahl für ein neues Schulsanierungspaket in alternativer Beschaffung zu erarbeiten hat. Die Schulsanierungen sollen dabei ebenfalls alle notwendigen Maßnahmen zur Herstellung der erforderlichen Ganztagsinfrastruktur enthalten.

Mit Ds. 21-16026 wurde am 13.07.2021 die Schulauswahl im VA nach Vorberatung von Bauausschuss und Schulausschuss erstmalig festgelegt.
Mit Ergänzungsvorlage 21-16026-01 wurde die Herangehensweise, die zur Auswahl der im Beschlussvorschlag genannten Schulen geführt hat, näher erläutert.
Mit Ergänzungsvorlage 21-16026-02 wurde zusätzlich die Auswertung der Schulauswahl zur Verfügung gestellt, die die Rangfolge und die Auswahl der Schulen tabellarisch darstellt.

Mit Ds. 22-19547 wurde die Schulauswahl aufgrund der Entwicklungen der katholischen Bekenntnisgrundschulen angepasst, so dass final die Schulen Realschule Sidonienstraße, Grundschule Broitzem, Grundschule Altmühlstraße und Grundschule Rühme (als Ersatz für GS Hinter d. Masch) im Paket enthalten sind.

Für die erforderliche, zeitnahe Sanierung und Erstellung der Erweiterungsbauten sind für eine Umsetzung in Eigenrealisierung in der Bauverwaltung keine Kapazitäten verfügbar. Dies umfasst ebenso eine sonst denkbare Realisierung durch die Hochbausparte der SFB. Auch die SFB verfügt aktuell für dieses Paket nicht über ausreichende personelle Ausstattung, um es im vorgesehenen Zeitrahmen zu realisieren. Daher hat die Verwaltung die Berater der Public Sector Project Consultants GmbH (PSPC) aus Berlin damit beauftragt, in einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die Realisierung im Rahmen eines partnerschaftlichen Modells zu untersuchen. Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit der

Gesamtvergabe ist Voraussetzung, um von der für die öffentliche Hand vorgeschriebenen gewerkeweisen Vergabe abweichen zu dürfen.

Gemäß Ratsauftrag wurden die Beschaffungsvarianten konventionelle Eigenrealisierung, erweitertes Totalunternehmer-Modell (TU) sowie eine umfängliche Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) untersucht.

Das erweiterte TU-Modell beinhaltet neben der ganzheitlichen Übertragung von Planungs- und Bauleistungen auch den technischen Gebäudebetrieb (TGM), dort im Wesentlichen die Instandhaltung jeglicher baulicher und technischer Anlagen (bspw. beim Neubau IGS Wendenring so gewählt).

Die ÖPP-Variante beinhaltet zusätzlich das infrastrukturelle Gebäudemanagement (IGM), d. h., auch die gesamte Reinigung, Grünpflege und Hausmeistertätigkeiten werden vom privaten Partner ausgeführt werden (analog Hochtief Schul-PPP).

In beiden Varianten ist die Betriebsphase mit 25 Jahren ab Vertragsbeginn vorgesehen. So wird sichergestellt, dass bereits während der Sanierung die Betriebsleistungen durch den zentralen Auftragnehmer koordiniert werden und Schnittstellen minimiert werden.

Ebenso wird in beiden Varianten aufgrund der aktuellen Entwicklung am Kapitalmarkt auf die Übertragung einer Bauzwischenfinanzierung (Zahlung erst nach Baufertigstellung) verzichtet und so der Finanzierungsaufwand für die Planungs- und Bauphase reduziert. Die Finanzierung während der Planungs- und Bauphase wird in den Modellen über Abschlagszahlungen gemäß Baufortschritt und mit Hinterlegung eines entsprechenden Bürgschaftskonzeptes berücksichtigt.

In allen Varianten bleibt die Stadt durchgängig Eigentümer der Liegenschaften (Inhaber-Modell).

2. Sachstand
Die PSPC wurde mit der Durchführung eines standardisierten PPP-Eignungstests und einer vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemäß der einschlägigen Richtlinien und Leitfäden für diese Verfahren beauftragt.

2.1 Inhalt der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU)
Die PSPC hat das Rechenmodell für die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auf Basis der durch die Stadt vorgegebenen Rahmenbedingungen erarbeitet.

Folgende Parameter sind in die Betrachtung eingeflossen:

- Sanierung der Gebäude und Außenanlagen auf den jeweiligen Liegenschaften
- Erweiterung der Realschule Sidonienstraße gemäß Raumprogrammbeschluss Ds. 23-21427, 12.09.2023
- Erweiterung der Grundschule Broitzem und Aufgabe der Außenstelle Gr. Grubestraße gemäß Raumprogrammbeschluss Ds. 23-21279, 20.06.2023
- Vergabe von Planung, Bau und Betriebsleistungen (TGM im TU-Modell, TGM+IGM im ÖPP-Modell)
- Städtische Finanzierungskonditionen

Im Rahmen der vWU wurde die Eigenrealisierung den beschriebenen alternativen Beschaffungsvarianten gegenübergestellt.

Die betrachteten Modelle sind (s. Abbildung 1):

- Eigenrealisierung (Public Sector Comparator, kurz PSC) als Vergleichsmodell

- Erweitertes Totalunternehmer-Modell (TU-Modell)
- Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP-Modell)

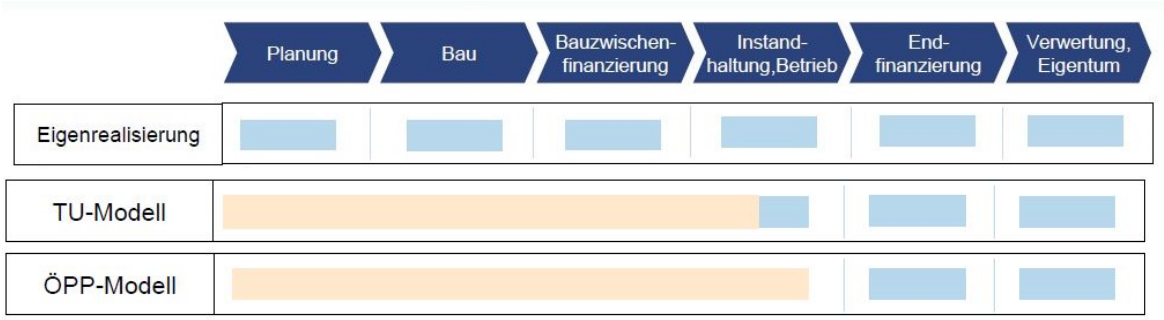


Abb. 1: Darstellung der betrachteten Beschaffungsmodelle

Die PSPC hat den Leistungsumfang sowie Schnittstellen der beiden Beschaffungsmodelle in Abstimmung mit der Stadt definiert. Zudem erfolgte eine Risikoanalyse mit Szenarioanalyse.

Eine grundsätzlich mögliche Endfinanzierung über eine Forfaitierung mit Einredeverzicht wurde aufgrund der damit verbundenen höheren Zinsen und der Verlängerung der Projektlaufzeit (Zustimmung der Kommunalaufsicht erforderlich) nicht betrachtet.

Die drei genannten Beschaffungsvarianten wurden vergleichend gemäß bundeseinheitlicher Methodik für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gegenübergestellt.

2.2 Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU)

Die vWU weist im Ergebnis einen Barwert der einzelnen Beschaffungsvarianten aus. Der Barwert spiegelt den heutigen Zeitwert aller zukünftigen Kosten für Planung, Bau, Betrieb der vier Schulstandorte für den kompletten Betrachtungszeitraum wider. Diese Summe wäre demnach heute zu finanzieren, um alle zukünftigen Forderungen des Vorhabens zu jedem Zeitpunkt der Vertragslaufzeit begleichen zu können. Insofern beinhaltet der Barwert neben den Investitionen und deren Finanzierung (Zinsen und Tilgung des Kommunalkredits) auch alle für die Umsetzung notwendigen Transaktions- und Verwaltungskosten (z. B. Personalaufwand) auf Seiten der Stadt Braunschweig.

Die Werte sind daher nicht mit den üblicherweise kommunizierten, notwendigen Baukosten zu vergleichen. Zur Absicherung der Preisentwicklungen sind alle Zahlungsströme anhand der jeweiligen Zeitreihen des statistischen Bundesamtes fortgeschrieben und indexiert worden.

In den betrachteten Kosten sind darüber hinaus Risikokosten enthalten, um die unterschiedliche Risikoteilung in den Beschaffungsvarianten bewerten zu können. Typische Risiken, die in der vWU berücksichtigt wurden, sind bspw. Risiken aus dem Genehmigungsverfahren, Baukosten und Bauzeitrisiken.

In den alternativen Beschaffungsvarianten wurde unterstellt, dass die Risikoteilung nach dem Grundsatz erfolgt, dass jeder Vertragspartner das Risiko trägt, das er am besten steuern kann. Dadurch können Risiken sachgerecht verteilt und die Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. die Kostenwirkung eines eingetretenen Risikos reduziert werden.

Die Eigenrealisierung (Public Sector Comparator, kurz PSC) stellt den Vergleichswert für die alternative Beschaffungsvariante dar und ist als Kostenobergrenze anzusehen.

Das Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zeigt eine zu erwartende relative Vorteilhaftigkeit für das erweiterte TU-Modell i. H. v. 8.69 % respektive im ÖPP Modell i. H. v. 9,27 % gegenüber einer konventionellen Realisierung (s. Abbildung 2). In absoluten Werten ergibt sich bei Wahl des TU-Modells ein barwertiger Vorteil über die gesamte Projektlaufzeit von 17,1 Millionen Euro bzw. beim ÖPP-Modell von 18,3 Mio. Euro.

Die Investitionskosten für Planung- und Bau sind in Abb. 2 Teil der Endfinanzierung über den Kommunalkredit. Personalaufwendungen der Verwaltung sind insbesondere in den Zeilen Internes Baucontrolling und Vertragscontrolling enthalten.

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Planungs- und Bauphase	**5.471.420**	**3.369.974**	**3.369.974**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801
Internes Baucontrolling	5.364.398	2.653.391	2.653.391
Betriebsphase	**191.383.977**	**176.383.225**	**175.233.043**
Endfinanzierung	127.471.520	115.612.704	115.612.704
davon Zinsen	60.906.006	55.239.853	55.239.853
davon Tilgung	66.565.514	60.372.851	60.372.851
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	28.909.780	26.536.272	26.536.272
Betriebskosten inkl. Risiken	25.466.881	25.466.881	25.256.604
Medienkosten inkl. Risiken	6.462.088	6.462.088	6.290.610
Vertragscontrolling	3.073.707	2.305.281	1.536.854
Gesamt	**196.855.397**	**179.753.199**	**178.603.017**
Rang	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,69%**	**9,27%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**17.102.197**	**18.252.380**

Abb. 2: Ergebnisübersicht der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Ergänzend werden in der folgenden Abbildung 3 die nominellen Werte für Investition und Betrieb der verschiedenen Varianten dargestellt.

Werte in Euro	**Eigenrealisierung (Variante 1)**	**Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)**	**ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)**
Planungs- und Baukosten	74.582.202	71.813.850	71.813.850
Instandhaltung	46.259.374	42.461.454	42.461.454
Betriebskosten	38.143.762	38.143.762	37.828.813
Summe	158.985.338	152.419.066	152.104.117

Abb. 3: Nominalwerte für Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb über den gesamten Betrachtungszeitraum bis 2052 in Euro

2.2.1 Szenarioanalyse

Es wurde eine Szenarioanalyse durchgeführt, welche die Auswirkungen von veränderten Annahmen in Bezug auf Parameter, die zu maßgeblichen Änderungen im Ergebnis führen können, untersucht.

Die maßgeblichen Parameter sind:
- Änderung der prognostizierten Preissteigerungen
- Außerachtlassung der kalkulierten Risiken
- Reduzierter Personalaufwand/gesteigerte Effizienz in der Eigenrealisierung
- Änderungen im Diskontierungszinssatz

Im Ergebnis hat die Szenarioanalyse ergeben, dass die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit der alternativen Beschaffungsvariante auch bei Abänderung der genannten Parameter zu Ungunsten der alternativen Beschaffungsvarianten stabil bleibt. Die Szenarien bilden

verhältnismäßig extreme Abweichungen dar, so dass zu erwarten ist, dass die Realität sich innerhalb dieser Werte bewegen wird.
In allen untersuchten Szenarien ist eine Wirtschaftlichkeit der alternativen Beschaffungsmodelle gegenüber der Eigenrealisierung zu erwarten, so dass das Ergebnis als konsistent und belastbar einzuschätzen ist. Die der Untersuchung zugrundeliegenden Annahmen sind durch langjährige Erfahrungen der PSPC im Bereich der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen entstanden.

2.3 Bewertung
Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zeigt, dass der wirtschaftliche Vorteil der alternativen Beschaffungsmodelle vor allem in der vertraglich geregelten Kosten- und Terminsicherheit sowie in der Übertragung des Schnittstellenrisikos zwischen den einzelnen Gewerken bzw. Auftragnehmern begründet ist.

Die grundsätzlichen Vorteile können wie folgt zusammengefasst werden:

- Entlastung der Verwaltungskapazitäten durch Bündelung der wesentlichen gebäudebezogenen Leistungen für Planung, Bau in einem Vertragspaket
- Planungssicherheit im Haushalt durch vertragliche Fixierung von Planungs- und Baukosten
- Planungssicherheit durch vertragliche Fixierung der Bauzeit
- Keine Verzögerung durch sonst erforderlichen Personalaufbau
- Generierung eines wirtschaftlichen Vorteils über die Projektlaufzeit von ca. 18 Mio. Euro gegen über der Eigenrealisierung

2.3.1 Wahl des ÖPP-Modells statt des erw. TU-Modells
Gemäß Ratsauftrag wurde die konventionelle Eigenrealisierung sowohl mit dem erweiterten Totalunternehmer-Modell als auch mit der umfänglicheren ÖPP-Variante verglichen. Die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zeigt einen barwertigen Vorteil über die gesamte Vertragslaufzeit von ca. 0,6 %. Aufgrund der dem Modell zugrundeliegenden Annahmen und Prognosen ist diese geringe Differenz zu vernachlässigen, so dass die Entscheidung auf qualitativen Bewertungen fußen sollte.
Die ÖPP-Variante reduziert weitere Schnittstellen zwischen der Stadt und dem Auftragnehmer. Das ist insbesondere im Sanierungsprojekt relevant, da der Auftragnehmer die Sanierung im laufenden Betrieb der Schule zu organisieren und durchzuführen hat. Im Gegensatz zur konventionellen Eigenerledigung, in welcher die Schnittstellen innerhalb der Verwaltung bedient werden, sind in der alternativen Beschaffung diese vertraglich zu fixieren. Je weniger Schnittstellen zum privaten Partnerunternehmen notwendig sind, desto ganzheitlicher kann dieser die Aufgabenerledigung übernehmen.
So wird durch die Übertragung der Reinigungsleistungen vermieden, dass es z. B. zu Diskussionen der Ursächlichkeit bei Schäden an den Bodenbelägen kommt, die auch auf unsachgemäße oder unzureichende Reinigung zurückzuführen sein könnten. Darüber hinaus wird eine Schnittstelle zum schulischen Hausmeister vermieden. Im TU-Modell hält der Auftragnehmer für Technik und Instandhaltung Personal vor. Schulische Belange die aus der Nutzung hervorgehen (z. B. Mobiliar aufstellen, Unterstützung der Schulleitung in betrieblichen Themen wie Veranstaltungen) liegen beim Schulhausmeister der von der Stadt gestellt wird. Im ÖPP-Modell können beide Funktionen mit einer Personalie abgedeckt werden. Das vermeidet Diskussionen um Zuständigkeiten. Auch in den Außenanlagen wird durch die Übertragung der Grünpflege die Abgrenzung zwischen baulicher Instandhaltung und reiner Pflegearbeit aufgehoben, da beide Bereiche übertragen werden.

3. Weiteres Vorgehen und Zeitplan
Für das weitere Vorgehen ist von folgenden zeitlichen Meilensteinen auszugehen:

- Ausschreibung und Auftragsvergabe wirtschaftliche und technische Beratungsleistung und Einbindung rechtlicher Beratung bis Q1 2025
- Vorbereitung und Durchführung Vergabeverfahren Q2 2025 – Q1 2027

- Entscheidung des Rates über die Vergabe: Q2 2027
- Planungs- und Bauzeit: Q2 2027 – Q2 2030
- Betriebsphase bis Q2 2052

4. Finanzierung
Im Doppelhaushalt 2023/2024 sind im Projekt 3E.210024 PPP-Schulsanierungen/Vorplanungen ausreichend verfügbare Mittel zur Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beauftragung der genannten externen Berater vorhanden.

Für die Auftragsvergabe der Planungs- und Bauleistungen an einen privaten Partner sind im Entwurf zum Investitionsprogramm 2024 - 2029 folgende Mittel vorhanden. Diese sind in Summe ausreichend um die gemäß vWU erforderlichen Investitionen für die ÖPP Variante zu tätigen (s. Abbildung 4).

Bezeichnung	**Haushaltsprojekt**	**Gesamtkosten in T€**	**vWU – ÖPP in T€**	**Differenz in T €**
GS Rühme/ Sanierung	4E.210424	16.100	16.464	+ 364
GS Broitzem/ Einrichtung GTB u. Sanierung	4E.210425	13.680	13.807	+ 127
GS Altmühlstraße/ Sanierung	4E.210426	18.200	18.452	+ 252
RS Sidonienstraße/Einrichtung GTB u. Sanierung	4E.210427	24.060	23.091	- 969
Summe		**72.040**	**71.814**	**- 226**

Abb. 4: Haushaltsansätze & Investitionskosten je Standort in T-Euro

Im Rahmen der zwingenden Ansatzveränderungen werden die Jahresraten und die Gesamtkosten je Projekt entsprechend angepasst.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Betriebsphase werden in den Haushalt ab 2027 aufgenommen.

Herlitschke

Anlagen:
Vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der PSPC GmbH vom 23.05.2024

PSPC - Public Sector Project Consultants GmbH

Eignungstest und vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Schulsanierungspaket vier Braunschweiger Schulstandorte (Realschule Sidonienstraße, Grundschule Broitzem, Grundschule Altmühlstraße, Grundschule Rühme)

Ergebnisse der vorl. WU

Stand: 23.05.2024

Agenda

- Ausgangssituation und Eignungstest
- Grundlagen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Projektstruktur, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
- Eingangsdaten
- Ergebnisse
  - Realschule Sidonienstraße
  - Grundschule Broitzem
  - Grundschule Altmühlstraße
  - Grundschule Rühme
  - Schulsanierungspaket
  - Sensitivitäts-/Szenarioanalyse
- Fazit und Empfehlung

Ausgangssituation

Die Stadt Braunschweig, vertreten durch den Fachbereich Gebäudemanagement, beabsichtigt in Vorbereitung eines Schulsanierungspakets in alternativer Beschaffung für insgesamt vier Braunschweiger Schulstandorte eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erstellen zu lassen.

Für die Auswahl der Schulen wurden die aufgestellten Kriterien liegenschaftsbezogen bewertet, eine Rangfolge gebildet und in Abstimmung mit der Schulverwaltung vier Schulen ausgewählt. Des Weiteren wurde gemäß Ratsbeschluss berücksichtigt, ob es neben dem Sanierungsbedarf weitere Erfordernisse, wie die Einrichtung eines Ganztagsbetriebs oder weitere zusätzliche räumliche oder funktionale Bedarfe gibt. Die Sanierung umfasst dabei ebenfalls vorhandene Sporthallen und weitere zugehörige Gebäude auf den jeweiligen Liegenschaften. (Beschluss Drucksache Ds 21-16026, Ds 21-16026-01, Ds 21-16026-02).

Für das Schulsanierungspaket in alternativer Beschaffung wurden die Schulen: Realschule Sidonienstraße, Grundschule Broitzem, Grundschule Altmühlstraße, Grundschule Hinter der Masch ausgewählt. Mit Beschluss 20.09.2022 Drucksache (Ds 22-19547) wurde jedoch die Grundschule Hinter der Masch durch die Grundschule Rühme ersetzt.

Um den notwendigen politischen Grundsatzbeschluss zur Durchführung des Projekts fassen zu können, bedarf es einer vorgeschalteten vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Nur mit vorab nachgewiesener prognostizierter Wirtschaftlichkeit der Gesamtvergabe wird das zuständige politische Gremium die Verwaltung ermächtigen, die notwendigen Schritte zur Paketvergabe vorzubereiten.

Dazu wurde die PSPC GmbH zunächst mit der Durchführung eines Eignungstests als Alternatives Beschaffungsmodell und anschließend mit der Identifizierung der wirtschaftlichsten Beschaffungsvariante sowie der Ergebnisdokumentation innerhalb eines Endberichtes beauftragt. Eignungstest und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgten unter Berücksichtigung der einschlägigen Leitfäden.

Gemäß Aufgabenstellung seitens der Stadt Braunschweig sollten im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die Eigenrealisierung, das erweiterte TU-Modell und eine ÖPP-Variante untersucht werden.

Ausgangssituation
Ergebnis Eignungstest

- Ziel des Eignungstests war es, die grundsätzliche Eignung des Projektes als alternatives Beschaffungsmodell anhand von ausgewählten Kriterien zu untersuchen.
- Die Durchführung des Eignungstests erfolgte anhand gezielter Fragestellungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- Die Kriterien wurden in projektunabhängige und projektabhängige sowie Muss- und Kann-Kriterien unterteilt und gemeinsam mit dem Auftraggeber anhand gezielter Fragestellungen bearbeitet.
- Am Ende der Bewertung steht für jedes Kriterium eine Tendenzaussage, ob eine Eignung als alternatives Beschaffungsmodell gegeben ist.
- Die Eignung des Projektes „Schulsanierungspaket vier Braunschweiger Schulstandorte“ für eine Realisierung über ein Alternatives Beschaffungsmodell liegt vor.
- Das ausführliche Ergebnis des Eignungstests ist dem Bericht vom 19.03.2024 zu entnehmen.

PSPC Public Sector Project Consultants GmbH

ÖPP-EIGNUNGSTEST

für die

Stadt Braunschweig

zum Projekt

Projektunabhängige Eignungskriterien	
Umsetzung des ÖPP-Gedankens (Muss-Kriterium) (Punkt 3.1.1)	✓
Rechtliche Restriktionen (Muss-Kriterium) (Punkt 3.1.2)	✓
Politische Hindernisse (Muss-Kriterium) (Punkt 3.1.3)	✓
Hindernisse in der Verwaltung (Kann-Kriterium) (Punkt 3.1.4)	✓
Projektabhängige Eignungskriterien	
Investitionsvolumen (Kann-Kriterium) (Punkt 3.2.1)	✓
Leistungsbeschreibung / Outputspezifikation (Kann-Kriterium) (Punkt 3.2.2)	✓
Übertragung von Aufgaben (Kann-Kriterium) (Punkt 3.2.3)	✓
Finanzierbarkeit (Punkt 3.2.4)	✓
Finanzierungsbedarf und Haushaltsverträglichkeit (Muss-Kriterium) (Punkt 3.2.4.1)	✓
Finanzierung der Investitionskosten als Bestandteil des ÖPP-Modells (Kann-Kriterium) (Punkt 3.2.4.2)	✓
Einbindung von Fördermitteln / Förderdarlehen (Kann-Kriterium) (Punkt 3.2.4.3)	✓
Marktakzeptanz (Muss-Kriterium) (Punkt 3.2.5)	✓

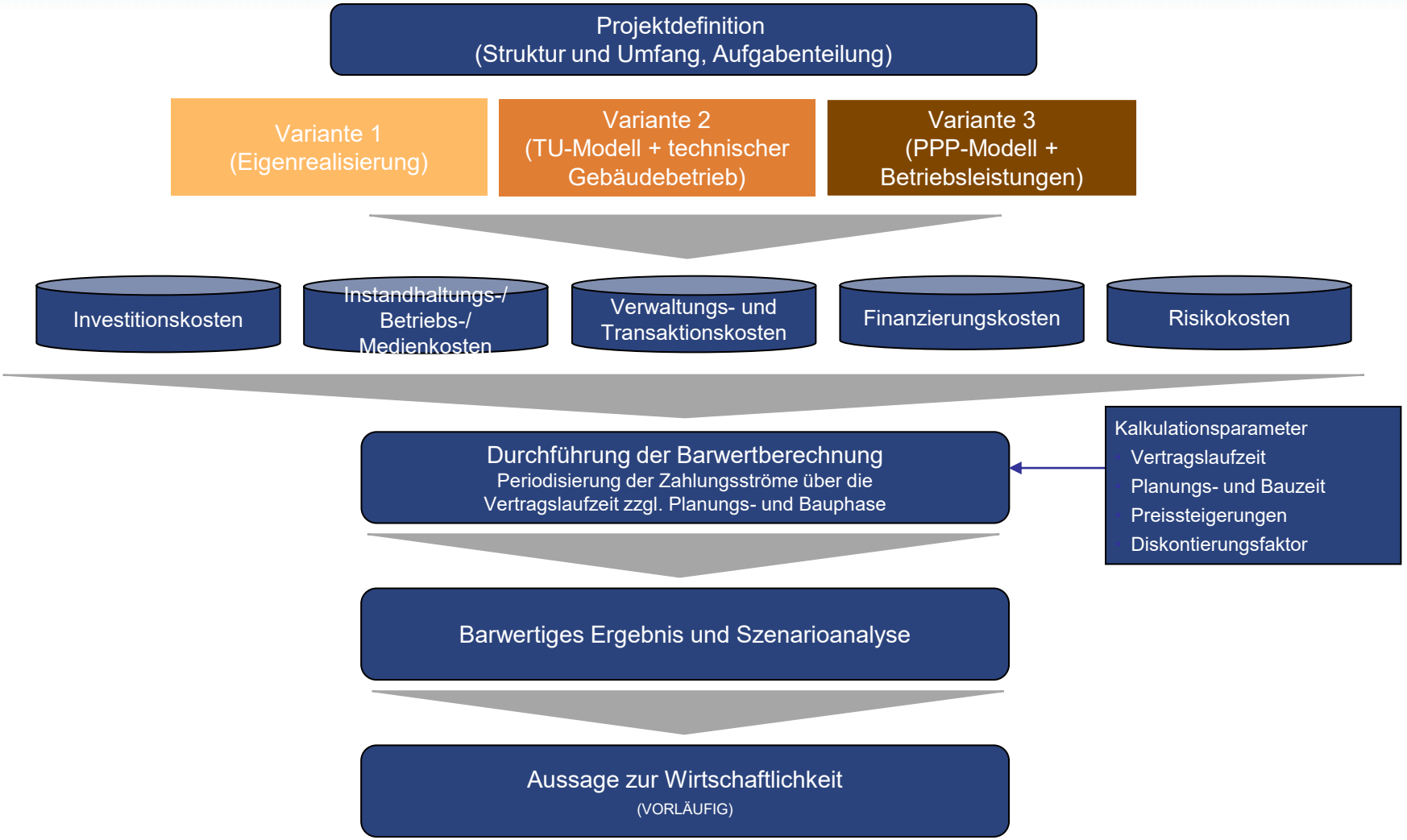
Ausgangssituation
Projektablaufphasen

Phase I	Bedarfsfeststellung, Finanzierbarkeit und Maßnahmenwirtschaftlichkeit Feststellung der Eignung als alternatives Beschaffungsmodell	Raum- und Funktionsprogramm unter Berücksichtigung der nutzerspezifischen Anforderungen
Phase II	Vorläufige Wirtschaftlichkeits-untersuchung und einleitender Vergabevermerk	Vorläufige Entscheidung, Voraussetzung für Beginn der Ausschreibung
Phase III	Erstellung Ausschreibungsunterlagen + Durchführung Vergabeverfahren	Planungswettbewerb und Identifizierung von Optimierungspotenzialen
Phase IV	Abschließender Wirtschaftlichkeits-nachweis + Vertragsunterzeichnung	Endgültige Entscheidung über Zuschlagserteilung und Vertragsunterzeichnung
Phase V	Planungs- und Bauphase + Projektcontrolling	Errichtung Gebäude und Qualitätssicherung bis zur Abnahme

Agenda

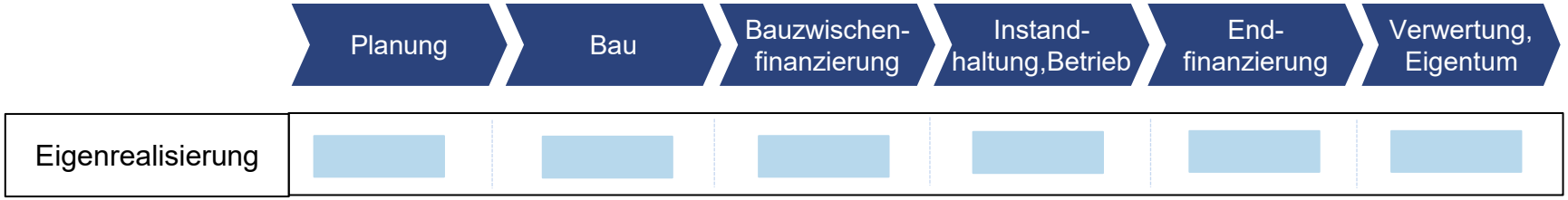
- Ausgangssituation und Eignungstest
- Grundlagen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Projektstruktur, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
- Eingangsdaten
- Ergebnisse
  - Realschule Sidonienstraße
  - Grundschule Broitzem
  - Grundschule Altmühlstraße
  - Grundschule Rühme
  - Schulsanierungspaket
  - Sensitivitäts-/Szenarioanalyse
- Fazit und Empfehlung

Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung



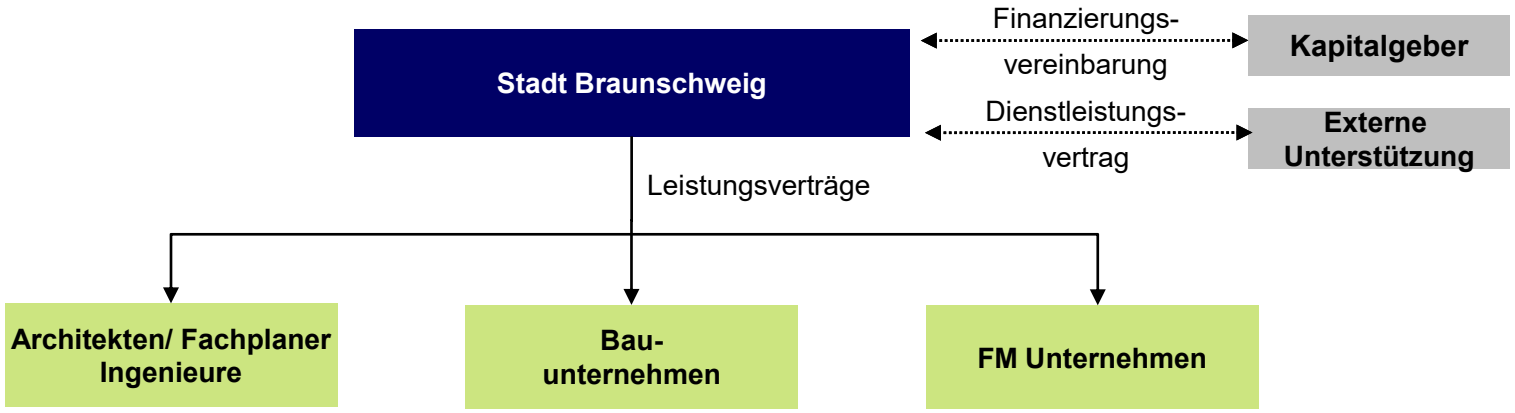
Die Durchführung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgt unter Berücksichtigung diverser Leitfäden der Länder und des Bundes.

Projektstruktur-, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
Variante 1: Eigenrealisierung

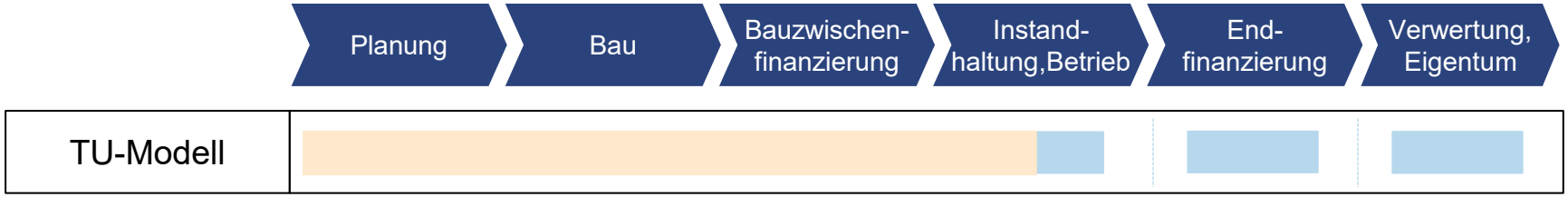


Leistungsübertragung

- Die Verantwortung liegt für alle Phasen des Lebenszyklus bei der öffentlichen Hand.
- Zur Erledigung einzelner Aufgaben wie Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb bedient sich die öffentliche Hand oftmals Unternehmen, wobei die Aufgabenübertragung stets auf einzelne Phasen beschränkt bleibt.
- Die Planung wird mittels Fachplanern und der Bau gewerkeweise ausgeschrieben.

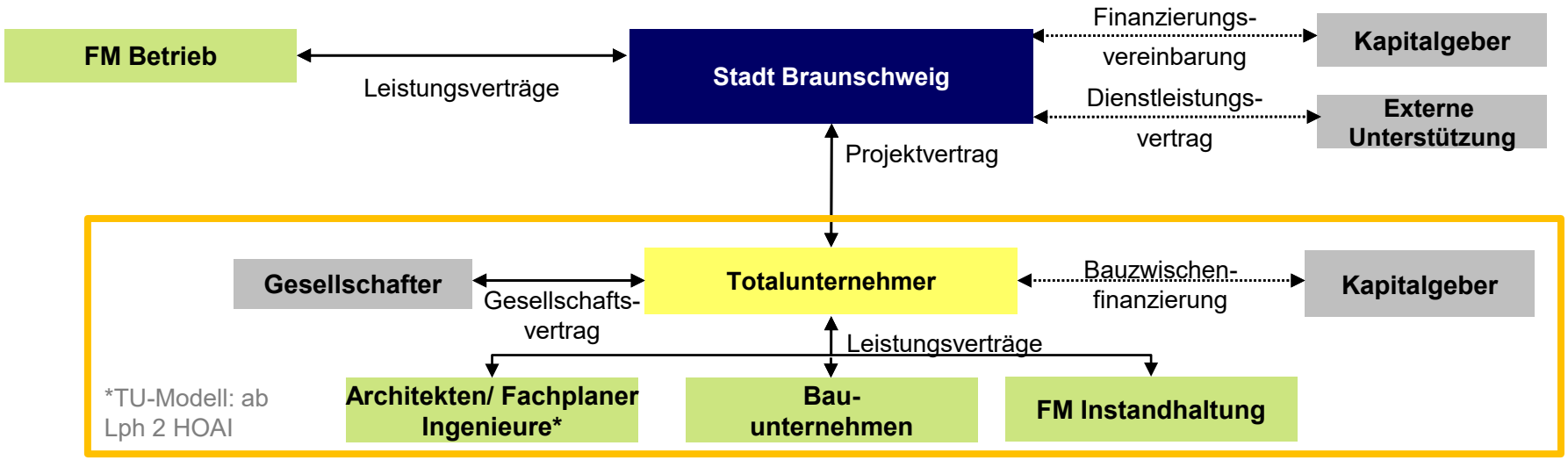


Projektstruktur-, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
Variante 2: Erweitertes TU-Modell + technischer Gebäudebetrieb

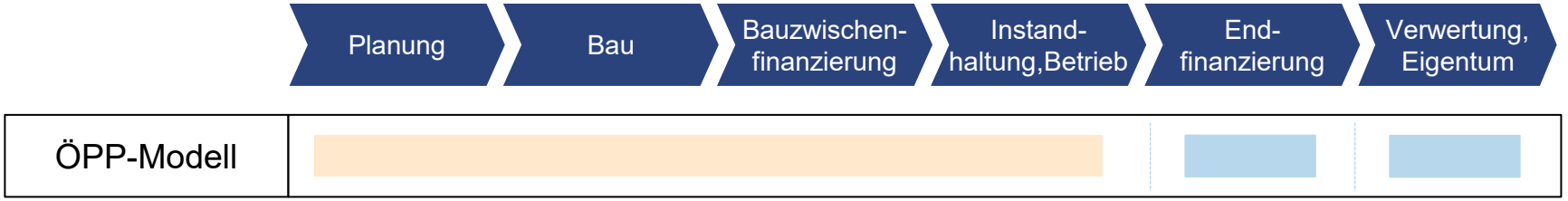


Leistungsübertragung

- Planung (i.d.R. ab Lph. 2 HOAI) und Bau werden auf einen privaten Partner (TU) übertragen. Ebenso die Instandhaltungsleistungen.
- Die Betriebsleistungen sowie die Bauzwischen- und Endfinanzierung werden nicht übertragen.
- Das Eigentum verbleibt beim Auftraggeber.

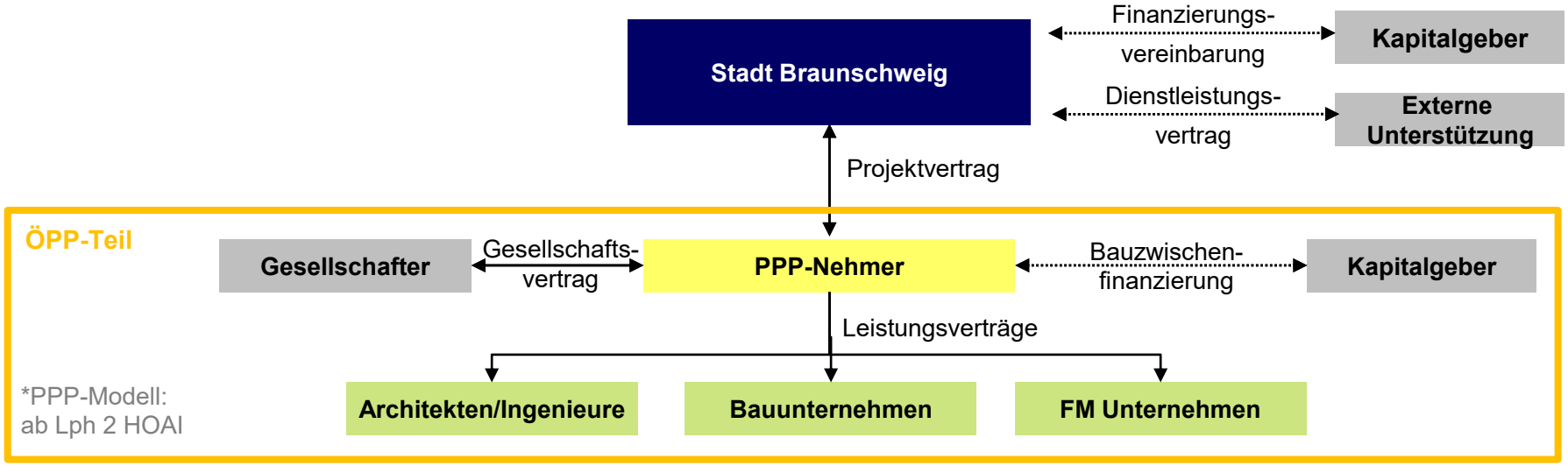


Projektstruktur-, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
Variante 3: ÖPP-Inhabermodell



Leistungsübertragung

- Planung (i.d.R. ab Lph. 2 HOAI), Bau sowie die Instandhaltungsleistungen und die Betriebsleistungen werden auf einen privaten Partner (PPP) übertragen.
- Die Bauzwischen- und Endfinanzierung verbleibt bei der Stadt Braunschweig.
- Das Eigentum verbleibt beim Auftraggeber.



Projektstruktur-, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
Vertragsmodell

Eigenrealisierung (Einzelgewerke)

Alternative Beschaffungsvarianten

Vertrags-/Lebenszyklusmodelle

Erwerbermodell	Leasingmodell	Mietmodell	Gesellschaftsmodell	Inhabermodell

Inhabermodell

- Nach dem Inhabermodell errichtet und betreibt ein privater Partner eine Immobilie. Die Stadt bleibt über den gesamten Zeitraum Eigentümer der Immobilie.
- Das Verwertungsrisiko trägt der Auftraggeber.
- Das Entgelt setzt sich zusammen aus einer gestundeten Werklohnforderung (Zins und Tilgung) und den betrieblichen Leistungsentgelten.

Projektstruktur-, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
Finanzierungsmodelle

Eigenrealisierung (Einzelgewerke)

↓

Alternative Beschaffungsvarianten

Finanzierungsmodelle

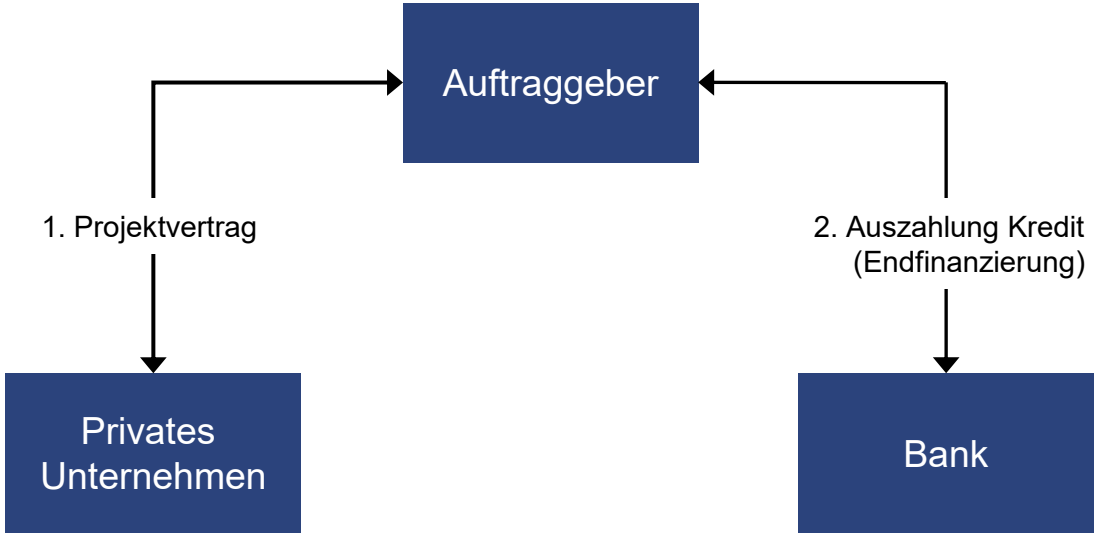
Eigene Finanzierung / Kommunalkredit	Einredefreie Forfaitierung	Projektfinanzierung

- Gemäß Abstimmung im Projektteam wird eine kommunale Finanzierung zugrunde gelegt, da hier die günstigsten Finanzierungskonditionen erreicht werden können.

151 von 238 in Zusammenstellung

Kommunale Finanzierung

- Während der Planungs- und Bauphase werden die Kosten (Planungs- und Bau-kosten sowie Kosten der Bauzwischenfinanzierung) in Abhängigkeit der Beschaffungsvariante vom Auftraggeber oder Auftragnehmer zwischenfinanziert.
- Die langfristige Finanzierung dieser Kosten erfolgt durch den Auftraggeber.
- Günstige Finanzierungskonditionen im Vergleich zu alternativen Finanzierungsmöglichkeiten.

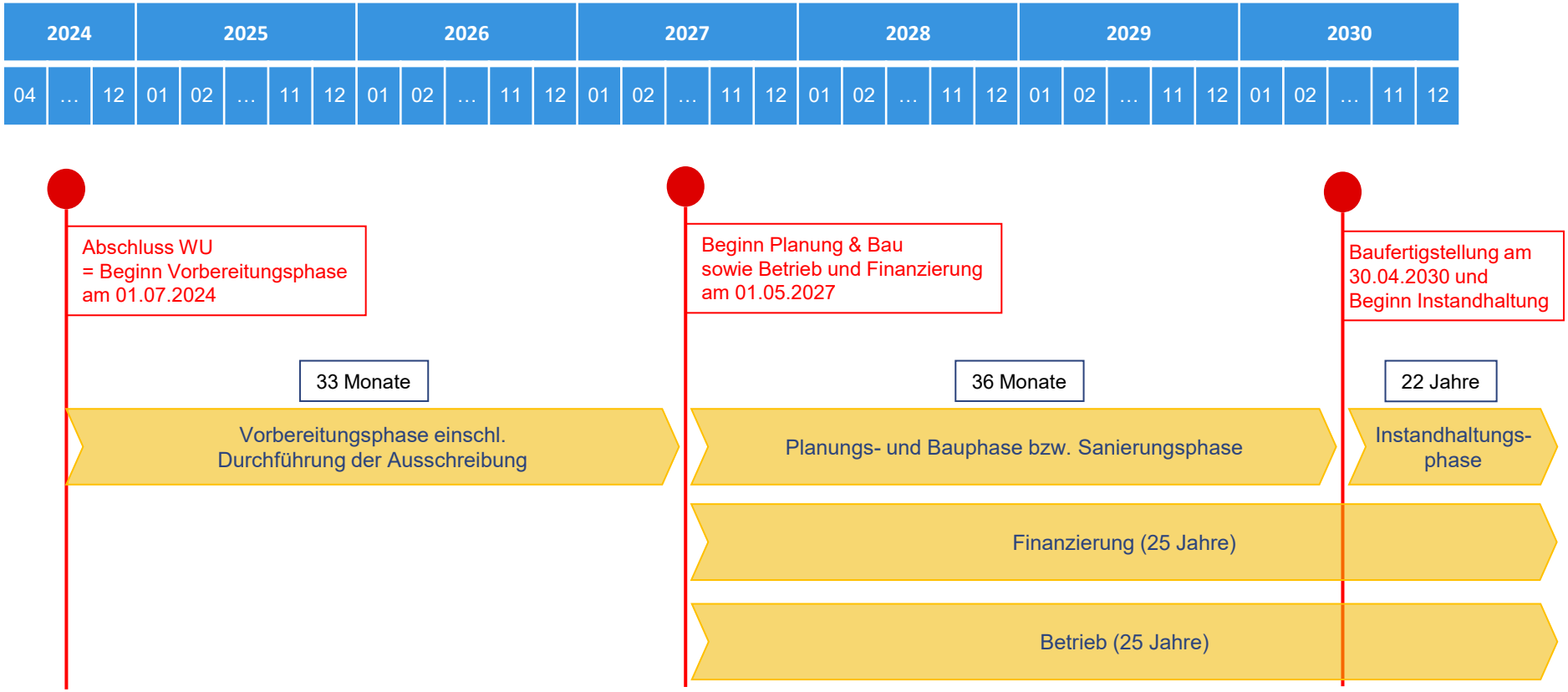


Agenda

- Ausgangssituation und Eignungstest
- Grundlagen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Projektstruktur, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
- **Eingangsdaten**
- Ergebnisse
  - Realschule Sidonienstraße
  - Grundschule Broitzem
  - Grundschule Altmühlstraße
  - Grundschule Rühme
  - Schulsanierungspaket
  - Sensitivitäts-/Szenarioanalyse
- Fazit und Empfehlung

153 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Zeitliche Rahmenparameter



Gemäß gemeinsamer Abstimmung mit der Stadt wird die Instandhaltungsphase über einen Zeitraum von 22 Jahren betrachtet, um ein gemeinsames Vertragsende mit dem Betriebszeitraum zu erreichen, der bereits mit der Planungs- und Bauphase beginnt (um Schnittstellenprobleme zu vermeiden) und über 25 Jahre erfolgen soll. Damit berücksichtigt der Zeitraum den Lebenszyklus der technischen Anlagen, sodass bereits während der Vertragslaufzeit ein Austausch stattfinden kann.

Eingangsdaten
Rahmenparameter der Indexierung und Diskontierung

Diskontierungszeitpunkt

- Diskontierungszeitpunkt ist der Entscheidungszeitpunkt (Ende der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung): 01.07.2024

Diskontierungszinssatz

- Zinsstrukturkurve der Bundesbank (Börsennotierte Bundeswertpapiere), Restlaufzeit 25 Jahre: 2,57 % p.a. (Stand: 04.04.2024).

Berücksichtigung der Preisentwicklung in Anlehnung an die Durchschnittswerte des Statistischen Bundesamtes bzw. Vorgaben der Stadt Braunschweig

- Indexierung Bau: 10,17% p.a.[1]
- Indexierung Instandhaltung: 5,45% p.a. (Ø letzte 10 Jahre)[2]
- Indexierung Betrieb und Personal: 2,31 % p.a. (Ø letzte 10 Jahre)[3]

Quelle:

Aktualisierung der Berechnungsmethodik der Stadt Braunschweig[1]

GENESIS-Online Datenbank, Code 61261, Preisindizes für die Bauwirtschaft[2]

Harmonisierter Verbraucherpreisindex für Deutschland[3]

Eingangsdaten
Flächen und Investitionskosten (Realschule Sidonienstraße)

Realschule Sidonienstraße	Erweiterung AUR + GTB	Erweiterung Mensa	Sanierung Sporthalle	Umbau und Sanierung Hauptgebäude + NTW-Trakt	Sanierung NTW-Trakt	Sanierung Hauptgebäude	Maßnahmen zur Klimaanpassung	Instandsetzung Schulgarten "Grünes Klassenzimmer"/ Instandsetzung Schulhof	Gesamt
100 Grundstück	- €	- €	- €	- €		- €		- €	- €
200 Herrichten und Erschließen	123.136 €	81.149 €							204.285,00 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion)	1.285.966 €	867.206 €	1.191.288 €						3.344.460,00 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen)	375.489 €	343.976 €	828.824 €	1.711.790 €	1.244.935 €	2.595.450 €			7.100.464,00 €
500 Außenanlagen	132.963 €	132.019 €							264.982,00 €
600 Ausstattung	54.828 €	94.472 €							149.300,00 €
700 Nebenkosten	591.715 €	455.647 €	606.034 €	513.537 €	373.481 €	778.635 €			3.319.049,00 €
Maßnahmen zur Inklusion			131.307 €						131.307,00 €
Investitionskosten, Brutto	**2.564.097 €**	**1.974.469 €**	**2.757.453 €**	**2.225.327 €**	**1.618.416 €**	**3.374.085 €**	**535.200 €**	**71.200 €**	**15.120.247 €**
5%/10% Sicherheiten	128.205 €	98.723 €	275.745 €	222.533 €	161.842 €	337.408 €			1.224.456,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	1.318.598 €	1.015.497 €	1.485.730 €	1.199.018 €	872.011 €	1.817.975 €			7.708.829,00 €
Rundung									468,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**4.010.900 €**	**3.088.689 €**	**4.518.928 €**	**3.646.878 €**	**2.652.269 €**	**5.529.468 €**	**535.200 €**	**71.200 €**	**24.054.000 €**

- Basis für die Investitionskosten bildet die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig. Die Kostenberechnung legt folgende Flächen zugrunde:
  - BGF der Realschule Sidonienstraße: 9.243 m²
- Die Kostenberechnung wurde von der Stadt Braunschweig auf den aktuellen Kostenstand 12/2026 hochindexiert mit dem Preisindex Baukosten in Höhe von 10,48% und enthält bereits einen Sicherheitenaufschlag.
- Kostenstand aller Varianten ist jeweils der 31.12.2026, sodass ab dem 01.01.2027 bis Baufertigstellung weiter indexiert wird.

Eingangsdaten
Flächen und Investitionskosten (Grundschule Broitzem)

ISV Grundschule Broitzem	Erweiterung FUR + GTB	Erweiterung Mensa	Sanierung Sporthalle	Sanierung Vereinsheim	Umbau und Sanierung Schulgebäude a	Umbau und Sanierung Schulgebäude b	Maßnahmen zur Klimaanpassung	Gesamt
100 Grundstück	- €	- €	- €	- €		- €		- €
200 Herrichten und Erschließen	60.416 €	59.113 €						119.529,00 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion)	1.113.376 €	631.715 €	904.268 €	59.387 €				2.708.745,86 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen)	325.094 €	250.568 €	719.107 €	206.100 €	521.371 €	1.072.490 €		3.094.730,15 €
500 Außenanlagen	157.131 €	96.169 €			75.000 €			328.300,00 €
600 Ausstattung	47.470 €	68.818 €						116.288,00 €
700 Nebenkosten	511.046 €	331.915 €	487.013 €	79.646 €	178.911 €	321.747 €		1.910.278,00 €
Maßnahmen zur Inklusion			105.519 €	17.257 €				122.776,00 €
Investitionskosten, Brutto	**2.214.533 €**	**1.438.298 €**	**2.215.907 €**	**362.390 €**	**775.282 €**	**1.394.237 €**		**8.400.647 €**
5%/10% Sicherheiten	110.727 €	71.915 €	221.591 €	36.239 €	77.528 €	139.424 €		657.424,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	1.133.340 €	741.587 €	1.193.943 €	195.256 €	417.507 €	751.268 €		4.432.901,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**3.458.600 €**	**2.251.800 €**	**3.631.441 €**	**593.885 €**	**1.270.317 €**	**2.284.929 €**		**13.490.972 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung							855.700 €	855.700 €
Rundung								328 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**3.458.600 €**	**2.251.800 €**	**3.631.441 €**	**593.885 €**	**1.270.317 €**	**2.284.929 €**	**855.700 €**	**14.347.000 €**

- Basis für die Investitionskosten bildet die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig. Die Kostenberechnung legt folgende Flächen zugrunde:
  - BGF der Grundschule Broitzem: 5.622 m²
- Die Kostenberechnung wurde von der Stadt Braunschweig auf den aktuellen Kostenstand 12/2026 hochindexiert mit dem Preisindex Baukosten in Höhe von 10,48% und enthält bereits einen Sicherheitenaufschlag.
- Kostenstand aller Varianten ist jeweils der 31.12.2026, sodass ab dem 01.01.2027 bis Baufertigstellung weiter indexiert wird.

Eingangsdaten
Flächen und Investitionskosten (Grundschule Altmühlstraße)

ISV Grundschule Altmühlstraße	Sanierung und Umwidmungen Schulgebäude	Sanierung Schulgebäude	Sanierung Sporthalle	Maßnahmen zur Klimaanpassung	Gesamt
100 Grundstück	- €	- €	- €		- €
200 Herrichten und Erschließen					- €
300 Bauwerk (Baukonstruktion)			966.937 €		966.936,88 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen)	2.547.003 €	4.391.762 €	485.386 €		7.424.150,53 €
500 Außenanlagen					- €
600 Ausstattung					- €
700 Nebenkosten	764.101 €	1.317.529 €	587.307 €		2.668.937,00 €
Maßnahmen zur Inklusion			72.616 €		72.616,00 €
Maßnahmen Brandschutz und Datennetz			432.753 €		432.753,00 €
Investitionskosten, Brutto	**3.311.104 €**	**5.709.291 €**	**2.544.998 €**		**11.565.393 €**
5%/10% Sicherheiten	331.110 €	570.929 €	254.500 €		1.156.539,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	1.784.040 €	3.076.196 €	1.371.258 €		6.231.494,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**5.426.254 €**	**9.356.416 €**	**4.170.756 €**		**18.953.426 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung				271.100 €	271.100 €
Rundung					1.674 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**5.426.254 €**	**9.356.416 €**	**4.170.756 €**	**271.100 €**	**19.226.200 €**

- Basis für die Investitionskosten bildet die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig. Die Kostenberechnung legt folgende Flächen zugrunde:
  - BGF der Grundschule Altmühlstraße: 8.415 m²
- Die Kostenberechnung wurde von der Stadt Braunschweig auf den aktuellen Kostenstand 12/2026 hochindexiert mit dem Preisindex Baukosten in Höhe von 10,48% und enthält bereits einen Sicherheitenaufschlag.
- Kostenstand aller Varianten ist jeweils der 31.12.2026, sodass ab dem 01.01.2027 bis Baufertigstellung weiter indexiert wird.

Eingangsdaten
Flächen und Investitionskosten (Grundschule Rühme)

ISV Grundschule Rühme	Sanierung Schulgebäude	Sanierung Sporthalle	Gesamt
100 Grundstück	- €	- €	- €
200 Herrichten und Erschließen			- €
300 Bauwerk (Baukonstruktion)	2.706.710 €	340.809 €	3.047.518,86 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen)	1.307.772 €	288.856 €	1.596.627,76 €
500 Außenanlagen	652.500 €		652.500,00 €
600 Ausstattung			- €
700 Nebenkosten	2.060.282 €	305.711 €	2.365.993,00 €
Maßnahmen zur Inklusion	233.349 €	31.483 €	264.832,00 €
Maßnahmen Brandschutz und Datennetz	1.582.920 €	357.888 €	1.940.808,00 €
Kosten Herrichtung Küche/Küchentechnik	108.160 €		108.160,00 €
Kosten Neubau Aufzug + Erweiterung Küche	276.197 €		276.197,00 €
Investitionskosten, Brutto	**8.927.890 €**	**1.324.747 €**	**10.252.637 €**
5%/10% Sicherheiten	892.789 €	132.475 €	1.025.264,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	4.810.394 €	713.782 €	5.524.176,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**14.631.073 €**	**2.171.004 €**	**16.802.077 €**
Kosten Umbau und Sanierung	1.734.630 €		
Kosten Sanierung	12.896.443 €		
Zwischensumme, Brutto	**14.631.073 €**	**2.171.004 €**	**16.802.077 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung	101.800 €	50.900 €	152.700 €
Rundung			225 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**14.732.873 €**	**2.221.904 €**	**16.955.002 €**

- Basis für die Investitionskosten bildet die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig. Die Kostenberechnung legt folgende Flächen zugrunde:
  - BGF der Grundschule Rühme: 4.441 m²
- Die Kostenberechnung wurde von der Stadt Braunschweig auf den aktuellen Kostenstand 12/2026 hochindexiert mit dem Preisindex Baukosten in Höhe von 10,48% und enthält bereits einen Sicherheitenaufschlag.
- Kostenstand aller Varianten ist jeweils der 31.12.2026, sodass ab dem 01.01.2027 bis Baufertigstellung weiter indexiert wird.

Eingangsdaten
Effizienzen

Gemäß nachstehender Literaturquellen wird davon ausgegangen, dass sich im vorliegenden Sanierungsprojekt Effizienzen in den alternativen Beschaffungsvarianten in den Kostengruppen 300, 400 und 700 in Höhe von ca. 10% bilden können.

Literaturquellen

- Eine Auswertung von Quellen bezüglich realisierter Kostenunterschiede zwischen öffentlicher und privater Realisierung im Hochbaubereich zeigt, dass Einsparungen bei alternativen Beschaffungsformen gegenüber der Eigenrealisierung möglich sind.

  Bundesgutachten PPP im öffentlichen Hochbau, Band IV

  Auswertung von 46 Projekten, Investitionen durchschnittlich 20,0% günstiger

  Leitfaden NRW Finanzministerium, Evaluierung der Wirtschaftlichkeitsvergleiche der ersten PPP-Pilotprojekte im öffentlichen Hochbau

  Effizienzvorteil 6,2 – 15,2%. Wirtschaftlichkeitsnachweis (basiert auf bundesweiten ÖPP-Projekten)

  Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des BMVBS sowie PPP-Task-Force NRW, "PPP und Mittelstand – Untersuchung von 30 ausgewählten PPP-Hochbauprojekten in Deutschland“

  Gesamteffizienz von 5,0 – 25,0% bei Vertragsschluss

Diese Einsparungen beruhen vorrangig auf dem Eigeninteresse des Privaten an optimierten Kosten und seinen gegenüber den Möglichkeiten öffentlicher Auftraggeber abweichenden Formen der Beschaffung, die sich in insgesamt 10 möglichen Effizienzursachen manifestieren (vgl. nachstehende Folie).

Eingangsdaten
Effizienzen

Mögliche Ursachen für Effizienzen	Projekt
• Privater ist flexibler im Vergabeprozess	✓
• Weniger Schnittstellen und somit besserer Planungs- und Bauablauf durch Leistungserbringung „aus einer Hand“	✓
• Größerer Optimierungsspielraum für Privaten bei Planung und Bau aus einer Hand	X
• Einsatz wirtschaftlicherer Bauverfahren und technischer Lösungen bei ergebnisorientierter Leistungsbeschreibung	✓
• Reduzierung des Bauvolumens durch Optimierung der Flächenplanung	X
• Leistungs- und anreizorientiertes Baumanagement	✓
• Positive Skaleneffekte (Nutzung von Erfahrungswerten, Rabatten, Synergien, etc.)	✓
• Weniger Nachträge aufgrund intensiver Vorarbeit im Rahmen der Ausschreibung und größerer Disziplin während der Planungs- und Bauphase bei allen Beteiligten	✓
• Kürzere Bauzeiten und damit kürzere Vorhaltezeiten für Baustelleneinrichtung, Geräte und Personal	X
• Übertragung von Leistungsbereichen Planung, Bau, Betrieb	✓

Von den 10 möglichen Effizienzursachen treffen auf das vorliegende Sanierungsprojekt 7 mögliche Effizienzursachen zu, was einem Anteil von 70% entspricht. Wird der Anteil von 70% auf den gemäß den Literaturquellen grundsätzlich angenommenen 10%-Vorteil angewendet, ergibt sich ein Effizienzvorteil in Höhe von 7,00% für das vorliegende Sanierungsprojekt.

Eingangsdaten
Investitionskosten inkl. Effizienzen (Realschule Sidonienstraße)

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Planungs- und Baukosten Realschule Sidonienstraße (brutto)			
100 Grundstück	0 €	0 €	0 €
200 Herrichten und Erschließen	204.285 €	204.285 €	204.285 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion) inkl. Effizienzen	3.344.460 €	3.110.348 €	3.110.348 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen) inkl. Effizienzen	7.100.464 €	6.603.432 €	6.603.432 €
500 Außenanlagen	264.982 €	264.982 €	264.982 €
600 Ausstattung	149.300 €	149.300 €	149.300 €
700 Nebenkosten inkl. Effizienzen	3.319.049 €	3.086.716 €	3.086.716 €
Maßnahmen zur Inklusion	131.307 €	131.307 €	131.307 €
Investitionskosten, Brutto	**14.513.847 €**	**13.550.369 €**	**13.550.369 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung	535.200 €	535.200 €	535.200 €
Instandsetzung Schulgarten/ Schulhof	71.200 €	71.200 €	71.200 €
5%/10% Sicherheiten	1.224.456 €	1.224.456 €	1.224.456 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	7.708.829 €	7.708.829 €	7.708.829 €
Rundung	468 €	468 €	468 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**24.054.000 €**	**23.090.522 €**	**23.090.522 €**

Eingangsdaten
Investitionskosten inkl. Effizienzen (Grundschule Broitzem)

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Planungs- und Baukosten Grundschule Broitzem (brutto)			
100 Grundstück	0,00 €	0,00 €	0,00 €
200 Herrichten und Erschließen	119.529,00 €	119.529,00 €	119.529,00 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion) inkl. Effizienzen	2.708.745,86 €	2.519.133,65 €	2.519.133,65 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen) inkl. Effizienzen	3.094.730,15 €	2.878.099,04 €	2.878.099,04 €
500 Außenanlagen	328.300,00 €	328.300,00 €	328.300,00 €
600 Ausstattung	116.288,00 €	116.288,00 €	116.288,00 €
700 Nebenkosten inkl. Effizienzen	1.910.278,00 €	1.776.558,54 €	1.776.558,54 €
Maßnahmen zur Inklusion	122.776,00 €	122.776,00 €	122.776,00 €
Investitionskosten, Brutto	**8.400.647,01 €**	**7.860.684,23 €**	**7.860.684,23 €**
5%/10% Sicherheiten	657.424,00 €	657.424,00 €	657.424,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	4.432.901,00 €	4.432.901,00 €	4.432.901,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**13.490.972,01 €**	**13.490.972,01 €**	**13.490.972,01 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung	855.700,00 €	855.700,00 €	855.700,00 €
Rundung	328,00 €	328,00 €	328,00 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**14.347.000,01 €**	**13.807.037,23 €**	**13.807.037,23 €**

Eingangsdaten
Investitionskosten inkl. Effizienzen (Grundschule Altmühlstraße)

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Planungs- und Baukosten Grundschule Altmühlstraße (brutto)			
100 Grundstück	0,00 €	0,00 €	0,00 €
200 Herrichten und Erschließen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion) inkl. Effizienzen	966.936,88 €	899.251,30 €	899.251,30 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen) inkl. Effizienzen	7.424.150,53 €	6.904.459,99 €	6.904.459,99 €
500 Außenanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
600 Ausstattung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
700 Nebenkosten inkl. Effizienzen	2.668.937,00 €	2.482.111,41 €	2.482.111,41 €
Maßnahmen zur Inklusion	72.616,00 €	72.616,00 €	72.616,00 €
Maßnahmen Brandschutz und Datennetz	432.753,00 €	432.753,00 €	432.753,00 €
Investitionskosten, Brutto	**11.565.393,41 €**	**10.791.191,70 €**	**10.791.191,70 €**
5%/10% Sicherheiten	1.156.539,00 €	1.156.539,00 €	1.156.539,00 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	6.231.494,00 €	6.231.494,00 €	6.231.494,00 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**18.953.426,41 €**	**18.179.224,70 €**	**18.179.224,70 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung	271.100,00 €	271.100,00 €	271.100,00 €
Rundung	1.674,00 €	1.674,00 €	1.674,00 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**19.226.200,41 €**	**18.451.998,70 €**	**18.451.998,70 €**

Eingangsdaten
Investitionskosten inkl. Effizienzen (Grundschule Rühme)

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Planungs- und Baukosten Grundschule Rühme (brutto)			
100 Grundstück	0 €	0 €	0 €
200 Herrichten und Erschließen	0 €	0 €	0 €
300 Bauwerk (Baukonstruktion) inkl. Effizienzen	3.047.519 €	2.834.193 €	2.834.193 €
400 Bauwerk (Technischen Anlagen) inkl. Effizienzen	1.596.628 €	1.484.864 €	1.484.864 €
500 Außenanlagen	652.500 €	652.500 €	652.500 €
600 Ausstattung	0 €	0 €	0 €
700 Nebenkosten inkl. Effizienzen	2.365.993 €	2.200.373 €	2.200.373 €
Maßnahmen zur Inklusion	264.832 €	264.832 €	264.832 €
Maßnahmen Brandschutz und Datennetz	1.940.808 €	1.940.808 €	1.940.808 €
Kosten Herrichtung Küche/Küchentechnik	108.160 €	108.160 €	108.160 €
Kosten Neubau Aufzug + Erweiterung Küche	276.197 €	276.197 €	276.197 €
Investitionskosten, Brutto	**10.252.637 €**	**9.761.927 €**	**9.761.927 €**
5%/10% Sicherheiten	1.025.264 €	1.025.264 €	1.025.264 €
Indexierung (10,48% p.a.) bis einschl. 2026	5.524.176 €	5.524.176 €	5.524.176 €
vorl. Gesamtkosten, Brutto	**16.802.077 €**	**16.311.367 €**	**16.311.367 €**
Maßnahmen zur Klimaanpassung	152.700 €	152.700 €	152.700 €
Rundung	225 €	225 €	225 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**16.955.002 €**	**16.464.292 €**	**16.464.292 €**

Eingangsdaten
Investitionskosten Zusatzkosten

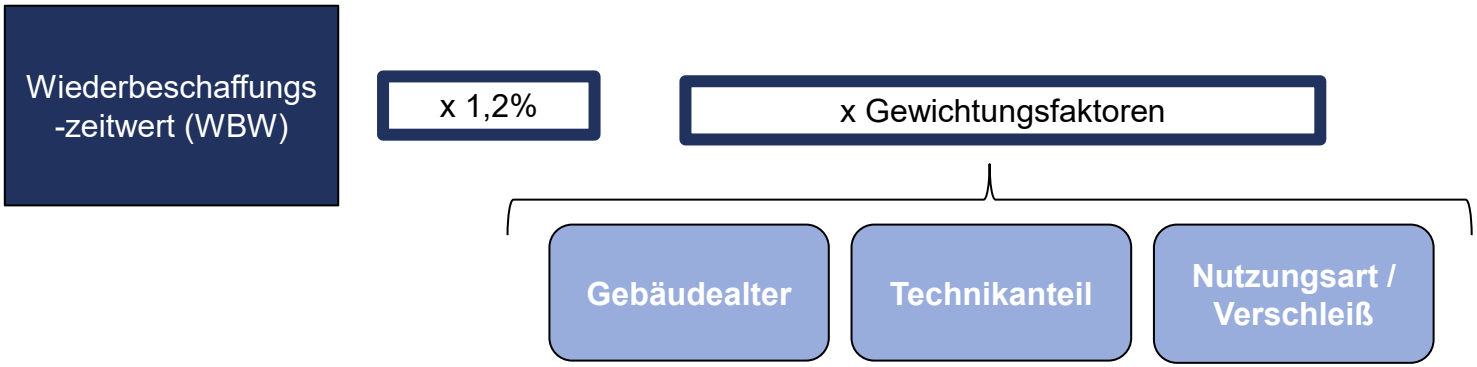
Die Stadt Braunschweig erwartet in der Kostengruppe 200 „Herrichten und Erschließen“ weitere Baukosten im Zusammenhang mit den Grundleitungen. Diese zusätzlichen Kosten können von der Stadt Braunschweig derzeit aufgrund fehlender Ergebnisse nicht konkret beziffert werden, sind jedoch im späteren Verfahrensablauf zu berücksichtigen.

Da die zusätzlichen Kosten in allen Varianten in gleicher Höhe anfallen, sind die Kosten als variantenneutral zu bewerten und haben keinen Einfluss auf die Rangfolge. Lediglich die Gesamtsumme würde sich in den gleichen Relationen wie aktuell vorliegend erhöhen. Aus diesem Grund wurden für die vorliegende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung keine Annahmen getroffen.

Eingangsdaten
Instandhaltung

Methodik zur Ermittlung der Instandhaltungskosten

- Die Kosten fallen jährlich über einen Zeitraum von rund 22 Jahren (Instandhaltungsphase) an.
- Die Kosten werden im Berechnungsmodell jährlich indexiert.
- Die Instandhaltungskosten wurden anhand der Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) ermittelt:
  - Kostenrichtwert nach der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) auf Wiederbeschaffungswert (WBW = Investitionskosten) für werterhaltende Instandhaltung = 1,2%
  - Berücksichtigung weiterer Faktoren: Gebäudealter, Technikanteil, Nutzungsart/Verschleiß



- 14% Personalkosten auf jährliches Instandhaltungsbudget; 20% auf Personalkosten für Sach- und Gemeinkosten gem. Empfehlungen KGSt in der Variante Eigenrealisierung. In den alternativen Beschaffungsvarianten wurden verminderte (hälftige) Ansätze gewählt, die insbesondere auf der Möglichkeit des privaten Partners beruhen, die Overhead-Kosten auf eine Vielzahl an Projekten zu verteilen.
- Zzgl. Kosten für Bedienung nach fm.benchmarking Bericht 2023

167 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Instandhaltung

Methodik zur Ermittlung der Instandhaltungskosten

- Die Gewichtungsfaktoren wurden wie folgt in Ansatz gebracht:
  - Gebäudealter 22 Jahre = 0,73
    - Durchschnitt Jahr 1-10 = 0,4
    - Durchschnitt Jahr 11-22 = 1,0
  - Nutzungsbedingter Verschleiß (Kategorie Schulgebäude) = 1,1
  - Technikfaktor in Abhängigkeit des Schulstandortes, da die Standorte unterschiedlich hohe Anteile der KG 400 am Gesamtinvest aufweisen:
    - Technikfaktor Realschule Sidonienstraße (Technikanteil 47%) = 1,4
    - Technikfaktor Grundschule Broitzem (Technikanteil 37%) = 1,2
    - Technikfaktor Grundschule Altmühlstraße (Technikanteil 64%) = 1,5
    - Technikfaktor Grundschule Rühme (Technikanteil 16%) = 0,8

Quelle:
Bahr, Carolin (2008): Realdatenanalyse zum Instandhaltungsaufwand öffentlicher Hochbauten. Ein Beitrag zur Budgetierung. Erschienen in Karlsruher Reihe Bauwirtschaft, Immobilien und Facility Management. Band 2. Universität Karlsruhe (TH), Institut für Technologie und Management im
Baubetrieb.

Eingangsdaten
Instandhaltung (Realschule Sidonienstraße)

Instandhaltungskosten p.a.	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
Grundwert	1,2%	1,2%	1,2%
x Technikfaktor	1,4	1,4	1,4
x Gebäudealter	0,73	0,73	0,73
x Nutzungsbedingter Verschleiß	1,1	1,1	1,1
= Multiplikator Werterhalt	1,34%	1,34%	1,34%
x Wiederbeschaffungswert Gebäude (brutto)	15.120.715 €	15.120.715 €	15.120.715 €
= Instandhaltungskosten p.a. [€] ohne Personal-, Sach- und Gemeinschaftskosten	**203.222 €**	**203.222 €**	**203.222 €**
+ Personalkosten (xx % der Instandhaltungskosten p.a.)	28.451 €	14.226 €	14.226 €
+ Sachkosten (xx % der Personalkosten)	2.845 €	711 €	711 €
+ Gemeinkosten (xx % der Personalkosten)	2.845 €	711 €	711 €
+ Kosten für Bedienung	5.267 €	5.267 €	5.267 €
Instandhaltungskosten p.a. 1-22 [€]	242.631 €	224.138 €	224.138 €

xx% (Personalkosten) = 15% in der Variante Eigenrealisierung und 7,5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

xx% (Sach- und Gemeinkosten) = 10% in der Variante Eigenrealisierung und 5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

Eingangsdaten
Instandhaltung (Grundschule Broitzem)

Instandhaltungskosten p.a.	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
Grundwert	1,2%	1,2%	1,2%
x Technikfaktor	1,2	1,2	1,2
x Gebäudealter	0,73	0,73	0,73
x Nutzungsbedingter Verschleiß	1,1	1,1	1,1
= Multiplikator Werterhalt	1,15%	1,15%	1,15%
x Wiederbeschaffungswert Gebäude (brutto)	9.256.675 €	9.256.675 €	9.256.675 €
= Instandhaltungskosten p.a. [€] ohne Personal-, Sach- und Gemeinschaftskosten	**106.637 €**	**106.637 €**	**106.637 €**
+ Personalkosten (xx % der Instandhaltungskosten p.a.)	14.929 €	7.465 €	7.465 €
+ Sachkosten (xx % der Personalkosten)	1.493 €	373 €	373 €
+ Gemeinkosten (xx % der Personalkosten)	1.493 €	373 €	373 €
+ Kosten für Bedienung	7.732 €	7.732 €	7.732 €
Instandhaltungskosten p.a. 1-22 [€]	132.284 €	122.580 €	122.580 €

xx% (Personalkosten) = 15% in der Variante Eigenrealisierung und 7,5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

xx% (Sach- und Gemeinkosten) = 10% in der Variante Eigenrealisierung und 5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

Eingangsdaten
Instandhaltung (Grundschule Altmühlstraße)

Instandhaltungskosten p.a.	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
Grundwert	1,2%	1,2%	1,2%
x Technikfaktor	1,5	1,5	1,5
x Gebäudealter	0,73	0,73	0,73
x Nutzungsbedingter Verschleiß	1,1	1,1	1,1
= Multiplikator Werterhalt	1,44%	1,44%	1,44%
x Wiederbeschaffungswert Gebäude (brutto)	11.838.167 €	11.838.167 €	11.838.167 €
= Instandhaltungskosten p.a. [€] ohne Personal-, Sach- und Gemeinschaftskosten	**170.470 €**	**170.470 €**	**170.470 €**
+ Personalkosten (xx % der Instandhaltungskosten p.a.)	23.866 €	11.933 €	11.933 €
+ Sachkosten (xx % der Personalkosten)	2.387 €	597 €	597 €
+ Gemeinkosten (xx % der Personalkosten)	2.387 €	597 €	597 €
+ Kosten für Bedienung	11.243 €	11.243 €	11.243 €
Instandhaltungskosten p.a. 1-22 [€]	210.352 €	194.839 €	194.839 €

xx% (Personalkosten) = 15% in der Variante Eigenrealisierung und 7,5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

xx% (Sach- und Gemeinkosten) = 10% in der Variante Eigenrealisierung und 5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

Eingangsdaten
Instandhaltung (Grundschule Rühme)

Instandhaltungskosten p.a.	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
Grundwert	1,2%	1,2%	1,2%
x Technikfaktor	0,8	0,8	0,8
x Gebäudealter	0,73	0,73	0,73
x Nutzungsbedingter Verschleiß	1,1	1,1	1,1
= Multiplikator Werterhalt	0,77%	0,77%	0,77%
x Wiederbeschaffungswert Gebäude (brutto)	10.405.562 €	10.405.562 €	10.405.562 €
= Instandhaltungskosten p.a. [€] ohne Personal-, Sach- und Gemeinschaftskosten	**79.915 €**	**79.915 €**	**79.915 €**
+ Personalkosten (xx % der Instandhaltungskosten p.a.)	11.188 €	5.594 €	5.594 €
+ Sachkosten (xx % der Personalkosten)	1.119 €	280 €	280 €
+ Gemeinkosten (xx % der Personalkosten)	1.119 €	280 €	280 €
+ Kosten für Bedienung	5.937 €	5.937 €	5.937 €
Instandhaltungskosten p.a. 1-22 [€]	99.278 €	92.006 €	92.006 €

xx% (Personalkosten) = 15% in der Variante Eigenrealisierung und 7,5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

xx% (Sach- und Gemeinkosten) = 10% in der Variante Eigenrealisierung und 5% in den alternativen Beschaffungsvarianten

Eingangsdaten
Betriebs- und Medienkosten

Die Betriebs- und Medienkosten wurden für die jeweiligen Standorte mittels des fm.Benchmarking Berichts 2023 ermittelt und weisen den Kostenstand 01.01.2023 aus.

Die Betriebs- und Medienkosten sind BGF-bezogen und unterscheiden sich daher von Schulstandort zu Schulstandort, da die vier Schulstandorte Sidonienstraße, Broitzem, Altmühlstraße und Rühme unterschiedliche BGFs aufweisen.

Dabei wurde die BGF für Sporthallen in der fm.Benchmarking Objektkategorie „Sport- und Mehrzweckhallen“ angesetzt und die BGF für Schulgebäude in der fm.Benchmarking Objektkategorie „Unterrichtsgebäude“.

In Variante 1 (Eigenrealisierung) und Variante 2 (Totalunternehmer-Modell mit technischem Gebäudebetrieb) erfolgt die Erbringung der infrastrukturellen Betriebsleistungen und Medienversorgung durch die Stadt Braunschweig. In der Variante 3 (ÖPP-Inhabermodell) wird diese Lebenszyklusphase ebenfalls auf den privaten Partner übertragen. Innerhalb der jeweiligen Standorte werden jedoch keine unterschiedlichen Kostenansätze in den Beschaffungsvarianten verwendet; die Differenzierung zwischen den Beschaffungsvarianten erfolgt über die Risikoaufschläge Betrieb.

173 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Betriebs- und Medienkosten standortbezogen

Betriebs- und Medienkosten	Realschule Sidonienstraße	Grundschule Broitzem	Grundschule Altmühlstraße	Grundschule Rühme	Gesamt
Hausmeister p.a.	40.357,52 €	24.065,57 €	37.281,03 €	19.660,12 €	121.364,24 €
Pflege und Reinigung Gebäude inkl. Müllentsorgung p.a.	183.080,29 €	103.236,17 €	175.764,64 €	92.508,67 €	554.589,77 €
Pflege und Reinigung Außenanlage p.a.	33.802,22 €	23.716,65 €	27.242,99 €	14.474,91 €	99.236,78 €
Energiemanagement p.a.	3.604,15 €	2.355,22 €	3.098,93 €	1.640,49 €	10.698,79 €
Winterdienst p.a.	1.257,58 €	5.014,10 €	7.330,67 €	3.870,81 €	17.473,16 €
Sicherungsdienst p.a.	15.392,14 €	10.488,49 €	12.753,34 €	6.765,33 €	45.399,30 €
Objektmanagement (Vertragswesen, Störfallmanagement) p.a.	23.492,04 €	13.659,05 €	22.092,17 €	11.639,65 €	70.882,91 €
Versicherungen p.a.	6.493,24 €	4.053,21 €	5.795,51 €	3.061,77 €	19.403,74 €
Wärmeenergie p.a.	37.410 €	36.450 €	43.819 €	30.651 €	148.329,75 €
Elektroenergie p.a.	22.000 €	28.410 €	29.053 €	10.914 €	90.376,87 €
Wasser p.a.	2.081 €	1.228 €	5.833 €	1.618 €	10.760,29 €
Gesamtinvestitionskosten, Brutto	**368.970 €**	**252.677 €**	**370.064 €**	**196.805 €**	**1.188.516 €**

174 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Transaktions- und Verwaltungskosten (Vorbereitungsphase)

In der wirtschaftlichen Bewertung der Beschaffungsvarianten sind Transaktions- und Verwaltungskosten zu berücksichtigen, die bei der öffentlichen Verwaltung ab dem Zeitpunkt der Entscheidung für eine Ausschreibung anfallen. Hierzu zählen Kosten, welche der öffentlichen Verwaltung im Zusammenhang mit der Beschaffung und Kontrolle von Planungs- & Bauleistungen entstehen. In der Vorbereitungsphase sind folgende Kosten zu erwarten:

Eigenrealisierung:

- Bei der Eigenrealisierung wurden innerhalb der Vorbereitungsphase die Kosten für die Durchführung der VGV-Verfahren für die einzelnen Lose/Gewerke angesetzt. Die Stadt Braunschweig kalkuliert ca. 10.000 € pro Los/Gewerk und gibt Gesamtkosten in Höhe von 100.000 € an.
- Weiterhin zahlt die Stadt Braunschweig Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt ca. 15.000 € aus.

Totalunternehmer-Modell / ÖPP-Modell:

- In den alternativen Beschaffungsvarianten wurden Beraterkosten für die Vorbereitung und Durchführung eines EU-weiten Vergabeverfahrens gemäß marktgängigen Erfahrungswerten angesetzt.
- Im Rahmen einer Umsetzung des Projekts müssen gemäß VOB/A § 8b (2) zusätzlich die unterlegenen Bieter entschädigt werden (Bieterentschädigung):
  - 1. Runde: 5 Bieter werden aufgefordert, davon 4 entschädigt. Der Bieter, der den Zuschlag erhält, wird nicht entschädigt.
  - 2. Runde (Angebotsoptimierung): 3 Bieter werden aufgefordert, ihr erstes Angebot zu optimieren, davon werden 2 entschädigt. Der Bieter, der den Zuschlag erhält, wird nicht entschädigt.
  - Bieterentschädigung: 320.000 € (4*60.000 € + 2*40.000 €)

Eingangsdaten
Transaktions- und Verwaltungskosten (Planungs- und Bauphase)

Zusätzlich fallen in allen drei Beschaffungsvarianten innerhalb der Planungs- und Bauphase Controllingkosten für die Teilnahme an Baubesprechungen, Planfreizeichnungen, Bemusterung, Koordinierungsaufwand und Rechnungsprüfung an.

- Die Kosten für das **interne Baucontrolling** berechnen sich aus den Kosten eines Mitarbeiters auf Seiten der Stadt Braunschweig p.a. und den benötigten Vollzeitäquivalenten (VZA) zur Durchführung des Baucontrollings:
  - Die Kosten eines Mitarbeiters p.a belaufen sich (einschl. Sach- und Gemeinkosten) auf 123.538 EUR (Mitarbeitenden der Entgeltgruppe 12, Vollzeit, Büroarbeitsplatz mit IT Zuschlag).
  - Die benötigten VZÄ reduzieren sich ggü. der Eigenrealisierung (8 VZÄ, errechnet über das Mitarbeiter-Umsatzvolumen der Stadt Braunschweig) im Totalunternehmer-Modell und ÖPP-Modell (jeweils 2,50 VZÄ), da die Stadt in den alternativen Beschaffungsvarianten die Planungs- und Bauunterlagen aus einer Hand erhält und der Auftragnehmer die Fachplanungen und Gewerke bereits aufeinander abgestimmt hat (Schnittstellenreduzierung.

- Die Kosten für das **externe Baucontrolling** sind in der Eigenrealisierung bereits über das Mitarbeiter-Umsatzvolumen in den Vollzeitäquivalenten des internen Baucontrollings abgedeckt. In den alternativen Beschaffungsvarianten wurden marktgängige Erfahrungswerte angesetzt.

176 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Transaktions- und Verwaltungskosten (Betriebsphase)

Zusätzlich fallen in allen drei Beschaffungsvarianten innerhalb der Betriebsphase (schließt auch die Instandhaltungsphase mit ein) Controllingkosten für die Überprüfung an, ob die vertraglich vereinbarte Leistung wie geschuldet erbracht wird, sowie ggf. für die Ausübung der Service Level Agreements.

- Die Kosten für das **Vertragscontrolling** berechnen sich aus den Kosten eines Mitarbeiters auf Seiten der Stadt Braunschweig p.a. und den benötigten Vollzeitäquivalenten (VZA) zur Durchführung des Baucontrollings:
  - Die Kosten eines Mitarbeiters p.a belaufen sich (einschl. Sach- und Gemeinkosten) auf 123.538 EUR (Mitarbeitenden der Entgeltgruppe 12, Vollzeit, Büroarbeitsplatz mit IT Zuschlag).
  - Die benötigten VZÄ reduzieren sich ggü. der Eigenrealisierung (1 VZÄ, errechnet über das Mitarbeiter-Umsatzvolumen der Stadt Braunschweig) im Totalunternehmer-Modell (0,75 VZÄ) und ÖPP-Modell (0,50 VZÄ), da die Stadt in den alternativen Beschaffungsvarianten eine deutliche Schnittstellenreduzierung erreicht. So werden im Totalunternehmer-Modell die Instandhaltungsleistungen gebündelt auf einen Vertragspartner übertragen; im ÖPP-Modell werden sowohl die Instandhaltungs- als auch Betriebsleistungen gebündelt auf einen Auftragnehmer übertragen.

177 von 238 in Zusammenstellung

Eingangsdaten
Transaktions- und Verwaltungskosten (Gesamtübersicht)

Transaktions- und Verwaltungskosten				
Vorbereitungsphase	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Bemerkung
Verfahrenskosten: Externe Leistungen (wirtschaftlich, technisch, juristisch), Projektsteuerer [€]	100.000	450.000	450.000	Eigenrealsierung: losweise Vergabe mit ca. 10.000 € pro Los/Gewerk TU-Modell: marktgängige Erfahrungswerte ÖPP-Modell: marktgängige Erfahrungswerte
Bieterentschädigung [€]	15.000	320.000	320.000	Aufwandsentschädigung in der Eigenrealsierung; marktgängige Erfahrungswerte in den alternativen Beschaffungsvarianten
Summe einmalige Kosten [€]	**115.000**	**770.000**	**770.000**	
Planungs- und Bauphase (Baucontrolling), laufend	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	
Anzahl Vollzeitäquivalente p.a.	8,00	2,50	2,50	In der Eigenrealisierung: Vollzeitäquivalent 2024 , da Kostenstand ohne Indexierung 1.855,3 Mio Euro Umsatzvolumen pro Jahr pro Mitarbeiter
Kosten eines Mitarbeiters p.a. [€]	123.538	123.538	123.538	Mitarbeitenden der Entgeltgruppe 12, Vollzeit, Büroarbeitsplatz mit IT Zuschlag
internes Baucontrolling p.a. [€]	988.306	308.846	308.846	
externes Baucontrolling p.a. [€]	abgedeckt durch Mitarbeiter-Umsatzvolumen in den VZÄ	180.000	180.000	15.000 EUR p.m.
Summe Baucontrolling p.a. [€]	**988.306**	**488.846**	**488.846**	
Betriebsphase (Vertragscontrolling), laufend	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	
Anzahl Vollzeitäquivalente p.a.	1,00	0,75	0,50	
Kosten eines Mitarbeiters p.a. [€]	123.538	123.538	123.538	Mitarbeitenden der Entgeltgruppe 12, Vollzeit, Büroarbeitsplatz mit IT Zuschlag
Summe Vertragscontrolling p.a. [€]	**123.538**	**92.654**	**61.769**	

Die Gesamtkosten der Transaktions- und Verwaltungskosten wurden für den Ausweis der vier standortbezogenen Ergebnisse geviertelt und zu je 25% auf den jeweiligen Standort angerechnet.

Bauzwischenfinanzierung

- Aufgrund der aktuellen Entwicklung am Kapitalmarkt wurde eine Vergütung mittels Abschlagszahlungen festgelegt, um den Finanzierungsaufwand während der Planungs- und Bauphase (Bauzwischenfinanzierung) zu optimieren. Dabei werden die Abschlagszahlungen nach Baufortschritt gezahlt: Zur Absicherung der Finanzierung kann sich die Abschlagszahlung am Leistungsstand der Baumaßnahme orientieren, um eine Vorfinanzierung der Maßnahme zu verhindern. Maßgeblich ist nicht der Eintritt eines kalendarischen Datums, sondern das tatsächliche Erreichen eines definierten Baufortschritts.
- Mögliche Zeitpunkte für Abschlagszahlungen sind beispielsweise:
  - Einreichung Bauantrag
  - Fertigstellung Gründungsarbeiten
  - Fertigstellung Rohbau
  - Fertigstellung geschlossener Rohbau
  - Fertigstellung Rohmontage TGA
  - Gesamtfertigstellung
- Zusätzlich sollten die Kosten- und Terminrisiken über ein Sicherheitenkonzept (Bürgschaften, Vertragsstrafen) vertraglich abgesichert werden.

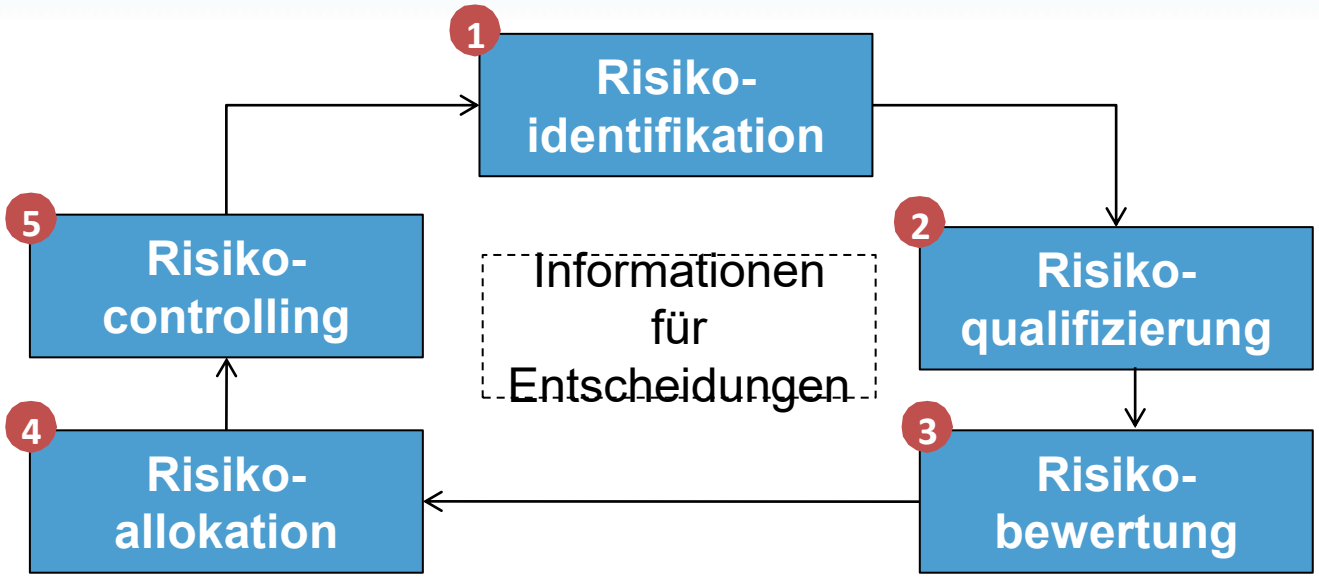
Eingangsdaten
Finanzierung

Langfristige Endfinanzierung

- Die Endfinanzierung verbleibt beim Auftraggeber und erfolgt über die Aufnahme eines Kommunalkredits zu Beginn der Planungs- und Bauphase, um bereits die Abschlagszahlungen während der Planungs- und Bauphase leisten zu können.
- Die aktuellen Finanzierungskonditionen der Stadt Braunschweig (Auskunft Kämmerei vom 04.04.2024) sind nachfolgend dargestellt.
- Es wird darauf hingewiesen, dass der Zinssatz eine Momentaufnahme darstellt und sich entsprechend verändern kann.

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Finanzierungsstruktur	Kommunale Finanzierung	Kommunale Finanzierung	Kommunale Finanzierung
Laufzeit Finanzierung	25 Jahre	25 Jahre	25 Jahre
Zinssatz Bauzwischenfinanzierung	entfällt, da Vergütung über Abschlagszahlungen	entfällt, da Vergütung über Abschlagszahlungen	entfällt, da Vergütung über Abschlagszahlungen
Zinssatz langfristige Finanzierung	5,20%	5,20%	5,20%

Eingangsdaten
Risiken



Quelle: FMK-Leitfaden 2006

- Die Methodik der Risikobetrachtung orientiert sich an den einschlägigen Leitfäden und erfolgt zunächst in vier Schritten: Identifikation, Qualifizierung, Bewertung und Allokation. Im fünften Schritt erfolgt die Überprüfung der Einhaltung der Risiken im Rahmen der Umsetzung des Projektes. Dieser Schritt ist nicht Gegenstand der vorläufigen WU.
- Grundlage für eine solche Risikobewertung bilden Erfahrungswerte aus in der Vergangenheit durchgeführten Projekten.
- Die Risikobetrachtung wurde standortbezogen durchgeführt und ist dem Ergebnisbericht als Anlage beigefügt.

Eingangsdaten
Risiken

Ergebnis Risikobetrachtung (Gesamt) ohne Risikobereinigung						
	Sidonienstraße			Broitzem		
	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
1. Planung und Bau	17,25%	9,75%	9,25%	17,25%	11,00%	10,50%
2. Instandhaltung	9,25%	8,35%	8,35%	9,25%	8,35%	8,35%
3. Betrieb	9,00%	9,00%	8,10%	9,00%	9,00%	8,10%
	Altmühlstraße			Rühme		
	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell	Eigenrealisierung	TU-Modell	ÖPP-Modell
1. Planung und Bau	15,25%	9,00%	8,50%	15,25%	9,00%	8,50%
2. Instandhaltung	9,25%	8,35%	8,35%	9,25%	8,35%	8,35%
3. Betrieb	9,00%	9,00%	8,10%	9,00%	9,00%	8,10%

- Die Übersicht zeigt das Ergebnis der von PSPC durchgeführten Risikobetrachtung. Da die Stadt Braunschweig bereits einen Sicherheitenzuschlag in ihren Kostenschätzungen berücksichtigt, wurde das Ergebnis der Risikobetrachtung um die jeweiligen, schulbezogenen Sicherheitenzuschläge bereinigt.
- Die nachfolgenden Folien zeigen die bereinigten Risikozuschläge, die zusätzlich zum Sicherheitenzuschlag auf die Investitionskosten aufgeschlagen werden.

Eingangsdaten
Risiken (Realschule Sidonienstraße)

- Die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig beinhaltet bereits einen Sicherheitenaufschlag für die Realschule Sidonienstraße in Höhe von durchschnittlich 5,36% (Anteil Sicherheitenaufschlag am Gesamtinvest). Im Berechnungsmodell wurde die Risikobetrachtung daher um diese 5,36% bereinigt, sodass folgende Risikowerte zusätzlich in Ansatz gebracht wurden:

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Risiken Realschule Sidonienstraße			
Auftraggeber			
Risiko Bauphase	11,89%	3,26%	3,26%
Risiko Instandhaltung	9,25%	6,48%	6,48%
Risiko Betrieb	9,00%	9,00%	6,23%
Auftragnehmer			
Risiko Bauphase	0,00%	1,48%	1,48%
Risiko Instandhaltung	0,00%	1,88%	1,88%
Risiko Betrieb	0,00%	0,00%	1,88%

Eingangsdaten
Risiken (Grundschule Broitzem)

- Die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig beinhaltet bereits einen Sicherheitenaufschlag für die Grundschule Broitzem in Höhe von durchschnittlich 4,80% (Anteil Sicherheitenaufschlag am Gesamtinvest). Im Berechnungsmodell wurde die Risikobetrachtung daher um diese 4,80% bereinigt, sodass folgende Risikowerte zusätzlich in Ansatz gebracht wurden:

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Risiken Grundschule Broitzem			
Auftraggeber			
Risiko Bauphase	12,45%	3,26%	3,26%
Risiko Instandhaltung	9,25%	6,48%	6,48%
Risiko Betrieb	9,00%	9,00%	6,23%
Auftragnehmer			
Risiko Bauphase	0,00%	2,24%	2,24%
Risiko Instandhaltung	0,00%	1,88%	1,88%
Risiko Betrieb	0,00%	0,00%	1,88%

Eingangsdaten
Risiken (Grundschule Altmühlstraße)

- Die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig beinhaltet bereits einen Sicherheitenaufschlag für die Grundschule Altmühlstraße in Höhe von durchschnittlich 6,40% (Anteil Sicherheitenaufschlag am Gesamtinvest). Im Berechnungsmodell wurde die Risikobetrachtung daher um diese 6,40% bereinigt, sodass folgende Risikowerte zusätzlich in Ansatz gebracht wurden:

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Risiken Grundschule Altmühlstraße			
Auftraggeber			
Risiko Bauphase	8,85%	0,99%	0,99%
Risiko Instandhaltung	9,25%	6,48%	6,48%
Risiko Betrieb	9,00%	9,00%	6,23%
Auftragnehmer			
Risiko Bauphase	0,00%	0,83%	0,83%
Risiko Instandhaltung	0,00%	1,88%	1,88%
Risiko Betrieb	0,00%	0,00%	1,88%

Eingangsdaten
Risiken (Grundschule Rühme)

- Die Kostenberechnung der Stadt Braunschweig beinhaltet bereits einen Sicherheitenaufschlag für die Grundschule Rühme in Höhe von durchschnittlich 6,44% (Anteil Sicherheitenaufschlag am Gesamtinvest). Im Berechnungsmodell wurde die Risikobetrachtung daher um diese 6,44% bereinigt, sodass folgende Risikowerte zusätzlich in Ansatz gebracht wurden:

	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Risiken Grundschule Rühme			
Auftraggeber			
Risiko Bauphase	8,81%	1,01%	1,01%
Risiko Instandhaltung	9,25%	6,48%	6,48%
Risiko Betrieb	9,00%	9,00%	6,23%
Auftragnehmer			
Risiko Bauphase	0,00%	0,85%	0,85%
Risiko Instandhaltung	0,00%	1,88%	1,88%
Risiko Betrieb	0,00%	0,00%	1,88%

186 von 238 in Zusammenstellung

Agenda

- Ausgangssituation und Eignungstest
- Grundlagen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Projektstruktur, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
- Eingangsdaten
- Ergebnisse
  - Realschule Sidonienstraße
  - Grundschule Broitzem
  - Grundschule Altmühlstraße
  - Grundschule Rühme
  - Schulsanierungspaket
  - Sensitivitäts-/Szenarioanalyse
- Fazit und Empfehlung

Ergebnisse

Realschule Sidonienstraße

188 von 238 in Zusammenstellung

Erwartungswerte
Barwerte und Nominalwerte

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Realschule Sidonienstraße [€]			Nominalwerte Realschule Sidonienstraße [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*24.054.000*	*23.090.522*	*23.090.522*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*28.713.762*	*27.563.638*	*27.563.638*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*902.709*	*902.709*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***28.713.762***	***28.466.347***	***28.466.347***
Risikokosten Planung und Bau AG				*4.953.124*	*1.991.473*	*1.991.473*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***33.666.886***	***30.457.820***	***30.457.820***
Planungs- und Bauphase	**1.367.855**	**842.494**	**842.494**	**1.470.029**	**905.400**	**905.400**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	23.266	104.696	104.696	25.000	112.500	112.500
Bieterentschädigung	3.490	74.450	74.450	3.750	80.000	80.000
Internes Baucontrolling	1.341.099	663.348	663.348	1.441.279	712.900	712.900
Betriebsphase	**62.401.600**	**57.399.117**	**57.125.006**	**92.640.672**	**85.237.733**	**84.827.247**
Endfinanzierung	41.454.720	37.503.332	37.503.332	60.226.845	54.486.133	54.486.133
davon Zinsen	19.807.102	17.919.125	17.919.125	26.559.959	24.028.313	24.028.313
davon Tilgung	21.647.618	19.584.206	19.584.206	33.666.886	30.457.820	30.457.820
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	10.246.831	9.387.843	9.387.843	16.396.251	15.021.758	15.021.758
Betriebskosten inkl. Risiken	8.338.796	8.338.796	8.269.944	12.489.674	12.489.674	12.386.549
Medienkosten inkl. Risiken	1.592.827	1.592.827	1.579.675	2.376.968	2.376.968	2.357.342
Vertragscontrolling	768.427	576.320	384.213	1.150.934	863.200	575.467
Gesamt	**63.769.455**	**58.241.610**	**57.967.499**	**94.110.701**	**86.143.133**	**85.732.647**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,67%**	**9,10%**	**0,00%**	**8,47%**	**8,90%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**5.527.845**	**5.801.956**	**0**	**7.967.568**	**8.378.054**

Die Tabelle bildet das Ergebnis der vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Realschule Sidoneinstraße ab. Im oberen Teil werden die Planungs- und Baukosten nominal nachrichtlich dargestellt. Im mittleren Teil werden die Kosten getrennt nach Planungs- und Bauphase sowie Instandhaltungs-/Betriebsphase inkl. Finanzierung (Zins- und Tilgung) ausgewiesen. Im unteren Teil wird die relative und absolute Vorteilhaftigkeit ausgewiesen.

Das ÖPP-Modell (Variante 3) geht aus der Barwertbetrachtung als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.

Die Nominalwerte werden informativ mit dargestellt.

Ergebnisse

Grundschule Broitzem

190 von 238 in Zusammenstellung

Erwartungswerte
Barwerte und Nominalwerte

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Grundschule Broitzem [€]			Nominalwerte Grundschule Broitzem [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*14.347.000*	*13.807.037*	*13.807.037*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*17.126.313*	*16.481.748*	*16.481.748*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*704.595*	*704.595*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***17.126.313***	***17.186.343***	***17.186.343***
Risikokosten Planung und Bau AG				*2.954.289*	*1.025.989*	*1.025.989*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***20.080.602***	***18.212.332***	***18.212.332***
Planungs- und Bauphase	**1.367.855**	**842.494**	**842.494**	**1.470.029**	**905.400**	**905.400**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	23.266	104.696	104.696	25.000	112.500	112.500
Bieterentschädigung	3.490	74.450	74.450	3.750	80.000	80.000
Internes Baucontrolling	1.341.099	663.348	663.348	1.441.279	712.900	712.900
Betriebsphase	**37.852.887**	**34.907.876**	**34.541.730**	**56.146.380**	**51.792.486**	**51.244.806**
Endfinanzierung	24.725.653	22.425.214	22.425.214	35.922.281	32.580.124	32.580.124
davon Zinsen	11.813.939	10.714.787	10.714.787	15.841.679	14.367.792	14.367.792
davon Tilgung	12.911.714	11.710.427	11.710.427	20.080.602	18.212.332	18.212.332
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	5.586.620	5.134.154	5.134.154	8.939.312	8.215.309	8.215.309
Betriebskosten inkl. Risiken	5.060.255	5.060.255	5.018.473	7.579.145	7.579.145	7.516.565
Medienkosten inkl. Risiken	1.711.932	1.711.932	1.579.675	2.554.709	2.554.709	2.357.342
Vertragscontrolling	768.427	576.320	384.213	1.150.934	863.200	575.467
Gesamt	**39.220.742**	**35.750.370**	**35.384.224**	**57.616.409**	**52.697.886**	**52.150.205**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,85%**	**9,78%**	**0,00%**	**8,54%**	**9,49%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**3.470.373**	**3.836.519**	**0**	**4.918.523**	**5.466.204**

Die Tabelle bildet das Ergebnis der vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Grundschule Broitzem ab. Im oberen Teil werden die Planungs- und Baukosten nominal nachrichtlich dargestellt. Im mittleren Teil werden die Kosten getrennt nach Planungs- und Bauphase sowie Instandhaltungs-/Betriebsphase inkl. Finanzierung (Zins- und Tilgung) ausgewiesen. Im unteren Teil wird die relative und absolute Vorteilhaftigkeit ausgewiesen.

Das ÖPP-Modell (Variante 3) geht aus der Barwertbetrachtung als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.

Die Nominalwerte werden informativ mit dargestellt.

Ergebnisse

Grundschule Altmühlstraße

192 von 238 in Zusammenstellung

Erwartungswerte
Barwerte und Nominalwerte

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Grundschule Altmühlstraße [€]			Nominalwerte Grundschule Altmühlstraße [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*19.226.200*	*18.451.999*	*18.451.999*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*22.950.717*	*22.026.536*	*22.026.536*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*853.528*	*853.528*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***22.950.717***	***22.880.064***	***22.880.064***
Risikokosten Planung und Bau AG				*3.499.984*	*1.018.727*	*1.018.727*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***26.450.701***	***23.898.791***	***23.898.791***
Planungs- und Bauphase	**1.367.855**	**842.494**	**842.494**	**1.470.029**	**905.400**	**905.400**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	23.266	104.696	104.696	25.000	112.500	112.500
Bieterentschädigung	3.490	74.450	74.450	3.750	80.000	80.000
Internes Baucontrolling	1.341.099	663.348	663.348	1.441.279	712.900	712.900
Betriebsphase	**52.161.674**	**48.104.427**	**47.830.244**	**77.560.907**	**71.551.282**	**71.140.709**
Endfinanzierung	32.569.285	29.427.067	29.427.067	47.317.779	42.752.657	42.752.657
davon Zinsen	15.561.633	14.060.279	14.060.279	20.867.078	18.853.865	18.853.865
davon Tilgung	17.007.652	15.366.788	15.366.788	26.450.701	23.898.791	23.898.791
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	8.883.610	8.160.687	8.160.687	14.214.920	13.058.151	13.058.151
Betriebskosten inkl. Risiken	7.901.627	7.901.627	7.836.384	11.834.892	11.834.892	11.737.172
Medienkosten inkl. Risiken	2.038.726	2.038.726	2.021.893	3.042.383	3.042.383	3.017.262
Vertragscontrolling	768.427	576.320	384.213	1.150.934	863.200	575.467
Gesamt	**53.529.529**	**48.946.921**	**48.672.738**	**79.030.936**	**72.456.682**	**72.046.108**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,56%**	**9,07%**	**0,00%**	**8,32%**	**8,84%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**4.582.609**	**4.856.792**	**0**	**6.574.255**	**6.984.828**

Die Tabelle bildet das Ergebnis der vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Grundschule Altmühlstraße ab. Im oberen Teil werden die Planungs- und Baukosten nominal nachrichtlich dargestellt. Im mittleren Teil werden die Kosten getrennt nach Planungs- und Bauphase sowie Instandhaltungs-/Betriebsphase inkl. Finanzierung (Zins- und Tilgung) ausgewiesen. Im unteren Teil wird die relative und absolute Vorteilhaftigkeit ausgewiesen.

Das ÖPP-Modell (Variante 3) geht aus der Barwertbetrachtung als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.

Die Nominalwerte werden informativ mit dargestellt.

Ergebnisse

Grundschule Rühme

194 von 238 in Zusammenstellung

Erwartungswerte
Barwerte und Nominalwerte

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Grundschule Rühme [€]			Nominalwerte Grundschule Rühme [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*16.955.002*	*16.464.292*	*16.464.292*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*20.239.539*	*19.653.769*	*19.653.769*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*761.584*	*761.584*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***20.239.539***	***20.415.352***	***20.415.352***
Risikokosten Planung und Bau AG				*3.086.530*	*908.987*	*908.987*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***23.326.069***	***21.324.339***	***21.324.339***
Planungs- und Bauphase	**1.367.855**	**842.494**	**842.494**	**1.470.029**	**905.400**	**905.400**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	23.266	104.696	104.696	25.000	112.500	112.500
Bieterentschädigung	3.490	74.450	74.450	3.750	80.000	80.000
Internes Baucontrolling	1.341.099	663.348	663.348	1.441.279	712.900	712.900
Betriebsphase	**38.967.814**	**35.971.805**	**35.736.062**	**57.497.274**	**53.085.982**	**52.732.942**
Endfinanzierung	28.721.862	26.257.092	26.257.092	41.728.111	38.147.207	38.147.207
davon Zinsen	13.723.331	12.545.662	12.545.662	18.402.042	16.822.868	16.822.868
davon Tilgung	14.998.531	13.711.430	13.711.430	23.326.069	21.324.339	21.324.339
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	4.192.719	3.853.588	3.853.588	6.708.891	6.166.237	6.166.237
Betriebskosten inkl. Risiken	4.166.202	4.166.202	4.131.803	6.240.051	6.240.051	6.188.527
Medienkosten inkl. Risiken	1.118.603	1.118.603	1.109.367	1.669.287	1.669.287	1.655.504
Vertragscontrolling	768.427	576.320	384.213	1.150.934	863.200	575.467
Gesamt	**40.335.669**	**36.814.299**	**36.578.556**	**58.967.304**	**53.991.382**	**53.638.342**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,73%**	**9,31%**	**0,00%**	**8,44%**	**9,04%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**3.521.371**	**3.757.114**	**0**	**4.975.922**	**5.328.962**

Die Tabelle bildet das Ergebnis der vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Grundschule Rühme ab. Im oberen Teil werden die Planungs- und Baukosten nominal nachrichtlich dargestellt. Im mittleren Teil werden die Kosten getrennt nach Planungs- und Bauphase sowie Instandhaltungs-/Betriebsphase inkl. Finanzierung (Zins- und Tilgung) ausgewiesen. Im unteren Teil wird die relative und absolute Vorteilhaftigkeit ausgewiesen.

Das ÖPP-Modell (Variante 3) geht aus der Barwertbetrachtung als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.

Die Nominalwerte werden informativ mit dargestellt.

Ergebnisse

Schulsanierungspaket (Gesamt aus allen Standorten)

196 von 238 in Zusammenstellung

Erwartungswerte
Barwerte und Nominalwerte

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]			Nominalwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*74.582.202*	*71.813.850*	*71.813.850*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*89.030.331*	*85.725.691*	*85.725.691*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*3.222.416*	*3.222.416*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***89.030.331***	***88.948.107***	***88.948.107***
Risikokosten Planung und Bau AG				*14.493.927*	*4.945.176*	*4.945.176*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***103.524.258***	***93.893.282***	***93.893.282***
Planungs- und Bauphase	**5.471.420**	**3.369.974**	**3.369.974**	**5.880.117**	**3.621.599**	**3.621.599**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782	100.000	450.000	450.000
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801	15.000	320.000	320.000
Internes Baucontrolling	5.364.398	2.653.391	2.653.391	5.765.117	2.851.599	2.851.599
Betriebsphase	**191.383.977**	**176.383.225**	**175.233.043**	**283.845.233**	**261.667.483**	**259.945.704**
Endfinanzierung	127.471.520	115.612.704	115.612.704	185.195.017	167.966.120	167.966.120
davon Zinsen	60.906.006	55.239.853	55.239.853	81.670.759	74.072.838	74.072.838
davon Tilgung	66.565.514	60.372.851	60.372.851	103.524.258	93.893.282	93.893.282
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	28.909.780	26.536.272	26.536.272	46.259.374	42.461.454	42.461.454
Betriebskosten inkl. Risiken	25.466.881	25.466.881	25.256.604	38.143.762	38.143.762	37.828.813
Medienkosten inkl. Risiken	6.462.088	6.462.088	6.290.610	9.643.346	9.643.346	9.387.449
Vertragscontrolling	3.073.707	2.305.281	1.536.854	4.603.735	3.452.801	2.301.867
Gesamt	**196.855.397**	**179.753.199**	**178.603.017**	**289.725.350**	**265.289.082**	**263.567.303**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,69%**	**9,27%**	**0,00%**	**8,43%**	**9,03%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**17.102.197**	**18.252.380**	**0**	**24.436.268**	**26.158.047**

Die Tabelle bildet das Ergebnis der vorl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das Schulsanierungspaket aus allen vier Schulstandorten ab. Im oberen Teil werden die Planungs- und Baukosten nominal nachrichtlich dargestellt. Im mittleren Teil werden die Kosten getrennt nach Planungs- und Bauphase sowie Instandhaltungs-/Betriebsphase inkl. Finanzierung (Zins- und Tilgung) ausgewiesen. Im unteren Teil wird die relative und absolute Vorteilhaftigkeit ausgewiesen.

Das ÖPP-Modell (Variante 3) geht aus der Barwertbetrachtung als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.

Die Nominalwerte werden informativ mit dargestellt.

Szenarioanalyse
Szenario 1: Erhöhung der Preissteigerungen

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]			Nominalwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*74.582.202*	*71.813.850*	*71.813.850*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*96.918.000*	*93.320.585*	*93.320.585*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*3.507.907*	*3.507.907*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***96.918.000***	***96.828.491***	***96.828.491***
Risikokosten Planung und Bau AG				*15.778.021*	*5.383.295*	*5.383.295*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***112.696.021***	***102.211.786***	***102.211.786***
Planungs- und Bauphase	**5.471.420**	**3.369.974**	**3.369.974**	**5.880.117**	**3.621.599**	**3.621.599**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782	100.000	450.000	450.000
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801	15.000	320.000	320.000
Internes Baucontrolling	5.364.398	2.653.391	2.653.391	5.765.117	2.851.599	2.851.599
Betriebsphase	**229.158.022**	**211.360.858**	**209.973.217**	**344.735.020**	**318.075.000**	**315.967.128**
Endfinanzierung	138.764.898	125.855.447	125.855.447	201.602.425	182.847.130	182.847.130
davon Zinsen	66.301.992	60.133.845	60.133.845	88.906.404	80.635.344	80.635.344
davon Tilgung	72.462.906	65.721.602	65.721.602	112.696.021	102.211.786	102.211.786
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	48.200.480	44.243.195	44.243.195	79.052.633	72.562.369	72.562.369
Betriebskosten inkl. Risiken	30.835.811	30.835.811	30.581.204	46.877.432	46.877.432	46.490.371
Medienkosten inkl. Risiken	7.635.125	7.635.125	7.432.519	11.544.690	11.544.690	11.238.339
Vertragscontrolling	3.721.707	2.791.280	1.860.853	5.657.839	4.243.379	2.828.920
Gesamt	**234.629.442**	**214.730.832**	**213.343.191**	**350.615.137**	**321.696.599**	**319.588.727**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,48%**	**9,07%**	**0,00%**	**8,25%**	**8,85%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**19.898.609**	**21.286.250**	**0**	**28.918.538**	**31.026.410**

Eine Erhöhung der Indexierung bzw. Preissteigerung für Bau, Instandhaltung, Betrieb und Personal um jeweils 50% wirkt sich nicht auf die Rangfolge der Beschaffungsvarianten aus. Das ÖPP-Modell (Variante 3) bleibt gemäß dem barwertigen Ergebnis die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante.

Szenarioanalyse
Szenario 2: Senkung der Preissteigerungen

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]			Nominalwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*74.582.202*	*71.813.850*	*71.813.850*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*81.589.893*	*78.561.428*	*78.561.428*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*2.953.112*	*2.953.112*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***81.589.893***	***81.514.540***	***81.514.540***
Risikokosten Planung und Bau AG				*13.282.641*	*4.531.898*	*4.531.898*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***94.872.534***	***86.046.438***	***86.046.438***
Planungs- und Bauphase	**5.471.420**	**3.369.974**	**3.369.974**	**5.880.117**	**3.621.599**	**3.621.599**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782	100.000	450.000	450.000
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801	15.000	320.000	320.000
Internes Baucontrolling	5.364.398	2.653.391	2.653.391	5.765.117	2.851.599	2.851.599
Betriebsphase	**163.564.692**	**150.616.228**	**149.658.572**	**240.122.938**	**221.144.651**	**219.732.265**
Endfinanzierung	116.818.477	105.950.725	105.950.725	169.717.908	153.928.865	153.928.865
davon Zinsen	55.815.972	50.623.351	50.623.351	74.845.374	67.882.427	67.882.427
davon Tilgung	61.002.504	55.327.374	55.327.374	94.872.534	86.046.438	86.046.438
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	17.578.076	16.134.906	16.134.906	27.389.640	25.140.936	25.140.936
Betriebskosten inkl. Risiken	21.129.190	21.129.190	20.954.729	31.170.926	31.170.926	30.913.551
Medienkosten inkl. Risiken	5.488.776	5.488.776	5.343.126	8.082.310	8.082.310	7.867.837
Vertragscontrolling	2.550.173	1.912.630	1.275.086	3.762.153	2.821.615	1.881.077
Gesamt	**169.036.112**	**153.986.202**	**153.028.546**	**246.003.055**	**224.766.250**	**223.353.864**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,90%**	**9,47%**	**0,00%**	**8,63%**	**9,21%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**15.049.910**	**16.007.565**	**0**	**21.236.805**	**22.649.191**

Eine Senkung der Indexierung bzw. Preissteigerung für Bau, Instandhaltung, Betrieb und Personal um jeweils 50% wirkt sich nicht auf die Rangfolge der Beschaffungsvarianten aus. Das ÖPP-Modell (Variante 3) bleibt gemäß dem barwertigen Ergebnis die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante.

Szenarioanalyse
Szenario 3: ohne Risiken

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]			Nominalwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*74.582.202*	*71.813.850*	*71.813.850*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*89.030.331*	*85.725.691*	*85.725.691*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*0*	*0*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***89.030.331***	***85.725.691***	***85.725.691***
Risikokosten Planung und Bau AG				*0*	*0*	*0*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***89.030.331***	***85.725.691***	***85.725.691***
Planungs- und Bauphase	**5.471.420**	**3.369.974**	**3.369.974**	**5.880.117**	**3.621.599**	**3.621.599**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782	100.000	450.000	450.000
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801	15.000	320.000	320.000
Internes Baucontrolling	5.364.398	2.653.391	2.653.391	5.765.117	2.851.599	2.851.599
Betriebsphase	**168.453.235**	**161.644.948**	**160.767.250**	**250.054.559**	**239.838.422**	**238.524.424**
Endfinanzierung	109.624.853	105.555.783	105.555.783	159.266.765	153.355.079	153.355.079
davon Zinsen	52.378.853	50.434.647	50.434.647	70.236.434	67.629.388	67.629.388
davon Tilgung	57.246.001	55.121.136	55.121.136	89.030.331	85.725.691	85.725.691
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	26.462.042	24.491.252	24.491.252	42.342.676	39.189.159	39.189.159
Betriebskosten inkl. Risiken	23.364.111	23.364.111	23.364.111	34.994.277	34.994.277	34.994.277
Medienkosten inkl. Risiken	5.928.521	5.928.521	5.819.250	8.847.107	8.847.107	8.684.042
Vertragscontrolling	3.073.707	2.305.281	1.536.854	4.603.735	3.452.801	2.301.867
Gesamt	**173.924.654**	**165.014.922**	**164.137.224**	**255.934.676**	**243.460.021**	**242.146.023**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**5,12%**	**5,63%**	**0,00%**	**4,87%**	**5,39%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**8.909.733**	**9.787.430**	**0**	**12.474.655**	**13.788.653**

Eine Vernachlässigung der Risiken (einschl. des Sicherheitenaufschlags der Stadt Braunschweig in der Kostenschätzung) führt nicht zu einer Änderung der Rangfolge. Das ÖPP-Modell (Variante 3) bleibt gemäß dem barwertigen Ergebnis die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante. Eine Vernachlässigung der Risiken entspricht jedoch nicht den Empfehlungen der Leitfäden und ist auch deshalb nicht empfehlenswert, da dann insbesondere projektspezifische Faktoren keine Berücksichtigung mehr fänden.

200 von 238 in Zusammenstellung

Szenarioanalyse
Szenario 4: Reduzierung VZÄ von 8 auf 6 in der Eigenrealisierung

Stadt Braunschweig: Sanierung/ Erweiterung Schulen Braunschweig	Barwerte Gesamt [€]			Nominalwerte Gesamt [€]		
	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)	Eigenrealisierung (Variante 1)	Totalunternehmer mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Nachrichtlich Planungs- und Baukosten						
Investitionskosten mit Kostenstand 31.12.2026				*74.582.202*	*71.813.850*	*71.813.850*
Investitionskosten zur Baufertigstellung				*89.030.331*	*85.725.691*	*85.725.691*
Risikokosten Planung und Bau AN				*0*	*3.222.416*	*3.222.416*
Zinsen Bauzwischenfinanzierung				*0*	*0*	*0*
Summe Gesamtinvestitionskosten				***89.030.331***	***88.948.107***	***88.948.107***
Risikokosten Planung und Bau AG				*14.493.927*	*4.945.176*	*4.945.176*
Summe aktivierbare Investitionskosten				***103.524.258***	***93.893.282***	***93.893.282***
Planungs- und Bauphase	**4.130.320**	**3.369.974**	**3.369.974**	**4.438.838**	**3.621.599**	**3.621.599**
Kosten für externe Leistungen/ Vorlaufkosten/ Projektsteuerung/ Beraterkosten	93.063	418.782	418.782	100.000	450.000	450.000
Bieterentschädigung	13.959	297.801	297.801	15.000	320.000	320.000
Internes Baucontrolling	4.023.298	2.653.391	2.653.391	4.323.838	2.851.599	2.851.599
Betriebsphase	**191.383.977**	**176.383.225**	**175.233.043**	**283.845.233**	**261.667.483**	**259.945.704**
Endfinanzierung	127.471.520	115.612.704	115.612.704	185.195.017	167.966.120	167.966.120
davon Zinsen	60.906.006	55.239.853	55.239.853	81.670.759	74.072.838	74.072.838
davon Tilgung	66.565.514	60.372.851	60.372.851	103.524.258	93.893.282	93.893.282
Instandhaltungkosten inkl. Risiken	28.909.780	26.536.272	26.536.272	46.259.374	42.461.454	42.461.454
Betriebskosten inkl. Risiken	25.466.881	25.466.881	25.256.604	38.143.762	38.143.762	37.828.813
Medienkosten inkl. Risiken	6.462.088	6.462.088	6.290.610	9.643.346	9.643.346	9.387.449
Vertragscontrolling	3.073.707	2.305.281	1.536.854	4.603.735	3.452.801	2.301.867
Gesamt	**195.514.297**	**179.753.199**	**178.603.017**	**288.284.071**	**265.289.082**	**263.567.303**
Rang	**3**	**2**	**1**	**3**	**2**	**1**
Relative Vorteilhaftigkeit	**0,00%**	**8,06%**	**8,65%**	**0,00%**	**7,98%**	**8,57%**
Absolute Vorteilhaftigkeit	**0**	**15.761.098**	**16.911.280**	**0**	**22.994.989**	**24.716.768**

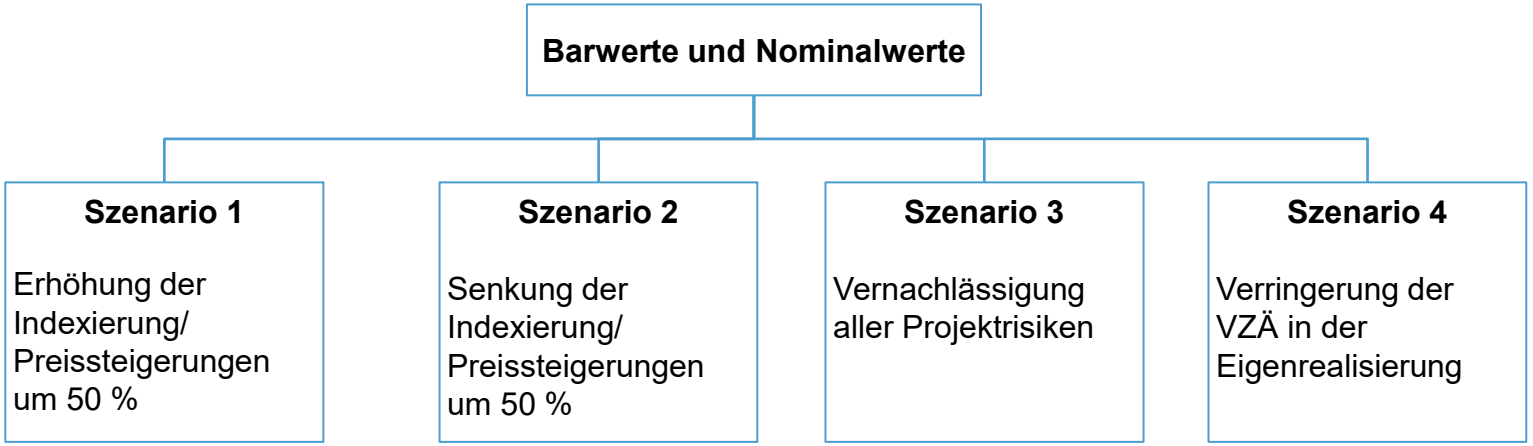
Eine Verringerung der VZÄ von 8 Stellen auf 6 Stellen in der Eigenrealisierung (Variante 1) führt nicht zu einer Änderung der Rangfolge. Das ÖPP-Modell (Variante 3) bleibt gemäß dem barwertigen Ergebnis die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante.

Agenda

- Ausgangssituation und Eignungstest
- Grundlagen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Ablauf der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
  - Projektstruktur, Vertrags- und Finanzierungsmodelle
- Eingangsdaten
- Ergebnisse
  - Realschule Sidonienstraße
  - Grundschule Broitzem
  - Grundschule Altmühlstraße
  - Grundschule Rühme
  - Schulsanierungspaket
  - Sensitivitäts-/Szenarioanalyse
- Fazit und Empfehlung

Fazit und Empfehlung

- Die barwertigen und nominellen Erwartungswerte zeigen das ÖPP-Modell als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante auf.
- Gemäß den Vorgaben der einschlägigen Leitfäden wurden innerhalb der Ergebnisdarstellung verschiedene Szenarien abgebildet, um die Belastbarkeit dieses Ergebnisses zu überprüfen.



- Auch in den Szenario-Analysen 1, 2, 3 und 4 geht das ÖPP-Modell als die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante hervor.
- Es wird jedoch nicht empfohlen, das Szenario 3 als Entscheidungsgrundlage zu verwenden. Die in Szenario 3 vernachlässigte Risikobetrachtung widerspricht den Grundsätzen der einschlägigen Leitfäden und lässt zudem projektbezogene Rahmenbedingungen außer Acht.

Fazit und Empfehlung

- In der folgenden Tabelle sind die zu erwartenden Effizienzvorteile im Vergleich zur Eigenrealisierung bezogen auf die barwertigen Erwartungswerte dargestellt:

	Eigenrealisierung (Variante 1)	TU-Modell mit techn. Gebäudebetrieb (Variante 2)	ÖPP-Inhabermodell (Variante 3)
Erwartungswerte Realschule Sidonienstraße	-	8,67 %	9,10 %
Erwartungswerte Grundschule Broitzem	-	8,85 %	9,78 %
Erwartungswerte Grundschule Altmühlstraße	-	8,56 %	9,07 %
Erwartungswerte Grundschule Rühme	-	8,73 %	9,31 %
Gesamtbetrachtung Schulsanierungspaket			
Erwartungswerte	-	8,69 %	9,27 %
Indexierungen um 50% gesenkt Gesamtpaket	-	8,48 %	9,07 %
Indexierungen um 50% erhöht Gesamtpaket	-	8,90 %	9,47 %
Ohne Risikokosten Gesamtpaket	-	5,12 %	5,63 %
Verringerung der VZÄ in der Eigenrealisierung	-	8,06 %	8,65 %

- Die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit der alternativen Beschaffungsvariante ÖPP-Inhabermodell (Variante 3) gegenüber der Eigenrealisierung (Variante 1) geht hervor, wobei die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des ÖPP-Inhabermodells gegenüber der alternativen Beschaffungsvariante Totalunternehmer-Modell mit technischem Gebäudebetrieb (Variante 2) gering ist.

Fazit und Empfehlung

- Die Vorteile des ÖPP-Modells ggü. der Eigenrealisierung bestehen insbesondere in:
  - ✓ Kosteneffizienzen in der Planungs- und Bauphase
  - ✓ Reduzierung von Verwaltungskapazitäten
  - ✓ Schnittstellenreduzierung (nur ein Vertragspartner)
  - ✓ Optimierte Risikoallokation

Die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde auf Grundlage der einschlägigen Leitfäden sowie der in diesem Bericht dokumentierten Annahmen, Daten und Berechnungen zahlreicher Prozessbeteiligter nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt. Durch die Berücksichtigung aller relevanten im Lebenszyklus anfallenden Leistungen, wurden Kostengrößen identifiziert und quantifiziert und auf dieser Basis eine Entscheidungsgrundlage für die Stadt Braunschweig erarbeitet.

➢ **Als Resultat der zuvor dargestellten und abgestimmten Eingangsdaten stellt sich die Variante 3 „ÖPP-Inhabermodell“ mit 9,27% als die wirtschaftlichste Umsetzungsvariante dar. Aufgrund der geringen relativen Vorteilhaftigkeit des ÖPP-Inhabermodells gegenüber der Variante 2 „Totalunternehmer-Modell mit technischem Gebäudebetrieb“ sind beide Varianten vorläufig als wirtschaftlich gleich anzusehen. Weitere weiche Faktoren wie beispielsweise die Mittelstandsfreundlichkeit (Einbindung regionaler Unternehmen) oder die qualitative Bewertung der notwendigen Verwaltungsressourcen wurden im Rahmen dieser vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht weiterbetrachtet. Die ergänzende Bewertung der weichen Faktoren sollte intern durch die Stadt Braunschweig erfolgen, um eine abschließende Variantenumsetzung zu identifizieren.**

Anlagen

Anlagen zum Ergebnisbericht:

- Anlage 0: Bericht Eignungstest
- Anlage 1: Überblick der Eingangsdaten
- Anlage 2: Berechnung Investitionskosten
- Anlage 3: Berechnung Effizienzen
- Anlage 4: Berechnung Bieterentschädigung
- Anlage 5: Berechnung Transaktions- und Verwaltungskosten
- Anlage 6: Risikobetrachtung

PSPC Public Sector Project Consultants GmbH

Büro Berlin
Brandenburgische Str. 27
10707 Berlin
Fon: +49 30 315199 0
Fax: +49 30 315199 77

info@psp-consult.de
www.psp-consult.de

Projektbüro NRW
Lindenstraße 14
50674 Köln
Fon: +49 211 92428-177, -178
Fax: +49 211 92428 179

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24477
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Schillhaus
Sanierung Dach, Außenfassaden, Fußbodenheizung und Fußbodenaufbau
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 65 Fachbereich Gebäudemanagement	15.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 08.10.2024 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 09.10.2024 auf 350.000 € festgestellt.

Sachverhalt:

1. Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Planung und Hochbau für Objekt- und Kostenfeststellungen ergibt sich aus § 6 Nr. 4 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Verbindung mit § 76 Abs. 3, Satz 1 NKomVG.

2. Begründung und Beschreibung des Bauvorhabens

Das Gebäude Schillstraße 25 gehört zu der Gedenkstätte KZ Außenlager Braunschweig Schillstraße. Diese Gedenkstätte ist eine Einrichtung der Stadt Braunschweig und wird durch den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. betreut.

Bei dem Gebäude handelt es sich um ein Baudenkmal, das 1840 errichtet worden ist.
Es wurden Schäden am Dach, den Fassaden und an der Fußbodenheizung festgestellt, die schon bei der Übergabe an den Verein vorhanden waren. Neben der einmaligen Instandhaltungsverpflichtung durch die Stadt Braunschweig gemäß Beschlussvorlage vom 11.05.2018 (18-08215; vergl. Beschluss Pkt. 5b) soll künftig, bei Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten, die nicht der laufenden Bauunterhaltung zuzuordnen sind, nach Prüfung eine gesonderte Förderung gewährt werden.

3. Angaben zum Raumprogramm

Das Gebäude umfasst einen Ausstellungsbereich, Büro, WCs, einen Hausanschlussraum und einen von außen zugänglichen Abstellraum.

An dem Grundriss und der Nutzung wird nichts geändert.

4. Erläuterungen zur Planung

Die vorhandenen Schäden begründen sich ursächlich in einer nicht funktionierenden Dachentwässerung (Überflutung der Dachrinnen und ständige Durchfeuchtung von Teilen des Dachtragwerks und Wand) und einer defekten Fußbodenheizung (System verliert Wasser, Durchfeuchtung Fußbodenaufbau).

Das Dach, mit seinen einzelnen Dachflächen, ist mit asbesthaltigen Faserzementschindeln gedeckt, was eine neue Eindeckung bedingt, da bautechnisch begründet an dieser Deckung keine partiellen Reparaturen durchgeführt werden können.

Die neue Dachdeckung für das Baudenkmal ist aus denkmalpflegerischer Sicht als Schieferdeckung geplant. Die schon beschädigten Dachsparren und Schalungen müssen in dem Zusammenhang ausgetauscht werden; vor allem muss die Wasserführung komplett verbessert werden, um die Fassadenbelastung durch nicht abgeleitetes Regenwasser abzustellen.
Mauerwerksschäden im Außen- und Innenbereich müssen saniert werden.

Die Nebentür muss dringend überarbeitet werden und letztlich muss das Gebäude einschließlich der Dachuntersichten einen neuen Farbanstrich erhalten.

Im Innenraum liegen etliche Fliesen hohl, was auf den Schaden an der Fußbodenheizung zurückzuführen ist. Sowohl die Heizung als auch der Fußboden müssen repariert bzw. erneuert werden.

5. Techniken für regenerative Energien

Sind nicht geplant

6. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen

Sind nicht geplant

7. Kosten

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen aufgrund der Kostenberechnung vom 09.10.2024 350.000 €.

Einzelheiten sind den Anlagen 1 und 2 zu entnehmen.

8. Bauzeit

Die Maßnahme muss auf Grund der durchgehend einwirkenden Schäden umgehend begonnen werden und in der Schließzeit im Sommer 2025 fertiggestellt werden.

9. Finanzierung

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 17.09.2024 einen außerplanmäßigen Aufwand i. H. v. 350.000 € bereitgestellt (Vorlage 24-24262-01).

Herlitschke

Anlagen:
Anlage 1 – Zusammenstellung der Gesamtkosten
Anlage 2 – Zusammenstellung nach Einzelkostengruppen
Pläne

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018	
Objektbezeichnung:	Schillhaus: Sanierung Dach, Fußboden, Fassaden

ZUSAMMENSTELLUNG DER KOSTEN

Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	220.000	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	30.000	
500 Außenanlagen und Freiflächen	-	
600 Ausstattung und Kunstwerke	-	
700 Baunebenkosten (pauschaler Ansatz 30 % (KG 200 - KG 600)	70.000	320.000
Sicherheit für Unvorhergesehenes - Bauherr 10 % (KG 200 - KG 700)		30.000
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung		**350.000**
Einrichtungskostenanteil -		-
Baukostenanteil Projekt 4E.210484		-

Ermittlung der Baupreissteigerung

Preissteige-rungsrate	bisher finanziert €	2024 €	2025 €	2026 €	2027 €	€
				Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung:		350.000
202 vorauss. Index %						
202 vorauss. Index %						
202 vorauss. Index %						
202 vorauss. Index %						
				Gesamtkosten mit Baupreissteigerung:		350.000

Aufgestellt am 09.10.2024

Stadt Braunschweig
FB Gebäudemanagement
65.22

I. A.
gez.
Franke

Anlage 2

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

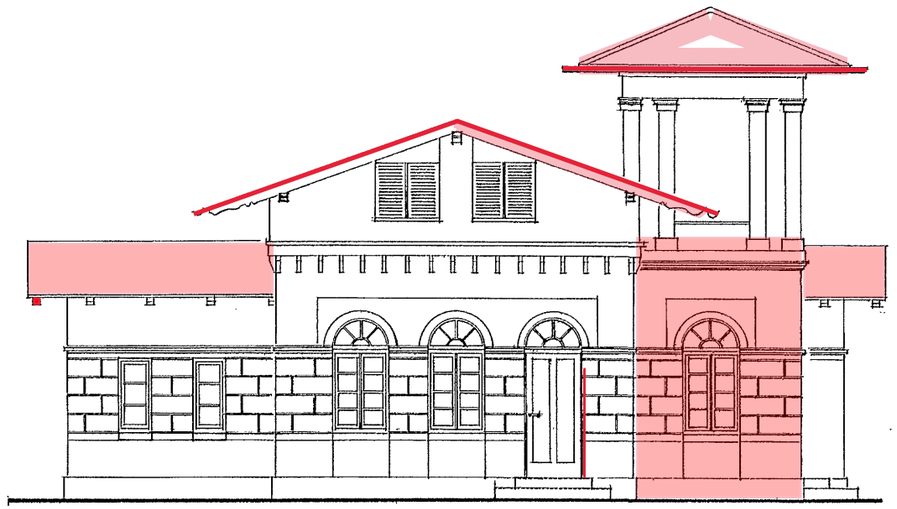
Objektbezeichnung: Schillhaus: Sanierung Dach, Fußboden, Fassaden

Nummer der Kosten- gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen	40.000	
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen	15.000	
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen	30.000	
360	Dächer	120.000	
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen	15.000	
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		220.000
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen	20.000	
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen	10.000	
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		30.000
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		-
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		-
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschaler Ansatz rd. 30 % aus KG 200 - KG 600	70.000	
	Summe 700 Baunebenkosten		70.000
	Zwischensumme bis KG 700		**320.000**
	Unvorhergesehenes rd. 10 % der KG 200 - KG 700		30.000
	Gesamtkosten		**350.000**

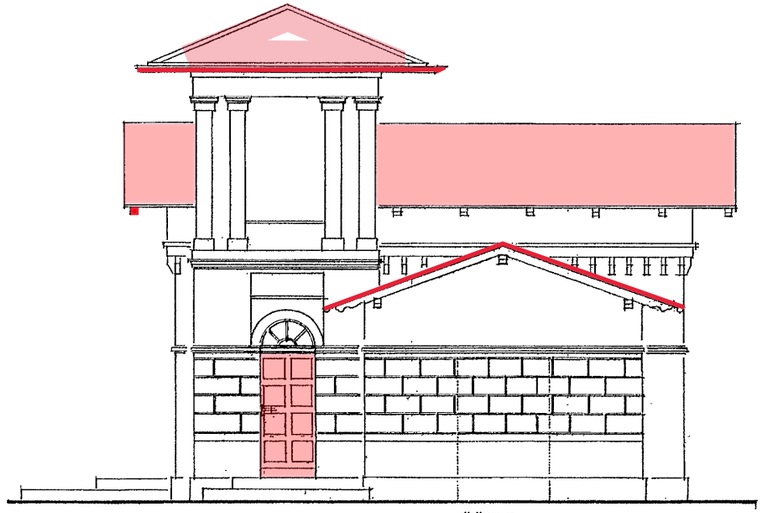
Aufgestellt: 09.10.2024

Stadt Braunschweig
FB Gebäudemanagement
65.22

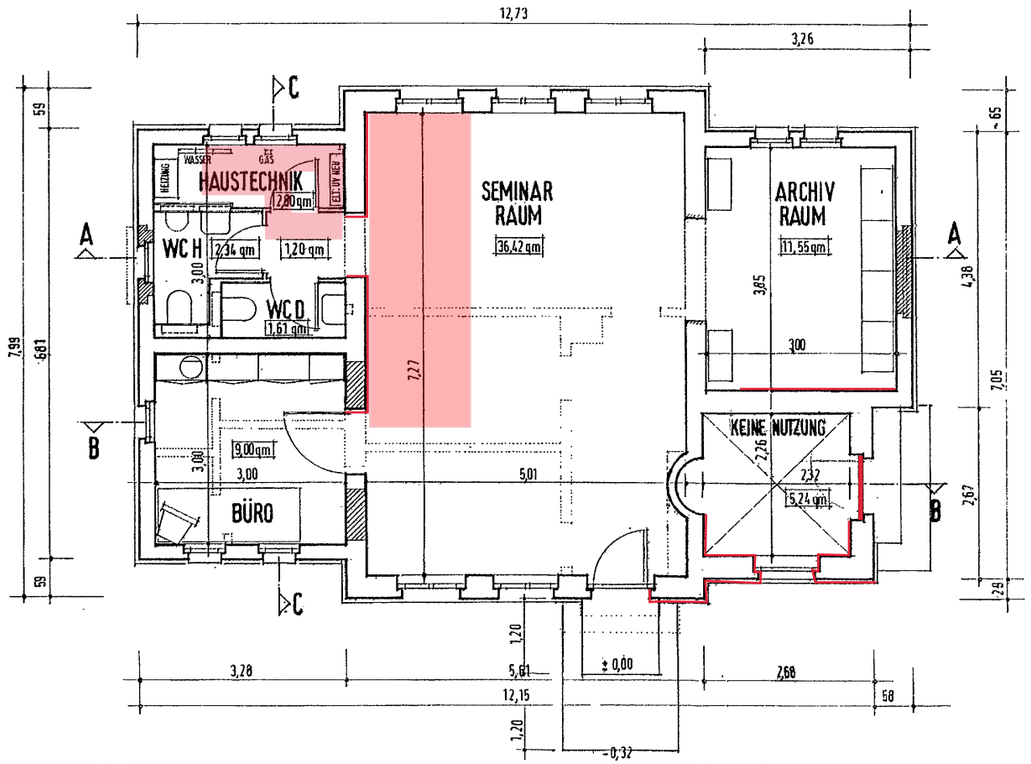
I. A.
gez.
Franke

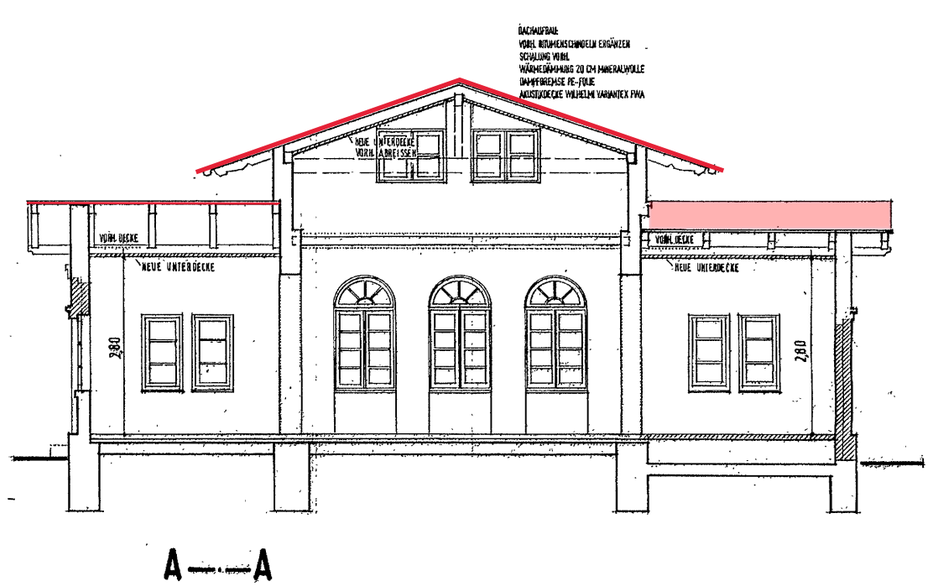


SÜD-WEST



SÜD-OST





A — A

Darstellung notwendiger Baumaßnahmen
8.10.2024 Gö, 65.22

VORHANDEN
ABBRUCH
NEU

STADT BRAUNSCHWEIG · HOCHBAUAMT			
UMBAU „OFFENES ARCHIV" SCHILLSTR. 25			
GRUNDRISS - ANSICHTEN - SCHNITT			
PLAN-NR.	MAßSTAB 1:100	DATUM 7.5.99	
BEARBEITET VON	GEZEICHN. VON		
BAULEITUNG FÜR	GEÄNDERT/ERGÄNZT		
GESEHEN			

00550/011/01/B/2

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24470
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Gymnasium Martino-Katharineum, Breite Straße 3-4, 38100 Braunschweig Erweiterung G9 und Sanierung 2. BA Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 0650 Referat Hochbau	23.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:
Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 13.07.2024 vorbehaltlich des Beschlusses und der Genehmigung des Haushaltes 2025/2026 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau
und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 18.09.2024 auf 43.805.200 € festgestellt.

Sachverhalt:

1. Beschlusskompetenz
Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Planung und Hochbau für Objekt- und Kostenfeststellungen ergibt sich aus § 6 Nr. 4 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Verbindung mit § 76 Abs. 3, Satz 1 NKomVG.

2. Begründung und Beschreibung des Investitionsvorhabens
Aufgrund der Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G9) gibt es einen zusätzlichen Raumbedarf an den Gymnasien. Um diesem entgegenzuwirken, wurde das Standardraumprogramm für Gymnasien entwickelt, welches der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 17.03.2020 beschlossen hat (s. Ds. 20-12485-01). Auf Grundlage dieses Standardraumprogramms wurde in Abstimmung mit der Schule ein Abgleich zwischen den Raumbedarfen und dem räumlichen Ist-Zustand erarbeitet. Die räumliche Unterversorgung der Schule, die auch in Zukunft 4-zügig geführt werden soll, kann durch einen Erweiterungsbau, räumliche Umwidmungen im Bestand sowie der parallel stattfindenden Sanierung der Schule weitgehend gedeckt werden.

3. Angaben zum Raumprogramm
Grundlage für das Raumprogramm ist das vom Verwaltungsausschuss am 17.03.2020 beschlossene „Standardraumprogramm für Gymnasien“ (20-12485) und das am 14.12.2021 beschlossene „Raumprogramm zur Herstellung der räumlichen Bedingungen für die Umsetzung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G9) und Sanierung“ (21-17448) des Gymnasium Martino-Katharineum.

4. Erläuterungen zur Planung
Das Gesamtprojekt besteht am Hauptstandort aus den Teilprojekten Erweiterungsneubau, Sanierung Altgebäude, Aula/Sporthalle, Forum-Gebäude, Tiefbauarbeiten und Schulhofsanierung sowie temporärer Ausweichquartiere während der Sanierung.
Der Erweiterungsneubau zur Aufnahme der naturwissenschaftlichen Fachunterrichtsräume wird mit einer über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehenden Gebäudehülle und einer hybriden Primärstruktur aus Stahlbeton und Holzständerbauweise ausgeführt. Innovative intensive und extensive Begrünungskonzepte finden vor der Fassade und auf dem Dach in Form von rankender vertikaler Begrünung und Dachbegrünung Anwendung.
Die Sanierung des Altgebäudes umfasst Neustrukturierungen der Verwaltung und ehemaligen Fachunterrichtsräume, WC-Anlagen sowie Integration zweier Aufzugsanlagen und zweier Plattformlifte. Eine bauphysikalische, brandschutztechnische und in Teilen inklusionstechnische Sanierung aller Geschossdecken, Kellerwände, Boden-, Decken- und Wandbeläge sowie Komplettaustausch der Beleuchtung und Elektroinstallationen. Fenster und Türen werden inklusive Maßnahmen zur Raumakustik und Inklusion berücksichtigt.

5. Techniken für regenerative Energien
Um das Ziel der Nachhaltigkeit und zukünftige CO2-Neutralität ab 2030 zu erreichen (IKSK 2.0), wurden alle technischen Möglichkeiten (z. B. Fassadenbegrünung, Photovoltaik, urbanes Grün, Regenwassernutzung) dazu geprüft und bewertet.
Als Ergebnis und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten wird eine trog- und bodengebundenen Grünfassade in extensiver und intensiver Ausführung für den Erweiterungsneubau geplant. Das Dach wird neben vollflächiger Photovoltaikanlage ebenfalls extensiv begrünt. Eine Regenwassernutzung versorgt WC-Anlagen und die umfassenden Grünstrukturen des Erweiterungsneubaus.
Die Versorgung der Liegenschaft erfolgt weiterhin mit Fernwärme als Primärenergieträger. Der Effizienzhaus 40 Standard wird eingehalten.

6. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen
Das Projekt wurde in Absprache mit dem Behindertenbeirat fortwährend weiterentwickelt und vorgestellt. Zur barrierefreien Erschließung wird je eine geschossübergreifende Aufzugsanlage im Gebäudeteil Südflügel und Aula/Sporthalle und je ein Plattformlift im Übergang zwischen Südflügel und Altbau und in der Aula/Sporthalle zu den Umkleiden vorgesehen.
Barrierefreie WC-Anlagen sind in inklusive Unisextoilettenanlagen integriert.
Die Schulhofanlage wird mit Orientierungs- und Leitsystemen ausgestattet, die auf barrierefreie Zugänge verweisen. Innerhalb des Gebäudes werden taktile Beschilderungen und Leitsysteme angebracht, die sowohl Braille- als auch Pyramidenschrift berücksichtigen.

7. Kosten
Auf Grund der Kostenberechnung vom 18.09.2024 ergeben sich Gesamtkosten, inkl. Indizierung bis 2026, von insgesamt 43.805.200 €.
Einzelheiten sind den Anlagen 1 bis 6 zu entnehmen.

8. Bauzeit
Die Maßnahme soll ab 2025, in mehreren Bauabschnitten, durchgeführt werden.

9. Finanzierung
Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Im Haushaltsplan 2024 sind bei dem Projekt Gy MK/Erweiterung G8/G9 und Sanierung 2. BA (4E.210377) kassenwirksame Haushaltsmittel i. H. v. 6,8 Mio. € veranschlagt sowie

folgende Verpflichtungsermächtigungen (VE) eingeplant:

VE zu Lasten 2025: 3.075.000 €, zu Lasten 2026: 2.000.000 €, zu Lasten 2027: 1.407.100 €.

Im Investitionsprogramm (IP) 2022 – 2027 sind folgende Jahresraten eingeplant:

Gesamtkosten in T €	bis 2022 in T €	2023 in T €	2024 in T €	2025 in T €	2026 in T €	2027 in T €	Restbedarf ab 2028 in T €
22.226,3	2.312	50	6.800	6.150	4.100	2.814,3	

Im Verwaltungsentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 bzw. zum IP 2024 – 2029 sind folgende Gesamtkosten und Jahresraten eingeplant:

Gesamtkosten in T €	bis 2024 in T €	2025 in T €	2026 in T €	2027 in T €	2028 in T €	2029 in T €	Restbedarf ab 2030 in T €
45.776,8	9.162	1.000	1.000	7.450	7.086,8	7.087	12.991

Zur Intensivierung des Neubaus und eines früheren Starts der Sanierung hat die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen vorgesehen 9 Mio. € aus dem Restbedarf ab 2030 auf die Haushaltsjahre 2025 und 2026 vorzuziehen.

Weiterhin kann die Jahresrate 2027 nach Überprüfung der Gesamtkosten um 1.971.600 € abgesenkt werden. Im neuen Restbedarf ist eine Nachveranschlagung von 614.000 € berücksichtigt; dieser Betrag wurde 2024 zur Teildeckung eines überplanmäßigen Aufwands verwendet. Es ergibt sich vorbehaltlich des Ratsbeschlusses zum Doppelhaushalt 2025/2026 nachfolgende Finanzierung:

Gesamtkosten in T €	bis 2024 in T €	2025 in T €	2026 in T €	2027 in T €	2028 in T €	2029 in T €	Restbedarf ab 2030 in T €
43.805,2	8.548	5.000	6.000	5.478,4	7.086,8	7.087	4.605

Herlitschke

Anlage/n:
Anlage 1_Zusammenstellung der Gesamtkosten
Anlage 2-6_Zusammenstellung nach Teilmaßnahmen
Anlage 7_Planunterlagen_Gymnasium MK

Kostenberechnung	nach
DIN 276, Ausgabe 2018	
Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung	

ZUSAMMENSTELLUNG DER KOSTEN

Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	16.272.300	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	6.323.500	
500 Außenanlagen und Freiflächen	2.328.000	
600 Ausstattung und Kunstwerke	1.260.500	
700 Baunebenkosten (pauschaler Ansatz 30 % (KG 200 - KG 600)	7.855.200	34.039.500
Sicherheit für Unvorhergesehenes - Bauherr 10 % (KG 200 - KG 700)		3.030.500
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung		**37.070.000**
Einrichtungskostenanteil Projekt 4E.210377		1.260.500
Baukostenanteil Projekt 4E.210377		35.809.500

Ermittlung der Baupreissteigerung

Preissteige-rungsrate	bisher finanziert €	2025 €	2026 €	2027 €	2028 €	€
				Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung:		37.070.000
2025 vorauss. Index 9,61%		3.562.400				
2026 vorauss. Index 9,61%			3.172.800			
2027 vorauss. Index 9,61%						
2028 vorauss. Index %						
					Gesamtkosten mit Baupreissteigerung:	**43.805.200**

Aufgestellt am
18.09.24 Löster

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer

Anlage 2

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung

Neubau Erweiterung (Gebäudeteil D)

Nummer der Kosten-gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen		
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen		
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen		
360	Dächer		
370	Infrastrukturanlagen		
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen		
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		**3.797.800**
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen		
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		**816.400**
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		**44.700**
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		**432.300**
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschale Ansatz 30 % aus KG 200 - KG 600		
	Summe 700 Baunebenkosten		**1.527.300**
	Zwischensumme bis KG 700		**6.618.500**
	Unvorhergesehenes rd. 5 % der KG 200 - KG 700		330.900
	Gesamtkosten		**6.949.400**

Aufgestellt:

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer

Anlage 3

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung

Sanierung Hauptstandort (Bauteil A+B)

Nummer der Kosten-gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen		
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen		
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen		
360	Dächer		
370	Infrastrukturanlagen		
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen		
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		**11.715.900**
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen		
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		**5.337.900**
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		**65.700**
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		**811.500**
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschale Ansatz 30 % aus KG 200 - KG 600		
	Summe 700 Baunebenkosten		**5.379.300**
	Zwischensumme bis KG 700		**23.310.300**
	Unvorhergesehenes rd. 10 % der KG 200 - KG 700		2.331.000
	Gesamtkosten		**25.641.300**

Aufgestellt:

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer

Anlage 4

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung

Außenanlagen Hauptstandort

Nummer der Kosten-gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen		
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen		
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen		
360	Dächer		
370	Infrastrukturanlagen		
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen		
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen		
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		**2.156.300**
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschale Ansatz 30 % aus KG 200 - KG 600		
	Summe 700 Baunebenkosten		**646.900**
	Zwischensumme bis KG 700		**2.803.200**
	Unvorhergesehenes rd. 10 % der KG 200 - KG 700		280.300
	Gesamtkosten		**3.083.500**

Aufgestellt:

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer

Anlage 5

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung

Ausweichquartier und temporärer WC

Nummer der Kosten-gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen		
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen		
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen		
360	Dächer		
370	Infrastrukturanlagen		
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen		
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		**594.900**
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen		
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		**49.500**
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		**9.100**
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschale Ansatz 30 % aus KG 200 - KG 600		
	Summe 700 Baunebenkosten		**196.000**
	Zwischensumme bis KG 700		**849.500**
	Unvorhergesehenes rd. 5 % der KG 200 - KG 700		42.500
	Gesamtkosten		**892.000**

Aufgestellt:

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer

Anlage 6

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe 2018

Objektbezeichnung: MK_Anbau und Sanierung

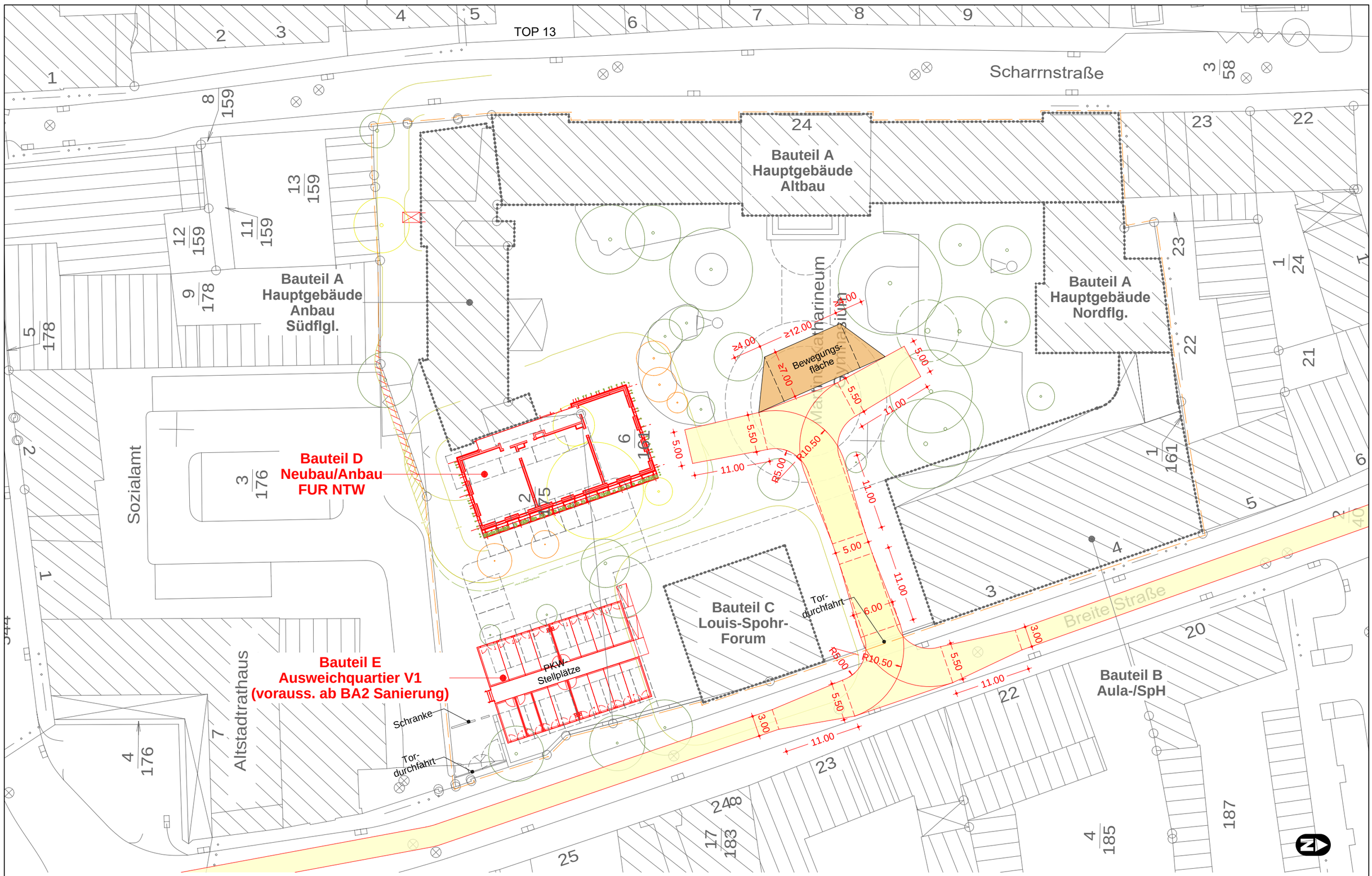
Sanierung Louis-Spohr-Forum (Bauteil C)

Nummer der Kosten-gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
300	**Bauwerk - Baukonstruktionen**		
330	Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen		
340	Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen		
350	Decken/Horizontale Baukonstruktionen		
360	Dächer		
370	Infrastrukturanlagen		
390	sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen		
	Summe 300 Bauwerk - Baukonstruktionen		**163.700**
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
430	Raumlufttechnische Anlagen		
440	Elektrische Anlagen		
450	Kommunikations-,sicherheits- und informationstechnische Anlagen		
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen		
	Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen		**169.200**
500	**Außenanlagen und Freiflächen**		
540	Baukonstruktionen		
	Summe 500 Außenanlagen		**11.800**
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke		**7.600**
700	**Baunebenkosten**		
700	Pauschale Ansatz 30 % aus KG 200 - KG 600		
	Summe 700 Baunebenkosten		**105.700**
	Zwischensumme bis KG 700		**458.000**
	Unvorhergesehenes rd. 10 % der KG 200 - KG 700		45.800
	Gesamtkosten		**503.800**

Aufgestellt:

Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
0650

i. A.
gez. Langer



Index	Datum	gez.	Bemerkung / Änderung
04	15.01.2024	Be	Aktualisierung
03	15.12.2023	Be	VA Vorabzug - Ergänzung Ausweichquartier V1
02	08.09.2023	Be	VA Vorabzug - Anpassungen Fassadenbegrünung
01	21.08.2023	Be	VA Vorabzug - LP3
00	05.07.2022	Be	VA Vorabzug - Planerstellung auf Basis Abschluss LP2 Vorplanung

Änderungen

Planungsgemeinschaft:

springmeier architekten
f.boulkroune w.springmeier
Kastanienallee 40
38104 Braunschweig

bmp architekten
Görres - Duhm PartG mbB
Am Ebelhof 12
37075 Göttingen

Bauherr:

Stadt Braunschweig

Referat Hochbau
Ägidienmarkt 6
38100 Braunschweig

Schulsan. & Anbau GY MK

GY Martino-Katharineum
Hauptstelle Breite Str. 3 / Aussenstelle Echternstr. 1-2
38100 Braunschweig

Hochbau

Lageplan
Schulsan. & Anbau FUR NTW

Entwurfsplanung 04

Datum: 10.10.2024 gez.: Be/spa
Index: 04 Planerst.: 05.07.2022
Maßstab: 1:500
Blatt-Gr.: 420 x 297 gepr.: .....

1524_GY MK_3032_XX_00_3_A_LP_500_-_04

H/B = 297 / 420 (0.12m²)

Allplan 2020

E17

Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil Altbau
BGF 1116.49 m²
BRI 4899.20 m³

Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil Anbau Südflg.
BGF 486.17 m²
BRI 2498.89 m³

Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil Altbau Nordflg.
BGF 351.75 m²
BRI 1543.03 m³

Neubau
Bauteil D Anbau FUR NTW
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 334.47 m²
BRI 1806.14 m³

Bestand
Bauteil B Aula-/SpH
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 802.04 m²
BRI

Bestand
Bauteil C Louis-Spohr-Forum
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 324.66 m²
BRI 1435.00 m³

temp. Neubau
Bauteil E Ausweichquartier
Ebene 0 EG (Erdgeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 318.94 m²
BRI 1025.38 m³

Referenzpunkte, Einfügemarken, Winkelreferenzen aus GR EG

Index	Datum	gez.	Bemerkung / Änderung
07	15.01.2024	Be	Aktualisierung
06	15.12.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
05	06.11.2023	Be	VA Vorabzug - Korrektur BT B Layer Bestand/Abbr./Neubau
04	13.09.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand akt BT D
03	17.08.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
02	28.07.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
01	26.07.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
00	13.07.2023	Be	VA Vorabzug - Planerstellung

Änderungen

15.01.2024 07 — Datei-Code: 1524_GY MK_3080_EG_00_3_A_GR_100_-_07

MARTINO KATHARINEUM mk

Bauherr: Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
Ägidienmarkt 8
38100 Braunschweig
Datum, Unterschrift Bauherr

Planung: Planungsgemeinschaft springmeier architekten / bmp architekten
t. boutrouine w. springmeier — Gbrres.-Dulm-Part G mbB
Anschrift: Kastanienallee 40, 38104 Braunschweig — Am Eberhof 12, 37075 Göttingen
Tel.: 0531-1216200 — 0551-307420
Fax: 0531-1216220 — 0551-3074222
eMail: info@springmeier-architekten.de — info@bmp-goettingen.de
Datum, Unterschrift Planverfasser

Bauvorhaben:
Hochbau
Schulsan. & Anbau GY MK

GY Martino-Katharineum
Hauptstelle Breite Str. 3 / Aussenstelle
38100 Braunschweig

Grundriss
Erdgeschoss (EG)

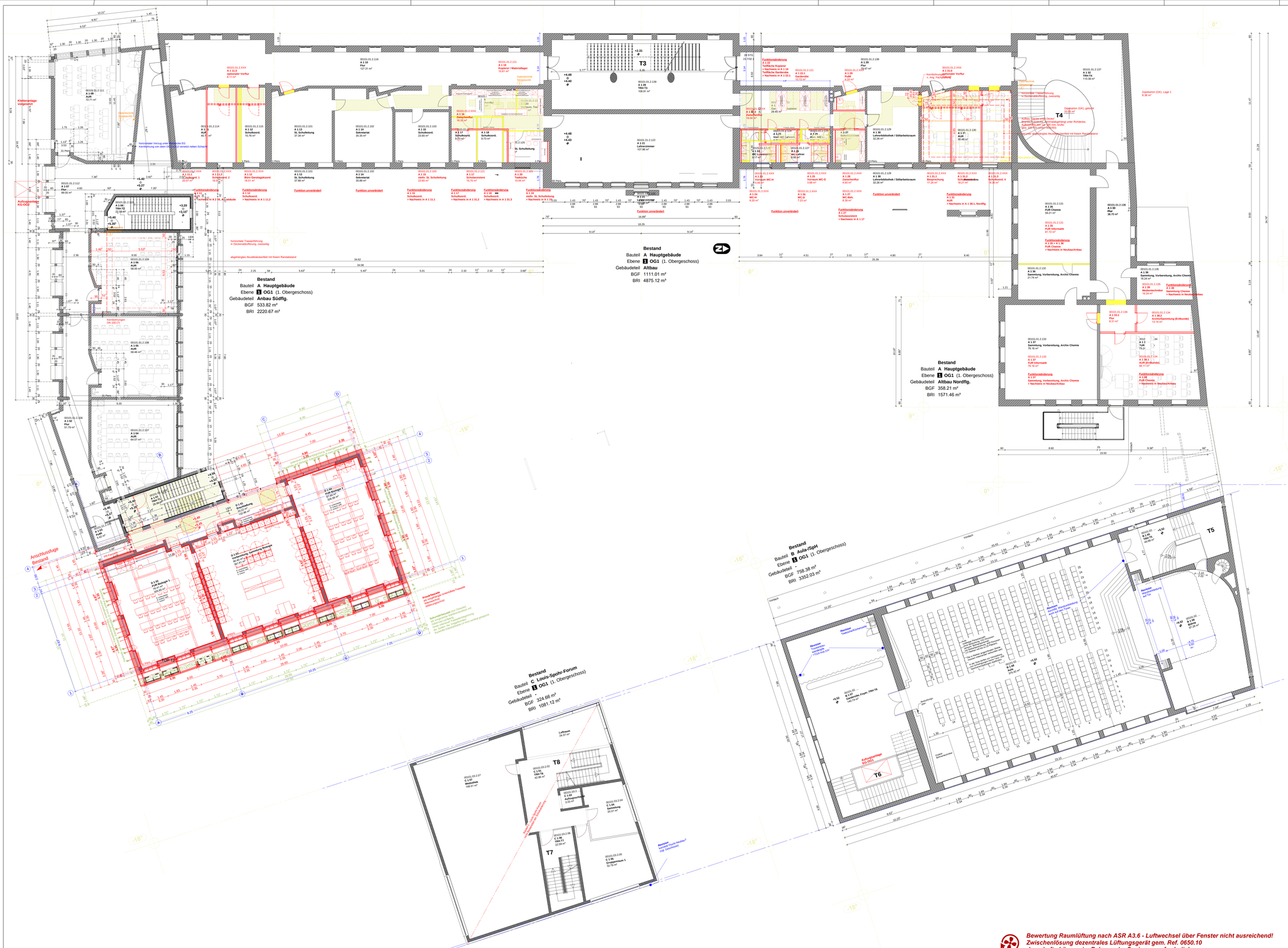
Entwurfsplanung **10.10.**2024 07

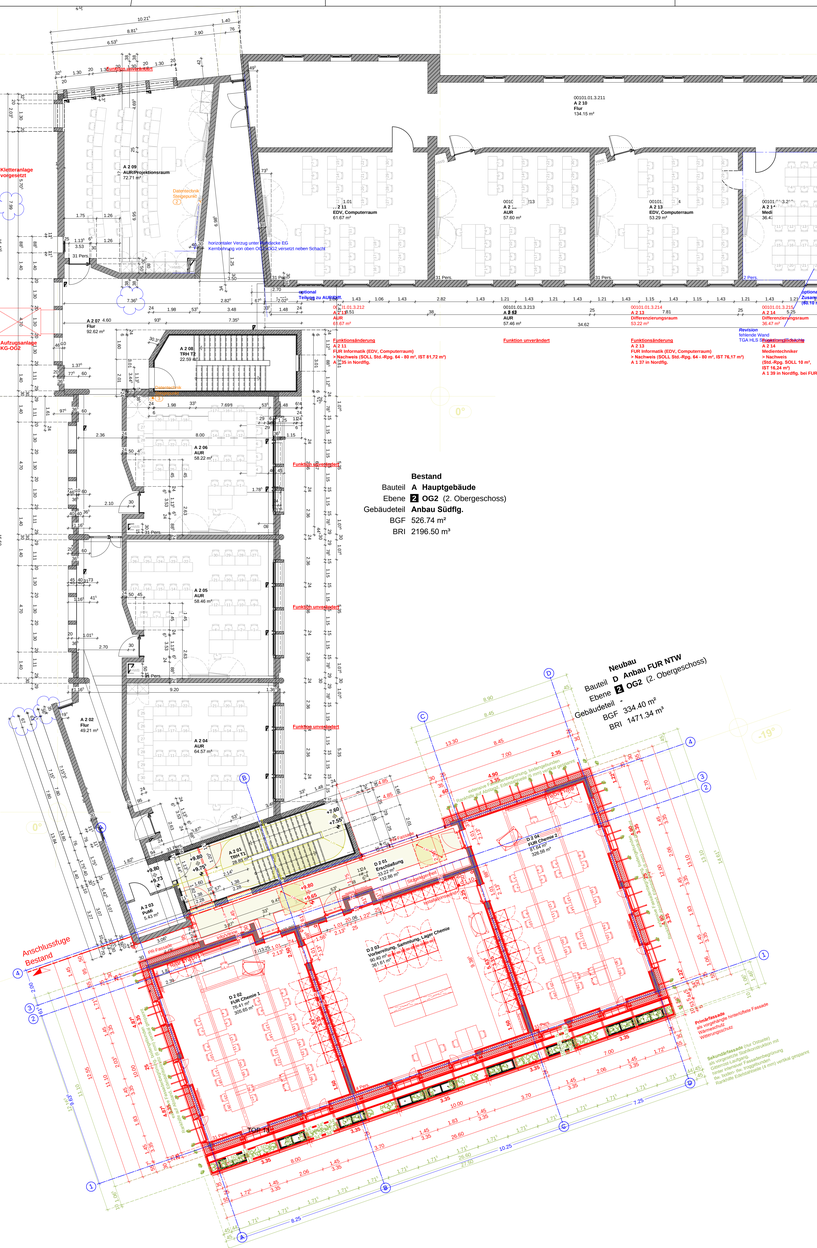
Planerstellung: 13.07.2023
Plan-Index: 07
Maßstab: 1:100
Blattgröße: 1400 x 900
gez.: Be/spa
gepr.:

Datei-Code: 1524_GY MK_3080_EG_00_3_A_GR_100_-_07 — Plan-Nr: 3080

Bewertung Raumlüftung nach ASR A3.6 - Luftwechsel über Fenster nicht ausreichend! Zwischenlösung dezentrales Lüftungsgerät gem. Ref. 0650.10 dauerhafte Lösung im Rahmen der Sanierung erforderlich

H/B = 900 / 1400 (1.26m²)


Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 1 OG1 (1. Obergeschoss)
Gebäudeteil Anbau Südflg.
BGF 533.82 m²
BRI 2220.67 m³
Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 1 OG1 (1. Obergeschoss)
Gebäudeteil Altbau
BGF 1111.01 m²
BRI 4875.12 m³
Bestand
Bauteil A Hauptgebäude
Ebene 1 OG1 (1. Obergeschoss)
Gebäudeteil Altbau Nordflg.
BGF 358.21 m²
BRI 1571.46 m³
Bestand
Bauteil B Aula-/SpH
Ebene 1 OG1 (1. Obergeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 758.38 m²
BRI 3352.03 m³
Bestand
Bauteil C Louis-Spohr-Forum
Ebene 1 OG1 (1. Obergeschoss)
Gebäudeteil -
BGF 324.66 m²
BRI 1081.12 m³
T1
T2
T3
T4
T5
T6
T7
T8
Aufzugsanlage KG-OG2
Anschlussfuge Bestand
Bestand Turnhalle Altbau 1924-1927
Bestand Turnhalle Altbau 1924-1927
Bestand Aula Altbau 1924-1927
Bestand Aula Altbau 1924-1927
Bestand Foyer Altbau 1924-1927
Bestand Foyer Altbau 1924-1927
Bestand Treppenhaus Altbau 1924-1927
Bestand Treppenhaus Altbau 1924-1927
Bestand Treppenhaus



Index	Datum	gez.	Bemerkung / Änderung
06	15.01.2024	Be	Aktualisierung
05	15.12.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
04	13.09.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand akt BT D
03	17.08.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
02	28.07.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
01	26.07.2023	Be	VA Vorabzug - Arbeitsstand
00	13.07.2023	Be	VA Vorabzug - Planerstellung

Änderungen

15.01.2024 06 — Datei-Code: 1524_GY MK_3110_OG2_00_3_A_GR_100_-_06

MARTINO KATHARINEUM mk

Bauherr: Stadt Braunschweig
Referat Hochbau
Aegidienmarkt 6
38100 Braunschweig
Datum, Unterschrift Bauherr

Planung: Planungsgemeinschaft springmeier architekten / bmp architekten
Arbeitsgemeinschaft: springmeier architekten; bmp Architekten Görres – Duhm PartG mbB
Anschrift: t. boukroune w. springmeier — Kastanienallee 40, 38104 Braunschweig — Am Eisenhof 12, 37075 Göttingen
Tel.: 0531-1216200 — 0551-307420
Fax: 0531-1216220 — 0551-3074222
eMail: info@springmeier-architekten.de — info@bmp-goettingen.de
Datum, Unterschrift Planerfassung

Bauvorhaben:
Hochbau
Schulsan. & Anbau GY MK

GY Martino-Katharineum
Hauptstelle Breite Str. 3 / Aussenstelle Echternstr. 1-2
38100 Braunschweig

Grundriss
2. Obergeschoss (OG2)

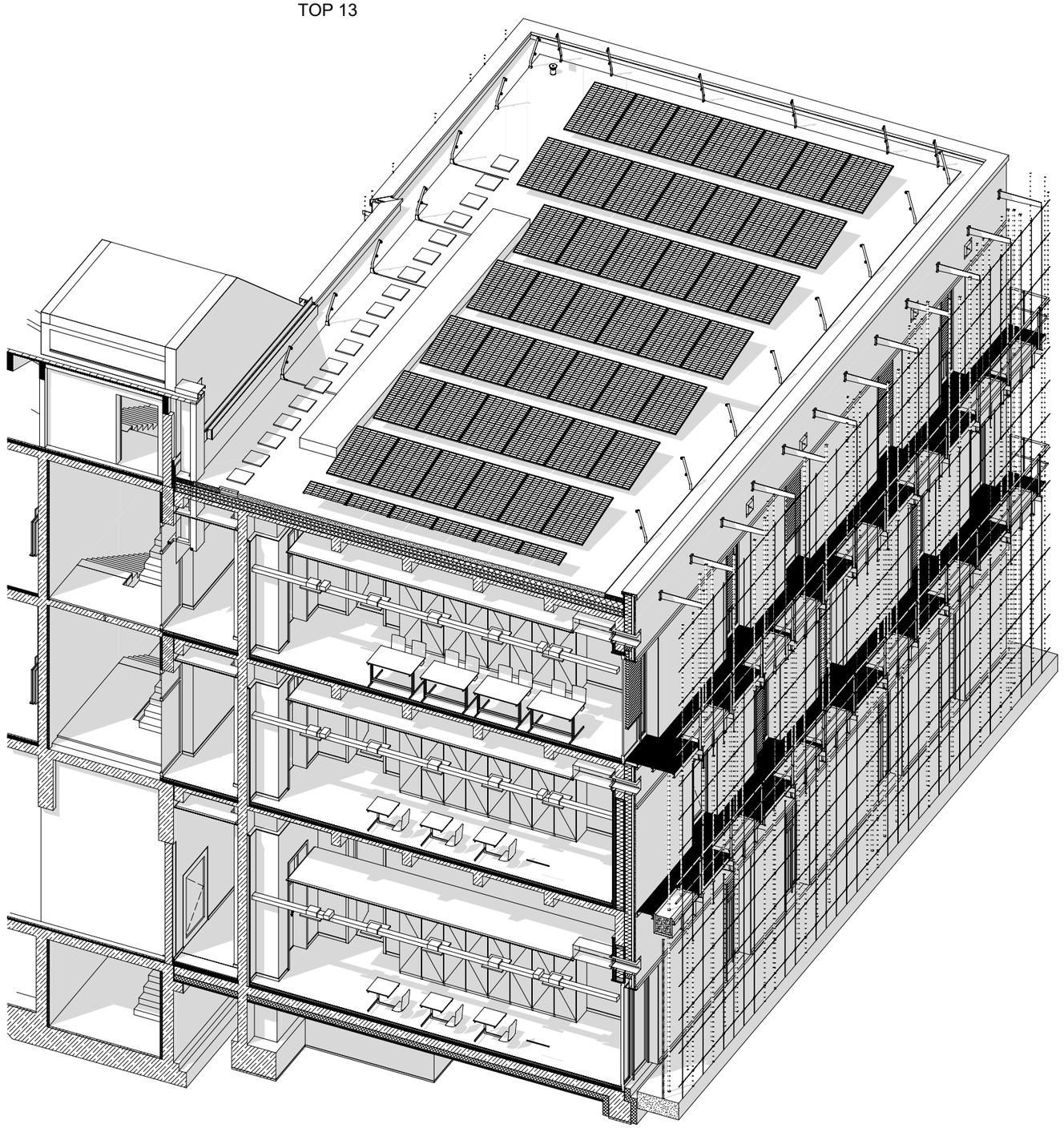
Entwurfsplanung **10.10.**2024 06

Planerstellung: 13.07.2023
Plan-Index: 06
Maßstab: 1:100
Blattgröße: 1400 x 900
gez.: Be/spa
gepr.:
Datei-Code: 1524_GY MK_3110_OG2_00_3_A_GR_100_-_06
Plan-Nr: 3110

Bewertung Raumlüftung nach ASR A3.6 - Luftwechsel über Fenster nicht ausreichend! Zwischenlösung dezentrales Lüftungsgerät gem. Ref. 0650.10 dauerhafte Lösung im Rahmen der Sanierung erforderlich

H/B = 900 / 1400 (1.26m²)

TOP 13



00	28.03.2024	Be	Planerstellung
Index	Datum	gez.	Bemerkung / Änderung

Änderungen

Planungsgemeinschaft:

springmeier architekten
f.boulkroune w.springmeier
Kastanienallee 40
38104 Braunschweig

bmp architekten
Görres - Duhm PartG mbB
Am Ebelhof 12
37075 Göttingen

Bauherr:

Stadt Braunschweig

Referat Hochbau
Ägidienmarkt 6
38100 Braunschweig

Schulsan. & Anbau GY MK

GY Martino-Katharineum
Hauptstelle Breite Str. 3 / Aussenstelle Echternstr. 1-2
38100 Braunschweig

Hochbau
BT D - Anbau FUR NTW
Isometrieschnitt D-Q1 von Süd-Osten

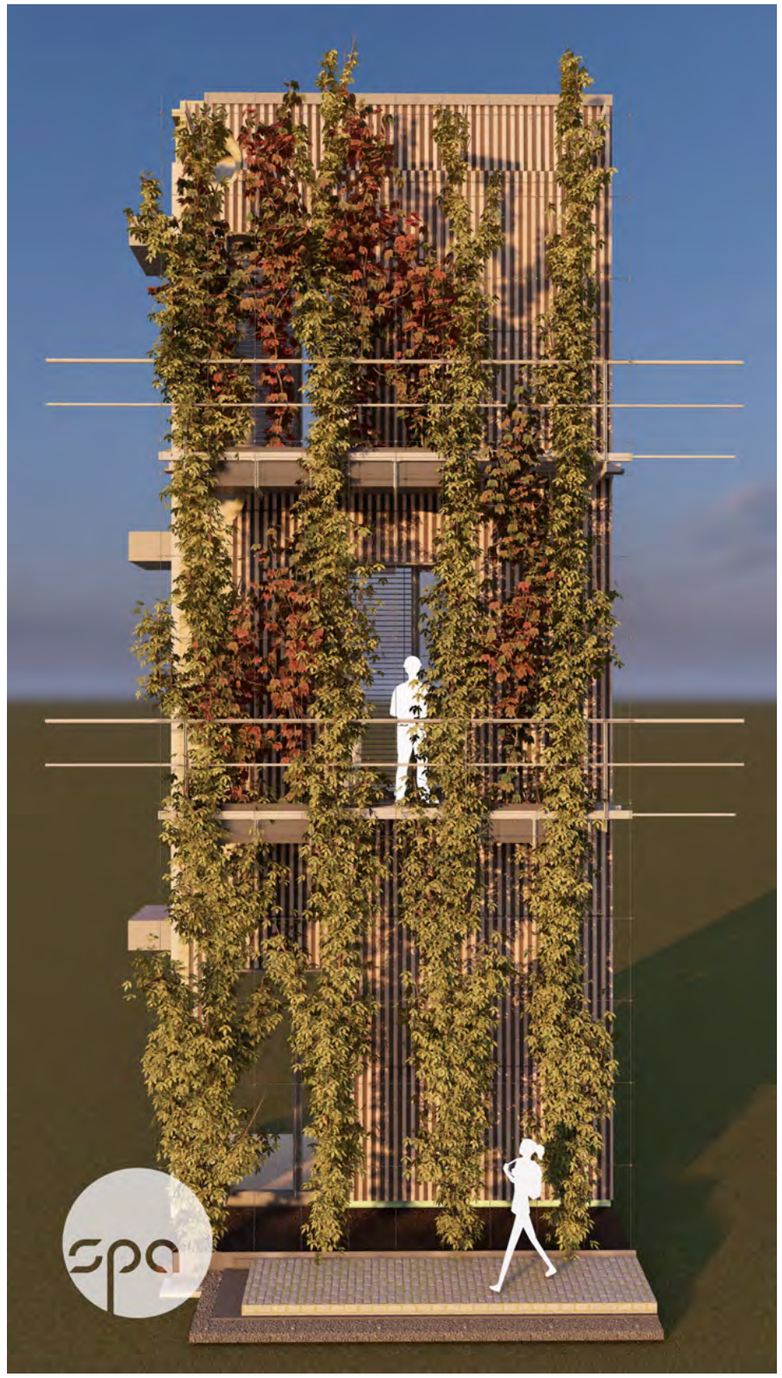
Entwurfsplanung 00

Datum: 10.10.2024
Index: 00
Maßstab: 1:200
Blatt-Gr.: 420 x 297
gez.: Be/spa
Planerst.: 28.03.2024
gepr.: .....

1524_GY MK_3203__00_3_A_ISO_200_-_00

H/B = 297 / 420 (0.12m²)

Allplan 2020



00	10.10.2024	Be	Planerstellung
Index	Datum	gez.	Bemerkung / Änderung
Änderungen			

Planungsgemeinschaft:

springmeier architekten
f.boulkroune w.springmeier
Kastanienallee 40
38104 Braunschweig

bmp architekten
Görres - Duhm PartG mbB
Am Ebelhof 12
37075 Göttingen

Bauherr:

Stadt Braunschweig

Referat Hochbau
Ägidienmarkt 6
38100 Braunschweig

Schulsan. & Anbau GY MK

GY Martino-Katharineum
Hauptstelle Breite Str. 3 / Aussenstelle Echternstr. 1-2
38100 Braunschweig

Hochbau
BT D - Anbau FUR NTW
Perspektiven

Entwurfsplanung 00

Datum: 10.10.2024
Index: 00
Maßstab: -
Blatt-Gr.: 420 x 297

gez.: Be/spa
Planerst.: 10.10.2024
gepr.: .....

H/B = 297 / 420 (0.12m²)

Allplan 2020

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24224
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Begrünungsmaßnahme Bohlweg 5

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 68 Fachbereich Umwelt	20.09.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	24.09.2024	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Beschluss:

„Der Aufstellung von acht Pflanzmodulen gem. dem anliegenden Konzept wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Planung und Hochbau (APH) ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 lit. h der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich beim Bohlweg um einen Straßenzug, der eine über die Grenzen des Stadtbezirks hinausgehende Funktion besitzt, für die der APH beschlusszuständig ist.

Anlass:

Im Jahr 2022 wurden im Rahmen eines Förderprogramms bereits einige Pflanzmodule in der Fußgängerzone der Stadt aufgestellt. In Anlehnung daran ist BS|Eenergy mit dem Wunsch, weitere Pflanzmodule auch vor dem Kundenzentrum am Bohlweg 5 aufstellen zu wollen, an die Verwaltung herangetreten.

Planung:

Nach mehreren Abstimmungsrunden mit Vertretern unterschiedlichster Organisationseinheiten der Verwaltung ist im Ergebnis angedacht, acht Pflanzmodule, teilweise mit Sitzauflagen ausgestattet, vor dem Kundenzentrum der BS|Energy am Bohlweg 5 derart zu platzieren, dass weder die Fußgänger, noch die Radfahrer dadurch in ihrem Raum eingeengt oder beeinträchtig werden. Dies ist möglich, da sich die Elemente in einem Korridor befinden sollen, der in dieser Breite und auch darüber hinaus bereits auf der gesamten Länge des Bohlwegs durch die Gastronomie bespielt wird.

Die Pflanzmodule sollen zu Inseln zusammengestellt werden, sodass optisch weitgehend die volle Gebäudefront bespielt wird, jedoch die Durchlässigkeit zwischen dem Kundencenter und dem Radweg sowie der Durchgang zur Schlosspassage erhalten bleiben. Die Pflanzmodule sollen einen Abstand von 0,5 m zum Radweg und 4,0 m zur Fassade des Gebäudes einhalten.

Durch die Anordnung der Module entstehen jeweils in den Zwischenräumen der Inseln „Sitznischen“ (vgl. anliegendes Konzept). Es ist vorgesehen, die Sitzflächen zusätzlich mit Arm- und Rückenlehnen auszustatten. Bei den Pflanzmodulen handelt es sich um mobile Elemente, die ohne Erdanschluss auf die vorhandene Flächenbefestigung gestellt werden. Diese können bei Bedarf mit entsprechendem Gerät in Ihrer Position verändert werden, falls z.B. Arbeiten im Untergrund dies erfordern würden.
Die Bepflanzung der Elemente wird in Abstimmung zwischen BS|Energy und der Stadt erfolgen. Es ist beabsichtigt, eine hitze- und trockenheitsverträgliche Stauden/Gräser-Mischung zu verwenden.
Es ist vorgesehen, dass die Pflanzmodule inkl. Sitzauflagen, Arm- und Rückenlehnen durch BS|Energy direkt beschafft werden. Über eine Ausschreibung soll dann in Abstimmung mit der Stadt ein Garten- und Landschaftsbauunternehmen damit beauftragt werden, die Behälter auf Kosten von BS|Energy aufzustellen, zu befüllen und fachgerecht zu bepflanzen. Die sich anschließende, dauerhafte Pflege soll über eine weitere Ausschreibung als Dauerpflege vergeben werden. Auch diese Kosten werden von BS|Energy übernommen.
Die Aufstellung der Pflanzmodule ist an die Nutzung des Gebäudes Bohlweg 5 durch BS|Energy gebunden. Falls es zu einer Aufgabe der Geschäftsräume kommen sollte, werden die Pflanzmodule ebenfalls durch BS|Energy zurückgebaut.

Realisierung und Finanzierung:

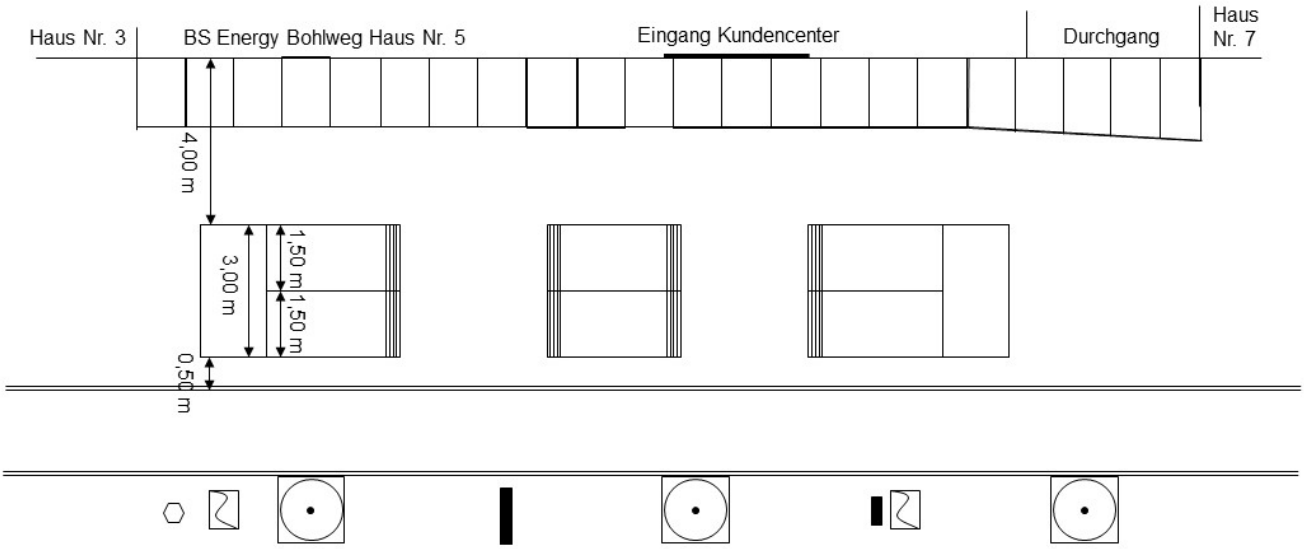
Die Maßnahme wird voraussichtlich Anfang 2025 realisiert. Die Kosten für die Aufstellung und Bepflanzung sowie die Pflege der Pflanzmodule werden zu 100 % von BS|Energy übernommen.

Herlitschke

Anlage/n:

Konzept mit Visualisierung (unmaßstäblich)

Mobiles Grün, Bohlweg 5 (BS energy) - Konzept



Skizze
unmaßstäblich

Stadt Braunschweig
Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung
Objektplanung und Baudurchführung
Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig
Projekt
Mobiles Grün, Bohlweg 5, BS Energy
Plan
Mobiles Grün Perspektive Mobile Isles
Maßstab: o.M
gezeichnet: 15.03.2024
bearbeitet: C. Weck
Plan-Nr.: 1.1

Ref. 0680
0680.10

Datum: 10.04.2024

Mobiles Grün, Bohlweg 5 (BS energy)

Produkt: Streetlife Solid Mobile Green Isles

Produktbeschreibung (Streetlife)

Die Solid Mobile Green Isles sind transportable Pflanzbereiche mit integrierten Sitzauflagen aus Hartholz. Die Grundkonstruktion besteht aus Stahlblech (Corten- oder RAL pulverbeschichtet). Mit den einzelnen Einheiten von 1,5 m breite können viele Pflanzbereiche geschaffen werden. Die Sitzauflagen bestehen aus Solid Topseats mit Latten aus FSC-Hartholz (7x7 cm) und sind mit dem Streetlock®-Kammsystem aus Edelstahl versehen.

Sie werden an den Längs- und Schmalseiten angebracht und bilden sozusagen ein umlaufendes Band. Rückenlehnen sind optional möglich. Soll außerdem ein Baum integriert werden ist die Lösung ein MGI-Modul mit sitze und baumkübel, das den restlichen „Inselbereich“ um ca. 42 cm überragt.

Mit den verschiedenen Modulen für das MGI System lassen sich unzählige ansprechende Konfigurationen gestalten. Jeder Platz kann auf diese Weise in einen attraktiven Verweilort verwandelt werden. Das Streetrail® System garantiert ein einfaches und schnelles Aufstellen auf dem vorhandenen ebenen Straßenbelag.

Möglichkeiten und Einschränkungen

- Ein Modul ist standardmäßig 150 cm breit
- Die Standardlänge ist ca.300 cm
- Der Standardwerkstoff ist unbehandelter Cortenstahl (-CT), wahlweise gegen Aufpreis mit einer zweilagigen Pulverbeschichtung (-PC)

https://www.streetlife.nl/de/produkte/solid-mobile-green-isles (Stand 10.04.2024)

STREETLIFE BV, Deutschland - Österreich – Schweiz, Herengracht 36, 2312 LD Leiden, Niederlande

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

24-24486
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Sachstand zur Infrastrukturentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.10.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (zur Beantwortung)	23.10.2024	Ö

Sachverhalt:
Auf Betreiben der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde vor rund zwei Jahren im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses für das Baugebiet Rautheim-Möncheberg RA29 (Drs. 22-19235) ein umfassender Maßnahmenkatalog als Ergänzung zum förmlichen Bauleitplanverfahren beschlossen (Drs. 22-19235-03). So beziehen sich die Punkte zwei und fünf aus dem damaligen Ergänzungsantrag insbesondere auf soziale und sportliche Infrastrukturprojekte, die sich aus der Schaffung eines Neubaugebiets in Rautheim ergeben könnten oder müssten, um die bestehende Infrastruktur nicht zu überlasten.
So heißt es im Beschluss:

„*Die Verwaltung wird gebeten, ...*

2. zu prüfen und Vorschläge zu erarbeiten, inwieweit die soziale Infrastruktur (wie Kita, Grundschule [etwa Erweiterung der Grundschule Rautheim durch Abriss der Turnhalle und Errichtung von Unterrichtungsräumen an dieser Stelle sowie Neubau einer neuen Zweifeld-Turnhalle im Umfeld], Spielplätze, Familienzentrum, Nachbarschaftszentrum, Kultureinrichtung, Jugendeinrichtung, Ärztezentrum und mehr) und Feuerwehrinfrastruktur den steigenden Anforderungen im Bereich Rautheims angepasst und verbessert werden kann. Ein besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, dass sich das neue Baugebiet sozialintegrativ in die bestehende Bebauung einfügt. Im Baugebiet ist darauf zu achten, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum im Sinne des baulandpolitischen Grundsatzbeschlusses (Vorlage 21-15042) und der „Richtlinie zur sozialgerechten Bodennutzung und bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Wohnen, Gemeinbedarf und Infrastruktur“ (Vorlage 22-19055-01) geschaffen wird, insbesondere für das mittlere Preissegment;

(…)

5. zu prüfen und Vorschläge zu erarbeiten, wie der bereits existierende und zukünftig steigende Bedarf an moderner Sportinfrastruktur (wie zusätzlicher Kunstrasensportplatz, Kalthalle, Gymnastikhalle, Sporthalle, …) insbesondere im Schul- und Vereinssport in Rautheim erfüllt werden kann.“

Der seinerzeit gefasste Beschluss impliziert, dass entsprechende Untersuchungen und Vorschläge bis zu einem möglichen Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung oder zur Information vorgelegt werden.
Zu beachten ist dabei, dass, falls Anforderungen der Punkte 2 und 5 im Bereich des geplanten Baugebietes RA 29 nicht erfüllt werden können, entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im sozialen und sportlichen Bereich an anderer Stelle in Rautheim verbindlich gefunden und politisch auf den Weg gebracht werden sollten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie und wann will die Verwaltung den o. g. Beschluss (Drs. 22-19235-03), hier: die Punkte 2 und 5, konkret umsetzen und die jeweils zuständigen Gremien hierüber informieren?

2. Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und sportlichen Infrastruktur wird die Verwaltung gemäß diesem Beschluss (Drs. 22-19235-03), Punkte 2 und 5, bis zum Satzungsbeschluss zum Baugebiet Rautheim-Möncheberg erarbeiten und den Gremien mit einer Zeitplanung zur Umsetzung vorlegen?

3. Inwieweit werden die Planungs- und Umsetzungskosten der anstehenden Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und sportlichen Infrastruktur im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg im Doppelhaushalt 2025/2026 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt?

Gez. Detlef Kühn

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24486-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Sachstand zur Infrastrukurentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	23.10.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (zur Kenntnis)	23.10.2024	Ö

Sachverhalt:

Zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Aufstellungsbeschluss für das Baugebiet Rautheim-Möncheberg, RA 29, (DS-Nr. 22-19235) wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog als Ergänzung zum förmlichen Bauleitplanverfahren beschlossen (DS-Nr. 22-19235-03).
In diesem Zusammenhang wurden von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Fragen zu den Punkten 2 und 5 gestellt, zu denen nachfolgende Ausführungen erfolgen.

Zu 1:

Die Bedarfe der sozialen Infrastruktur werden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens unter Einbeziehung und Beteiligung der jeweils zuständigen Fachdienststellen geprüft. Die konkreten Flächenbedarfe (Bedarfsberechnung) sowie Lage werden bis zur Beteiligung der Behörden (parallel Fachbereiche) gemäß § 4 (2) und der Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB auf Basis der geplanten Wohneinheiten und Wohnformen sowie der Versorgung der angrenzenden Einzugsbereiche ermittelt und in den textlichen Festsetzungen berücksichtigt werden. Es zeichnet sich ab, dass verschiedene der in den Punkten 2 und 5 genannten Einrichtungen der sozialen Infrastruktur nicht im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes „Rautheim-Möncheberg“, RA 29 untergebracht werden können bzw. nicht durch den Bebauungsplan geregelt werden.

Die Verwaltung ist mit Vertretungen aus dem Stadtbezirksrat und der Bürgerinitiative in regelmäßigem Austausch. Darüber hinaus werden die Gremien im Rahmen der Beteiligung zum Auslegungsbeschluss gem. § 3 (2) BauGB, zum Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB anhand der Bebauungsplanunterlagen sowie über die Vorstellung der Entwurfsplanung im Stadtbezirksrat informiert.

Zu 2.:

Kinder- und Jugendspielflächen:
Innerhalb des neuen Plangebietes werden sowohl die neuen, aus dem Plangebiet RA 29 resultierenden Bedarfe an Kinder- und Jugendspielflächen gedeckt, als auch die ggf. erforderlichen Ersatzstandorte (z. B. Verlegung des Jugendspielplatzes) nachgewiesen.
Die sich aus der Bedarfsberechnung herzuleitenden Kinder- und Jugendspielflächen im Baugebiet „Rautheim-Möncheberg“ werden in Größe und Lage innerhalb der öffentlichen Grünflächen festgesetzt. Die konkrete Umsetzung beginnt i.d.R. ca. 2 Jahre nach Erschließungsbeginn, die Umsetzung soll dann innerhalb von 2 Jahren abgeschlossen sein.

Kindertagesstätte:
Für die zusätzlichen Bedarfe zur Kindertagesbetreuung aus dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg sind nach bisherigem Stand der Planung zwei Kita-Standorte für jeweils fünf Gruppen vorgesehen.

Familienzentrum, Nachbarschaftszentrum, Kultureinrichtung, Jugendeinrichtung, Ärztezentrum:
Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Rautheim-Möncheberg“, RA 29 stehen die Baurechte auch für diese Einrichtungen zur Verfügung. Dabei handelt es sich zunächst um ein Angebot. Die Stadt hat keine Möglichkeiten, diese Nutzung verbindlich durch den Bebauungsplan vorzugeben. Im Rahmen der nachfolgenden Konzeptvergaben kann die Stadt allerdings darauf hinwirken, eine entsprechende Ausstattung im Plangebiet zu realisieren.

Schulen:
Nach den Ausführungen in Ds 23-22323-01 sind die Grundschulen (GS) Lindenberg und Rautheim vom zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen infolge der zusätzlichen Wohnbebauung betroffen. Wie mittel- und langfristig die benötigten Schulraumkapazitäten hergestellt werden können, ist aktuell in der Prüfung. Dabei geht es neben einer möglichen Änderung der Schulbezirkssatzung – sobald es die Schülerzahlentwicklung erfordert – insbesondere um den Ausbau der bisher zweizügigen GS Lindenberg. Bei den Planungen hierfür werden sowohl die Herstellung der Ganztagsinfrastruktur als auch die zukünftig benötigten Sporthallenkapazitäten mitberücksichtigt. Nach Abschluss der Prüfungen wird den politischen Gremien ein entsprechendes Raumprogramm für die zu erweiternde Schule vorgelegt.

Sporteinrichtungen:
Zur bedarfsgerechten Anpassung der Schulsportinfrastruktur in BS-Rautheim hat die Verwaltung in der öffentlichen Mitteilung vom 15.03.2024 (23-22323-01) ihre Stellungnahme abgegeben.

Feuerwehrhaus:
Für die Ortsfeuerwehr Rautheim wäre ein Ersatzneubau im Bereich der Bebauungspläne RA 13 bzw. RA 22, nördlich Braunschweiger Straße, aufgrund der zentralen Lage im Stadtteil und der guten verkehrstechnischen Anbindung favorisiert. Im Rahmen der Flächenvorsorge müssen dabei die für Feuerwehrhäuser üblichen Flächen in der Größenordnung 1.800 m² vorgesehen werden. Alternativ wäre eine Realisierung im Geltungsbereich des Baugebietes „Rautheim-Möncheberg“ grundsätzlich denkbar, wenn die vorgenannten Flächen nicht in Frage kämen.

Zu 3.:

Siehe Antwort zu 2.

Leuer

Anlage/n:
keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

24-24485
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Baugebieten

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.10.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (zur Beantwortung)	23.10.2024	Ö

Sachverhalt:
Zwischen der Planung von Neubaugebieten und dem ersten Spatenstich vergeht oftmals eine längere Zeit. Eine Zeit, in der auf den während der Planungsphase oft nicht bewirtschafteten Brachflächen Biotope entstehen und sich eine schützenswerte Flora und Fauna entwickeln kann. Aktuell erscheint eine solche Entwicklung in den Plangebieten An der Schölke (HO 54) und Feldstraße (AP 23) möglich.

Eine Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre eine zeitlich gebundene Verpachtung der Flächen zur Bewirtschaftung. Beispielsweise wäre eine Verpachtung besagter Flächen als Grabeland (zum Begriff vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 5 BKleingG) denkbar. Grundstücke können parzellenweise und befristet als Grabeland für eine hobbygärtnerische Zwischennutzung ausgegeben werden. Die Stadt Düsseldorf verpachtet beispielsweise Grabeland gegen eine verhältnismäßig geringe Pacht für Flächen, die eigentlich für eine andere Nutzung vorgesehen sind. Entsprechend dürfen diese auch nur mit einjährigen Pflanzen bestellt werden (https://www.duesseldorf.de/stadtgruen/freizeit/urbanes-gaertnern/grabeland).

Dies vorangestellt fragen wir die Verwaltung:

1. Was will oder kann die Verwaltung tun, um die Neubildung von zum Beispiel eventuell schützenswerten Biotopen oder die Ansiedlung von schützenswerten Pflanzen und Tieren auf den Brachflächen der Plangebiete An der Schölke (HO 54) und Feldstraße-Süd (AP 23) zu verhindern?

2. Kommt für Teilflächen unter Umständen eine Verpachtung als Grabeland in Frage, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Braunschweig der Gartenfreunde e. V.?

3. Auf welchen weiteren Brachflächen sollte die Entstehung von Biotopen oder die Ansiedlung von schützenswerten Pflanzen und Tieren verhindert werden, um unnötige Verzögerungen bei der Umsetzung von Bebauungsplänen oder anderen Maßnahmen zu vermeiden?

Anlagen:
keine